



Zeitschrift der **GEW** Hessen
für Erziehung, Bildung, Forschung

69. Jahr

Heft 5

Mai 2016

Stark machen ...

... für
die Rechte
der Beschäf-
tigten

... gegen
Arbeitgeber-
willkür

für bessere
Arbeits-
bedingungen

PERSONALRATSWAHLEN

am 10. und 11. Mai

GEW WÄHLEN

GEW Hessen, die Profis im Bildungsbereich:
parteilich unabhängig, engagiert für
ein besseres Bildungswesen, standfest in
der Auseinandersetzung mit Arbeitgebern.



GEW

Personalratswahlen im Mai:

GEW wählen!

In allen Dienststellen des Landes Hessen finden im Mai die Wahlen für die örtlichen, Gesamt- und Hauptperso-

nalräte statt. Im Organisationsbereich der GEW wird in folgenden Einrichtungen gewählt:

in den Schulen am 10. und 11.5.

Gewählt werden die Personalräte der Schulen sowie die Gesamtpersonalräte und der Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer (HPRL). Die HLZ befasste sich in ihrer April-Ausgabe mit der Arbeit des HPRL und den aktuellen Themen und Forderungen der GEW. Die Schwerpunkte der Kandidatinnen und Kandidaten kann man auch auf der GEW-Seite zur Personalratswahl im Internet nachlesen: www.gew-prwahl2016.de > HPRL > Wir stellen uns vor

in der Bildungsverwaltung

Die Beschäftigten der Bildungsverwaltung wählen den Hauptpersonalrat beim Kultusministerium (HPR) am 18. und 19. Mai. Zum selben Termin finden auch die Wahlen zu den Personalräten an den Schulämtern, in der Lehrkräfteakademie

und im Kultusministerium statt. Einzelne Dienststellen wählen die örtlichen Personalräte bereits am 10. und 11. Mai. In vielen Dienststellen und für den HPR treten die Kandidatinnen und Kandidaten der GEW auf gemeinsamen Listen mit der Gewerkschaft ver.di an. Weitere Informationen in dieser HLZ auf Seite 6.

in den Hochschulen

Am 10. und 11. Mai werden die Personalräte an den Hochschulen und der Hauptpersonalrat beim Ministerium für Wissenschaft und Kunst gewählt. An einigen Hochschulen beginnen die Wahlen schon am 9. Mai und an der Goetheuniversität Frankfurt finden sie erst am 18. und 19. Mai statt. Weitere Informationen findet man unter www.gew-prwahl2016.de > HPR > HPRWK. Auch hier gibt es gemeinsame Listen von GEW und ver.di.

Schwerpunktthema: Rechts in Hessen

Schwerpunktthema in dieser HLZ sind die rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien nach der Kommunalwahl am 6. März 2016. Die HLZ fragt in mehreren Beiträgen (Seite 8 bis 21) nach den Ursachen für das Erstarken

der AfD, nach ihrem Programm und nach den Möglichkeiten, in der Öffentlichkeit gegen Fremdenfeindlichkeit Position zu beziehen. Ein besonderes Augenmerk gilt der Prävention im Bereich von Schule und Jugendarbeit.

Aus dem Inhalt**Rubriken**

- 4 Spot(t)light
- 7 Meldungen
- 34 Recht: Teilzeitarbeit
- 36 Jubiläen und Magazin

Titelthema: Rechts in Hessen

- 8 Nach der Kommunalwahl
- 11 AfD gegen „Genderwahn“
- 12 Die AfD und die Bildungspolitik
- 14 Angriffe auf Flüchtlinge in Hessen
- 16 Auch Mädchen sind rechtsextrem
- 17 Initiative gegen Rechtsextremismus im Kreis Bergstraße
- 18 Netzwerk Demokratie und Courage
- 20 „Rote Linie“: Hilfen beim Ausstieg

Einzelbeiträge

- 5 Beamtenbesoldung: Wir bleiben dran!
- 6 Personalratswahl: Wahlen in der Schulverwaltung
- 22 Ein Aufruf: Die GEW lebt vom ehrenamtlichen Engagement
- 24 Arbeitsbelastung: Eine Umfrage der GEW Limburg
- 26 Lobbyismus in der Schule: Eine Nachlese (HLZ 3/2016)
- 28 Mehrsprachigkeit als Chance
- 30 Vor 75 Jahren in Hessen: Ermordet in Hadamar
- 32 Natur und Kunst am Edersee
- 38 Junges Literaturland Hessen



Zeitschrift der GEW Hessen
für Erziehung, Bildung, Forschung
ISSN 0935-0489

I M P R E S S U M

Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Hessen
Zimmerweg 12
60325 Frankfurt/Main
Telefon (0 69) 971 2930
Fax (0 69) 97 12 93 93
E-Mail: info@gew-hessen.de
Homepage: www.gew-hessen.de

Verantwortlicher Redakteur:

Harald Freiling
Klingenberger Str. 13
60599 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 636269
Fax (0 69) 6313775
E-Mail: freiling.hlz@t-online.de

Mitarbeit:

Christoph Baumann (Bildung), Tobias Cepok (Hochschule), Dr. Franziska Conrad (Aus- und Fortbildung), Joachim Euler (Aus- und Fortbildung), Holger Giebel, Angela Scheffels (Mitbestimmung), Michael Köditz (Sozialpädagogik), Annette Loycke (Recht), Heike Lühmann (Aus- und Fortbildung), Karola Stötzel (Weiterbildung), Gerd Turk (Tarifpolitik und Gewerkschaften)

Gestaltung: Harald Knöfel, Michael Heckert †

Titelthema: Harald Freiling, Roman George

Illustrationen: Träger & Träger (Titel), Thomas Pläßmann (S. 23), Dieter Tonn (S. 25, 27), Ruth Ullenboom (S. 4)

Fotos, soweit nicht angegeben:

Thomas Admaczak (S. 32, 33), GEW (S. 5, 6, 29)

Verlag:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH
Niederstedter Weg 5
61348 Bad Homburg

Anzeigenverwaltung:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH
Peter Vollrath-Kühne
Postfach 19 44
61289 Bad Homburg
Telefon (06172) 95 83-0, Fax: (06172) 9583-21
E-Mail: mlverlag@wsth.de

Erfüllungsort und Gerichtsstand:

Bad Homburg

Bezugspreis:

Jahresabonnement 12,90 Euro (9 Ausgaben, einschließlich Porto); Einzelheft 1,50 Euro. Die Kosten sind für die Mitglieder der GEW Hessen im Beitrag enthalten.

Zuschriften:

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Haftung übernommen. Im Falle einer Veröffentlichung behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen.

Redaktionsschluss:

Jeweils am 5. des Vormonats

Nachdruck:

Fotomechanische Wiedergabe, sonstige Vervielfältigungen sowie Übersetzungen des Text- und Anzeigenteils, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion und des Verlages.

Druck:

Druckerei und Verlag Gutenberg Riemann GmbH
Werner-Heisenberg-Str. 7, 34123 Kassel

Die AfD entzaubern

Die dramatische Veränderung der Parteienlandschaft bei den Wahlen in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt läutet nicht das Ende unserer Demokratie ein. Der Erfolg der AfD ist Teil einer europäischen Entwicklung, die nun auch Deutschland erreicht hat. Überall in Europa sind Rechtspopulisten und Rechtsextremisten erstarkt.

Wir alle können und müssen mehr tun, damit die AfD mit ihrer gezielten Strategie der gesellschaftlichen Spaltung und der Negierung von unveräußerlichen Menschenrechten wie dem Asylrecht nicht weiter eine immer größere Wählerschaft erreicht. Gleichzeitig haben die Kandidatinnen und Kandidaten, die sich mehr oder weniger explizit von der Flüchtlingspolitik der Kanzlerin abgrenzen wollten, in allen drei Bundesländern Stimmeinbußen hinnehmen müssen. Diese andere Seite der Wahlergebnisse zeigt, wie viele Wählerinnen und Wähler nach wie vor für ein Deutschland eintreten, das die Menschenwürde achtet, den bei uns ankommenden Flüchtlingen mit einer Willkommenskultur begegnet und gewillt ist, sie in unsere Gesellschaft zu integrieren.

Was wir jetzt brauchen, ist ein enger Schulterschluss in der politischen und zivilgesellschaftlichen Mitte – einschließlich Parteien, Medien, Kirchen, Religionsgemeinschaften, Verbänden und Gewerkschaften, um all jene aus dem AfD-Wählerlager zurückzuholen, deren Sorgen und Verunsicherung den Nährboden für die fremdenfeindlichen und menschenverachtenden Parolen dieser Partei liefern. Mit der „Allianz für Weltoffenheit“ haben wir eine zivilgesellschaftliche Initiative gestartet, die in kurzer Zeit große Zustimmung erhalten hat (www.allianz-fuer-weltoffenheit.de).

Wir dürfen nicht die Augen davor verschließen, dass auch unter den Gewerkschaftsmitgliedern die AfD in einem Maße Zuspruch gefunden hat, das sich nicht wesentlich von anderen Wählergruppen unterscheidet. Viele Wählerinnen und Wähler der AfD sind verunsicherte Menschen aus der Mitte der Gesellschaft, deren Angst vor sozialem Abstieg oder Ausgrenzung angesichts von Globalisierung und multipler Krisen in Europa in den letzten Jahren erheblich zugenommen hat.

Um wirksam gegenzusteuern, muss sich einiges ändern. Wir müssen beweisen, dass wir in der Lage

sind, die Flüchtlinge zu integrieren, ohne dass dies auf Kosten der sozial Benachteiligten bei uns im Lande geht. Dafür brauchen wir eine Politik der sozialen Gerechtigkeit, die den Fetisch einer Haushaltspolitik der Schwarzen Null aufgibt. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, um die jahrelangen Investitionsversäumnisse in Kitas, Schulen und Ausbildungsplätze, die nun durch die vielen Flüchtlinge besonders deutlich werden, zu korrigieren. Wir brauchen Investitionen in bezahlbaren Wohnraum und solide Finanzierungsgrundlagen für Rente und Sozialleistungen.

Bereits seit Jahren treten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter engagiert den rechtsextremistischen und menschenverachtenden Parolen von Pegida, AfD und anderen entgegen. Gemeinsam mit anderen Vertretern der Zivilgesellschaft setzen sie sich für die Unantastbarkeit der Menschenwürde ein. Unser Engagement in der politischen Bildung sollten wir deutlich ausbauen. So müssen wir stärker dafür sensibilisieren, dass sich die AfD keineswegs ausschließlich gegen Flüchtlinge und alles Fremde wendet. Vielmehr richtet sie sich mit ihrer Programmatik des radikalen Sozialabbaus auch gegen ihre Hauptwählerschaft. So wurde die Forderung nach einer Privatisierung des Arbeitslosengeldes erst kurz vor dem Parteitag Ende April aus dem Entwurf für das Parteiprogramm gestrichen.

Lasst uns gesellschaftspolitisch Haltung und Verantwortung zeigen. Lasst uns gemeinsam die AfD in ihrer parlamentarischen Arbeit und durch unseren öffentlichen Protest entzaubern und deutlich machen, wofür sie tatsächlich steht. Lasst uns gemeinsam für ein weltoffenes Deutschland und ein soziales Europa kämpfen!



Reiner Hoffmann
DGB-Bundesvorsitzender

Reiner Hoffmann

Hefeteig und Mandala

Fortbilden? Wozu das denn? Vor rund 50 Jahren habe ich schließlich ein solides Referendariat in einem südlichen Bundesland durchlitten, pardon, absolviert! So eine fundierte und gestrenge Zucht reicht für 100 Jahre! Nun steht in der Zeitung, das deutsche Schulsystem kranke vor allem daran, dass sich verkalkte Lehrkräfte einfach nicht fortbilden wollen. Und ich dachte immer, die zahlreichen Kurse im Lehrerfortbildungskatalog seien für frustrierte Hausmänner, Studienversager und Quereinsteiger. Aber doch nicht für mich, die Perle der Gattung Lehrer. Mein Schulleiter zischt mich drohend an: „Es ist an der Zeit, dass Sie sich *freiwillig* zu einer Fortbildung melden! Zu dem Wochenendseminar ‚Methodenvielfalt und Sozialkompetenz‘ muss unbedingt noch ein Vertreter unserer Anstalt delegiert werden.“ Dabei wedelt er bedeutungsvoll mit den schulinternen PISA-Ergebnissen. Also verzichte ich schweren Herzens auf meinen Segelkurs und das Gourmet-Seminar und fahre zur Heimvolkshochschule Unterdüren.

Am Vollwert-Buffer treffe ich auf Heerscharen knabbernder Kolleginnen und Kollegen. Der eiserne Wille zur Innovation strahlt ihnen aus den Au-

gen. Unser Kursleiter empfängt uns mit Frohsinn und Namensschildchen, die wir uns anstecken müssen. Er heißt uns, Paarformationen zu bilden, und da ich nicht gleich lossprinte, muss ich mich mit einem faden Werner (Oberstudienrat aus Wanne-Eickel) paaren, während der adrette Referendar mit dem Pferdeschwanz hilflos in einem Haufen wilder Frauen untergeht. Die Partner sollen sich zum Kennenlernen innig umarmen und einander den Rücken warm trommeln. Ins Trommeln legt Werner all die Frustrationen, die sich bei ihm nach den vielen fundierten Presseberichten über Lehrer angestaut haben. Ich beiße die Zähne zusammen und schwöre Rache. Dann müssen wir einen Stuhlkreis bilden, die Hand auf den (eigenen) Bauch legen und in uns hineinhören. Außer dem Grummeln durch die ungewohnten Vollkornbrötchen höre ich nichts. Die anderen jedoch hören ganz viel und tragen es eifrig vor: Ihre momentane Befindlichkeit und ihre Erwartungen an den Kurs. „Genau das erhoffe ich mir auch!“, schließe ich mich flugs den Worten meiner Vorrednerin an. Der Kursleiter mustert mich etwas traurig. Er gibt mir einen großen bunten Ball, den wir uns zuwerfen sollen. „Was sind meine Stärken, was sind meine Schwächen?“, muss jeder Betroffene antworten. Ich versuche, den adretten Referendar mit dem Pferdeschwanz abzuschließen. Leider schnappt sich seine Nachbarin den Ball, auf deren Innenleben ich nicht sonderlich scharf bin. „Ich bin die Marlies. Also, ich kann gut organisieren, bin offen und kontaktfreudig und kann mit Kritik umgehen. – Meine Schwächen? Also, ich habe bestimmt auch ganz viele Schwächen, hihi, aber die fallen mir jetzt gerade nicht so ein. – Also, ich bin vielleicht manchmal etwas überschwänglich? Und hups!“ macht der Ball und fliegt durch die Scheibe. So kommt das viel versprechende Spiel zu einem abrupten Ende. Nach dem Einsammeln der Scherben müssen wir uns weiter kennen lernen. Jeder bekommt einen Arbeitsauftrag und muss seine Partner dazu selber aufspüren. Ich wandere durch den Saal und suche mindestens zwei Kolleginnen, die an einer Katzenallergie leiden und Vegetarier sind. Mit denen soll ich ein Cluster zum Thema „Der pädagogische Visionär“ malen. Unse-

re Nachbargruppe bastelt ein Mobile. Die Begriffe, die daran hängen werden, müssen äußerst sensibel ins Gleichgewicht gebracht werden: Motivationschub, Selbstkompetenz, Entgrenzung, Burn-out, Evaluation und Schulphobie.

Anschließend stellen wir unsere Ergebnisse vor. Eine Gruppe hat ein schönes Standbild aus vier ineinander verknöteten Personen gebildet. Leider kommt keiner von uns darauf, dass dieses Monument die Zerrissenheit des modernen Pädagogen darstellen soll. „Was macht das jetzt mit euch?“, fragt der Kursleiter betroffen das Standbild. „Ich weiß nicht“, meint die Gruppensprecherin, „ich muss das erst mal sacken lassen. Wahrscheinlich frustriert mich das schon irgendwie.“

„Machen wir schnell ein Blitzlicht. Jeder erzählt, wie er sich gerade fühlt“, schlägt der Kursleiter vor. Da ich das heute schon 'mal über mich ergehen lassen musste, verdrücke ich mich nach draußen in die Raucher-Schmuddelecke. Dort treffe ich auf den Pferdeschwanz-Referendar, der seiner Arbeitsgruppe schon vor einer Stunde entnervt entflohen ist. Sie sollten produktorientiert arbeiten und einen pädagogischen Hefezopf backen. ????? Jede Zutat steht sinnbildlich für eine Grundvoraussetzung erfolgreichen erzieherischen Handelns, klärt mich der junge Mann grinsend auf.

Wir beide wissen zu dem Zeitpunkt noch nicht, dass alle Teilnehmer zum Seminaraklang ein Stück vom restlichen Hefeteig mitnehmen müssen. Den kann man durch Anreichern von Eiern und Milch noch jahrelang am Leben halten und als Symbol gemeinsamen Strebens und Wirkens in einem alten Marmeladenglas an reformfreundige Kolleginnen und Kollegen weiterreichen. Mein Schulleiter wird über meinen enormen Wissens- und Erfahrungsgewinn begeistert sein! Und erst über den Hefeteig und das schöne Gruppenmandala! Nun kann die nächste PISA-Studie beginnen!

Gabriele Frydrych

Kreative Pause

Wie berichtet gönnt sich unsere Berliner Kollegin Gabriele Frydrych eine schöpferische Pause, um sich ganz einem anderen Buchprojekt widmen zu können. Die HLZ überbrückt diese Zeit mit einem „Best of Spot(t)light“, bis im Herbst neue Texte für die HLZ versprochen sind!



Beamtenbesoldung: Wir bleiben dran!

Seit einigen Monaten ist aus Kreisen der schwarz-grünen Koalition immer wieder informell zu vernehmen, die Festlegung der Koalitionsvereinbarung, die Beamtenbesoldung in Hessen ab dem 1. Juli 2017 um 1,0% zu erhöhen, sei möglicherweise „nicht das letzte Wort“. Aber beschlossen sei noch gar nichts.

Doch mehr als 1,0 Prozent?

Hintergrund ist selbstverständlich die wachsende Unruhe in der Koalition angesichts der unverändert heftigen Proteste der Beschäftigten und des öffentlichen Unverständnisses über die tausendfachen Disziplinarverfahren gegen Lehrerinnen und Lehrer, die dem Streikaufruf der GEW am 16. Juni 2015 gefolgt waren. Und natürlich kennt auch Innenminister *Peter Beuth* (CDU) die aktuelle Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Beamtenbesoldung und weiß genau, dass die GEW Hessen gemeinsam mit dem DGB ihre politischen Aktivitäten mit einer entsprechenden Klage flankieren wird, sobald mit der schwarz-grünen Politik der Besoldungsreduzierung auch die Kriterien des Bundesverfassungsgerichts für eine Verfassungswidrigkeit gegeben sind.

Anfang April wurde dieses „Grundrauschen“ in Koalitionskreisen auch in der Presse aufgegriffen. Die Frankfurter Rundschau berichtete, die Erhöhung könne sich „zwischen 1,5 und 2 Prozent“ bewegen. Die parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen, *Angela Dorn*, erklärte daraufhin gegenüber hessenschau.de, es gebe „zum Thema Beamtenbesoldung nichts Neues“. „Maßgebliche Kriterien“ für die Höhe der Besoldung seien „der Koalitionsvertrag, das Alimentationsprinzip, die Haushaltslage und die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts“.

Der Druck wirkt

Die GEW und die anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im DGB bezeichneten die Berichte einmütig als Reaktion „auf die vielfältigen Protestaktionen der Gewerkschaften bis hin zum Streik der Lehrerinnen und Lehrer am 16. Juni 2015“. Noch Anfang März hatten die Gewerkschaften bei einem Aktionstag kurz vor den Kommunalwahlen ihre Forderungen öffentlich bei gut besuchten Kundgebungen in Frankfurt und Kassel bekräftigt (HLZ 4/2016). Sie machten deutlich, dass man sich mit einem geringfügi-

gen Aufschlag auf das schwarz-grüne Besoldungsdiktat „nicht abspesen“ lasse. Wie *Maike Wiedwald*, stellvertretende GEW-Vorsitzende, umgehend erklärte, bestehen die Gewerkschaften auf einer vollen Übertragung der tarifvertraglichen Gehaltserhöhungen. Für die Beschäftigten im Bereich des Tarifvertrags Hessen (TV-H) stiegen die Einkommen am 1. März 2015 um 2,0 Prozent und am 1. April 2016 um weitere 2,4 Prozent. Außerdem fordern die Gewerkschaften nicht nur eine Übertragung der Gehaltserhöhungen, sondern endlich auch der tarifvertraglichen Arbeitszeit. Noch immer gilt für hessische Beamtinnen und Beamte die 42-Stundenwoche und damit die bundesweit höchste Wochenarbeitszeit. Spätestens seit der Ankündigung von Finanzminister *Schäfer* vom 27.1.2016, die Rücklage des Landes um 300 Millionen Euro aufzustocken, fehle jede Rechtfertigung für diese Politik der Landesregierung.

„Es geht um eine Wertschätzung der täglichen Arbeit der Kolleginnen und Kollegen in der Schule, die sich auch in einer angemessenen Besoldung und einer erträglichen Wochenarbeitszeit ausdrücken muss. Da sind die jetzt geplanten Erhöhungen der Besoldung viel zu wenig“, erklärte Maike Wiedwald.

Warnstreiks im öffentlichen Dienst der Kommunen

In der Tarifrunde für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen hatten die Arbeitgeber in der zweiten Verhandlungsrunde ein Angebot vorgelegt, das von den Beschäftigten als Provokation empfunden wurde. Deshalb nahmen unter anderem Erzieherinnen und Erzieher sowie Sozialpädagoginnen und Sozialarbeiter der Stadt Frankfurt die Gelegenheit wahr, bei einer Kundgebung auf dem Paulsplatz dem eigenen Arbeitgeber ganz unmittelbar deutlich zu machen, dass die Arbeitgeberofferte viel zu niedrig ausgefallen war. An der Arbeitsniederlegung beteiligten sich auch die Beschäftigten von TVöD-gebundenen freien Trägern.

• Weitere aktuelle Informationen zur Tarifrunde findet man unter www.gew.de und www.gew-hessen.de.



Anlässlich der konstituierenden Sitzung der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung im Römer hatten die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes am 13. April die Beschäftigten der Stadt Frankfurt zu einem vierstündigen Warnstreik aufgerufen.

Personalratswahl in der Bildungsverwaltung

Gemeinsame Liste von GEW und ver.di

Auch in den Einrichtungen der Bildungsverwaltung, in den Schulämtern, in der Lehrkräfteakademie und im Kultusministerium, werden im Mai die Personalräte in den einzelnen Dienststellen und der gemeinsame Hauptpersonalrat beim Hessischen Kultusministerium (HPR) gewählt. Die Kandidatinnen und Kandidaten der GEW finden Sie in bewährter Form auf der gemeinsamen Liste von ver.di und GEW.

Die Kandidatinnen und Kandidaten von GEW und ver.di stellen für die Personalratswahl 2016 die folgenden Forderungen in den Mittelpunkt ihres gemeinsamen Wahlprogramms:

- Der Stellenabbau in der Bildungsverwaltung muss gestoppt werden. Der nach wie vor bestehende Haushaltsvermerk bezüglich der Einsparung von 102 Stellen in den nächsten drei Jahren ist ersatzlos zu streichen. Freie und frei werdende Stellen müssen umgehend wieder besetzt werden.
- Die Unterstützung der wichtigen Aufgabe der Flüchtlingsbetreuung kann nicht zu Lasten der Personalentsenden Ämter gehen. Wir fordern entsprechende Ersatz Einstellungen und Aufstockungen für die Kolleginnen und Kollegen, die derzeit mit Mehrarbeit konfrontiert sind.

- Die durch die Beschulung der Flüchtlingskinder auf allen Ebenen entstehende Mehrarbeit muss konkret ermittelt und personell ausgeglichen werden, auch in den Dienststellen der Bildungsverwaltung.

- Wir fordern unverändert die 40-Stunden-Woche für alle Beamtinnen und Beamten und ein Ende der Nullrunden. Es ist ein Zeichen mangelnder Wertschätzung, wenn einerseits Mehrarbeit und Engagement in Krisensituationen gefordert werden und andererseits die Beschäftigten in Hessen schlechter behandelt werden als in allen anderen Bundesländern.

- Wir fordern bessere Möglichkeiten zur Höhergruppierung und Beförderung und mehr Stellen für Auszubildende und Anwärterinnen und Anwärter.

- Mehr Transparenz und Beteiligung bei allen Entscheidungen stärken auch die Berufszufriedenheit. Wir halten es deshalb für dringend geboten, die Erfahrungen, Kompetenzen, Sachkenntnis und Qualifikationen aller Kolleginnen und Kollegen stärker einzubeziehen.

- Demokratie heißt für uns auch, dass die Ämter leicht und schnell erreichbar sind, dass sie die regionalen Gegebenheiten kennen und dass es zwischen den Ebenen der Bildungsverwaltung

eine vertrauensvolle Dialogstruktur gibt. Deshalb wollen wir, dass Teamarbeit vor direktozialem Gehabe geht, dass Gängelung durch mehr Selbstständigkeit ersetzt wird und Fachlichkeit vor Parteipolitik geht.

- Die Belastungen am Arbeitsplatz durch Stress, Zeitdruck und Arbeitsverdichtung nehmen immer mehr zu. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als ein zentrales Ziel bei allen Veränderungen, Planungen und Entscheidungen berücksichtigt wird. Damit Wertschätzung und Anerkennung zu mehr Mitarbeiterzufriedenheit beitragen, muss ein partnerschaftlicher Führungsstil auf der Basis von Vertrauen und Respekt in den Dienststellen gelebt werden.

- In den kommenden Jahren wird die Digitalisierung der Arbeitswelt unsere Arbeitsplätze in einer Art und Weise verändern, wie wir es uns noch gar nicht richtig vorstellen können. Fachleute sprechen von einer „Vierten Technischen Revolution“. Wir wollen nicht, dass die Beschäftigten dabei auf der Strecke bleiben. Die Kandidatinnen und Kandidaten von GEW und ver.di setzen sich wie bisher dafür ein,

- dass die Kolleginnen und Kollegen über die neuen Prozesse umfassend informiert und für die neuen Anforderungen ausreichend geschult werden,
- dass sie auch in der neuen Arbeitswelt unter zumutbaren Bedingungen einen qualifizierten Arbeitsplatz mit entsprechender Bezahlung finden und
- dass unser Berufsnachwuchs die neuen Inhalte schon rechtzeitig in der Ausbildung erfährt.

Die richtige Wahl

Auf der gemeinsamen Liste von GEW und ver.di kandidieren:

- für die Beamtinnen: *Christiana Bohn (GEW)*, *Regina Pomp*, *Ingrid Wiemann (GEW)* und *Claudia Riemer*
- für die Beamten: *Gino Todisco*, *Klaus Staudt (GEW)*, *Klaus Heyl*, *Erhard Zammert (GEW)*, *Erhard Liebetau* und *Dieter Eitel (GEW)*

- für die Arbeitnehmerinnen: *Esther Heck*, *Claudia Janise*, *Bärbel Schugt*, *Dagmar Lüttke*, *Claudia Kilian*, *Susanne Wilfer* und *Patricia Hall*
- für die Arbeitnehmer: *Karl-Heinz Ernst*, *Walter Zoubek (GEW)*, *Thomas Danhuber* und *Marco Brähler*



von links: *Klaus Staudt (GEW)*, *Klaus Heyl*, *Karl-Heinz Ernst (Vorsitzender des HPR)*, *Claudia Riemer*, *Gino Todisco* und *Esther Heck*

Wann wird gewählt?

Die Beschäftigten der Bildungsverwaltung wählen den Hauptpersonalrat beim Kultusministerium am 18. und 19. Mai. Zum selben Termin finden auch die Wahlen zu den Personalräten an den Schulämtern, in der Lehrkräfteakademie und im Kultusministerium statt. Einzelne Dienststellen wählen die örtlichen Personalräte bereits am 10. und 11. Mai.

X Ausbildungsmarkt: „Ein erster Schritt ist getan“

Fabian Wagner, Bezirksjugendsekretär des DGB Hessen-Thüringen, bezeichnete die jüngsten Daten zum hessischen Ausbildungsmarkt und die Steigerung der gemeldeten Berufsausbildungsstellen um 6,7 Prozent als „erfreulich“, zumal Hessen mit 2.000 zusätzlichen Ausbildungsstellen im Vergleich zum Vorjahresmonat über dem Bundestrend liege. „Wenn sich dieser positive Trend verfestigt und nicht als Strohfeuer erweist, hätten vielleicht auch endlich die Altbewerberinnen und Altbewerber eine Chance auf einen Ausbildungsplatz“. Nachdem die Stellen nun „auf dem Markt“ seien, müssten die Arbeitgeber auch einstellen. Sonst drohe auch in Hessen im Zuge des demographischen Wandels ein Fachkräftemangel.

X GEW Frankfurt: Forderungen an die neue Koalition

Auch sechs Wochen nach der hessischen Kommunalwahl war nicht nur in Frankfurt unklar, wie stabile Mehrheiten in den Kommunalparlamenten gebildet werden können. In Frankfurt war die schwarz-grüne Koalition abgewählt worden. Es zeichnete sich bei Redaktionsschluss der HLZ ab, dass eine neue Koalition von CDU und SPD auf FDP oder Grüne als zusätzlichem Partner angewiesen ist. Die GEW Frankfurt beschrieb in einem Brief an SPD, CDU, Grüne, Linke und FDP ihre „Eckpunkte für die Koalitionsgespräche im Frankfurter Römer“.

Für eine Neuausrichtung der Bildungspolitik in Frankfurt müssten die erforderlichen Ressourcen bereitgestellt werden. Dazu gehörten auch „eine verbesserte Personalausstattung für die Planung und das Controlling im Bildungsdezernat“. Bei der inklusiven Bildung müsse man sich von den „Scheinlösungen“ der „Modellregion“ verabschieden. Die GEW fordert „eine realistische, transparente und finanziell abgesicherte Planung für die Sanierung und den Neubau von Schulen und Kitas“, die „Gewährleistung von tariflichen Standards bei Kitas und der Jugendhilfe“ und die „Absicherung des finanziellen Bedarfs für die Bildung in Frankfurt durch Wiederanhebung des Gewerbesteuerhebesatzes und den Verzicht auf weitere PPP-Projekte“.

X Erfolg der GEW bei Verhandlung über Fristverträge

Ende 2015 begannen die tarifvertraglich vereinbarten Verhandlungen der Gewerkschaften mit dem Hessischen Kultusministerium (HKM) und dem Innenministerium über die Begrenzung der befristeten Arbeitsverträge. Jetzt einigten sich GEW und HKM auf eine Zielvorgabe, um insbesondere Lehrkräfte, die länger als fünf Jahre mit befristeten Verträgen im hessischen Schuldienst beschäftigt sind, sukzessive in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse zu übernehmen. Dazu wird unter anderem ein Einstellungskorridor für Lehrkräfte geschaffen, die die Wartepunkte auf der Rangliste ausgeschöpft haben. Außerdem einigten sich GEW und HKM auf eine Obergrenze für den Anteil befristeter Verträge an der Gesamtzahl der Stellen und auf eine Berichtspflicht zur Umsetzung der Vereinbarung.

Jochen Nagel, Verhandlungsführer der GEW, erklärte, man habe mit diesem ersten Schritt „nicht alle Probleme des Befristungsunwesens lösen können“. Die GEW werde aber nicht nachlassen, „weitere Verbesserungen zu erzielen“. Sobald die Zustimmung der Gremien vorliegt, wird die GEW detailliert informieren (www.gew-hessen.de).

X GEW Melsungen-Fritzlar zum Flüchtlingsabkommen

Auf der Grundlage einer Diskussion auf einer Mitgliederversammlung wies der Kreisvorstand der GEW Melsungen-Fritzlar in einer Resolution auf das „große Glaubwürdigkeitsproblem“ von EU und deutscher Bundesregierung hin, „wenn sie mit der autoritär auftretenden Regierung der Türkei ein Flüchtlingsabkommen verhandeln, das Milliardenzahlungen an die Türkei und beschleunigte EU-Beitrittsverhandlungen vorsieht, aber keine klare Haltung zu den vielfältigen Menschenrechtsverletzungen in der Türkei zeigen“. Pauschale Abschiebungen in die Türkei seien „mit dem Völkerrecht, dem EU-Recht und dem Grundgesetz nicht vereinbar“.

Die Bundesregierung müsse sich gegenüber der türkischen Regierung für eine Beendigung der staatlichen Repression einsetzen und diese auffordern, „die Menschenrechte im eigenen Land zu achten sowie einen Friedensprozess mit der kurdischen Bevölkerung einzuleiten“.

X DGB zieht Bilanz: Fünf Jahre Schuldenbremse

Am 27. März 2016 jährt sich die Volksabstimmung über die Aufnahme der Schuldenbremse in die Hessische Verfassung zum fünften Mal. Der DGB hatte sich damals im Rahmen des Bündnisses „Handlungsfähiges Hessen“ gegen die Schuldenbremse stark gemacht. 30 Prozent der Wählerinnen und Wähler votierten mit Nein. Gabriele Kailing, Vorsitzende des DGB Hessen-Thüringen, nahm den Jahrestag zum Anlass, Bilanz zu ziehen: „Die Sachinvestitionen des Landes sinken von Jahr zu Jahr und die Kommunen erhalten zu wenig Geld. Die so genannten Schutzschirmkommunen werden zu rabiaten Sparanstrengungen gezwungen. Auch eine angemessene Finanzierung des Bildungsbereichs ist unter der Schuldenbremse nicht möglich. Die Personalpolitik des Landes steht unter Haushaltsvorbehalt, Stellen werden abgebaut und die Beamtinnen und Beamten werden mit Nullrunde und Deckelung der Bezüge abgestraft.“

In den Jahren vor Verabschiedung der Schuldenbremse seien die Steuern insbesondere für Unternehmen und reiche Haushalte massiv gesenkt worden. Statt diesen Einnahmeausfall zu beheben, werde die Kürzungspolitik fortgesetzt, die Ministerpräsident Roland Koch im Jahr 2002 mit der sogenannten „Operation Sichere Zukunft“ eingeläutet hat. Nicht zuletzt die Zustimmung der Grünen zur Schuldenbremse habe der schwarz-grünen Koalition den Weg bereitet, sagte Kailing: „Was die Grünen zu Kochs Zeiten noch kritisiert haben, ist nun Teil ihrer eigenen Agenda.“





Kommunalwahl in Hessen

Die extreme und populistische Rechte

Bei der Hessischen Kommunalwahl am 6. März 2016 sind mit der NPD, den REP und der AfD drei rechtsextreme bzw. rechtspopulistische Parteien angetreten. Während NPD und REP als „traditionell“ rechte Parteien schon mehrfach bei Kommunalwahlen und bei Landtagswahlen in Hessen angetreten sind, trat die am 6. Februar 2013 in Berlin gegründete AfD erstmals an.

NPD und Republikaner (REP)

Die NPD ist mit dem Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht (BVG) in Karlsruhe konfrontiert und spielt im rechtsextremen Lager nur noch eine marginale Rolle. Dies ist eine Folge der Konkurrenzentwicklungen im rechtsextremen Lager mit den beiden radikaleren und aktionistischen Kleinstparteien *Die Rechte* und *Der III. Weg*, die in Hessen bisher kaum eine Rolle spielen, auf der einen Seite und der in Teilen wirtschaftsliberalen, rechtspopulistischen und völkisch-nationalistischen AfD auf der anderen Seite. Die NPD ist weiter von Auflösungserscheinungen gekennzeichnet und wird im parteipolitischen Lager der extremen Rechten tendenziell bedeutungslos.

Die NPD hat als „traditionelle“ rechtsextreme Partei mit Anleihen an die NS-Ideologie und einem auf rassistischem und biologistischem Denken beruhenden Weltbild insgesamt etwa 5.200 und in Hessen derzeit etwa 250 Mitglieder. Sie ist von Mitgliederverlust und Überalterung gekennzeichnet, Kreisverbände lösen sich auf. Sie gewinnt keine neuen Mitglieder und ist auch finanziell in einer schwierigen Situation. Sie hat bundesweit etwa 360 kommunale Mandate (0,15% aller Mandate), ist in den Ländern nur noch im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern und im Europaparlament mit ei-

nem Abgeordneten vertreten. Sie will ihre Kräfte „auf den Osten“ insbesondere in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern konzentrieren, wo sie Gewalt androht, Gewalt stimuliert und durch eine Politik der Einschüchterung Angsträume schafft.

Bei den Kommunalwahlen in Hessen trat die NPD nur noch in den drei Landkreisen Wetterau, Lahn-Dill und Main-Kinzig sowie in den fünf Städten und Gemeinden Büdingen, Altstadt (Wetterau), Wetzlar, Leun (Lahn-Dill-Kreis) und Frankfurt an. In Wölfersheim (Wetteraukreis) und Gelnhausen (Main-Kinzig-Kreis) trat sie nicht mehr an.

Auch die rechtspopulistischen und rechtsextremen Republikaner (REP) sind – nach ihren Erfolgen bei Kommunalwahlen vor allem in den 1990er Jahren – auf dem Weg in die kommunale, landesweite und nationale Bedeutungslosigkeit. Sie haben in Hessen nur noch wenige hundert Mitglieder in – nach eigenen Angaben im Netz – 14 Kreisverbänden. In Wirklichkeit dürften es nicht mehr als fünf sein. Sie kandidierten ebenfalls noch in drei Landkreisen (Hochtaunus, Main-Kinzig und Fulda) und in sechs Städten und Gemeinden (Bad Homburg, Fulda, Hanau, Frankfurt, Offenbach und Ebersburg).

Die Alternative für Deutschland (AfD)

Die AfD befindet sich nach der Abspaltung des wirtschaftsliberalen „Lucke-Flügels“ in einem Suchprozess zwischen wirtschaftsliberal-konservativen, rechtspopulistischen und völkisch-rassistischen Positionen. Sie war bei der Kommunalwahl in Hessen die dominierende Kraft im rechtspopulistischen und rechtsextremen Lager. Es gelang ihr, in allen Landkreisen mit Ausnahme des Werra-Meißner-Kreises Kandidatinnen und Kandidaten aufzustellen, außerdem in 18 von 426 Städten und Gemeinden. Darunter waren die fünf Großstädte. Auf ihren Listen waren 729 Kandidaten und Kandidatinnen ausgewiesen, davon 469 für die 20 Kreistage, 127 für die fünf Großstädte und 133 in den 13 Städten und Gemeinden. Damit haben von den etwa 1.700 Mitgliedern in Hessen über 40 Prozent sowie zahlreiche nicht in der AfD organisierte Personen kandidiert, die sich damit öffentlich zu der Partei bekannt haben und bereit waren, deren Politik in kommunalen Parlamenten zu vertreten und umzusetzen. Die Listen bewegten sich zwischen 41 Kandidatinnen und Kandidaten für den Landkreis Offenbach und acht im Vogelsberg; in den Städten und Gemeinden waren es zwischen 30 in Frankfurt und Darmstadt und vier in Fuldaabrück.

Ergebnisse in Hessen

Bei der Landtagswahl 2013 erhielt die NPD in Hessen 1,1% und bei der zeitgleichen Bundestagswahl 1,3% der abgegebenen Stimmen; bei der letzten Kommunalwahl am 27. März 2011 kamen die NPD landesweit auf 0,4% und die REP auf 0,7%. Eine regionale Hochburg war der Main-Kinzig-Kreis, wo die NPD 2011 auf 1,4% und die REP auf 1,5% kamen.

Kommunalwahlen in Hessen am 6. März 2016
Ergebnis der Wahl der Stadtverordnetenversammlungen
der kreisfreien Städte und der Kreistage

	Stimmen	% (2016)	% (2011)	Sitze (2016)
Wahlberechtigte	4,74 Mio.			
Wahlbeteiligung	2,27 Mio.	48,0	47,7	1.920
Ungültig	107.106	4,7	5,5	
CDU	626.055	28,9	33,7	554
SPD	618.651	28,5	31,5	554
GRÜNE	244.315	11,3	18,3	217
LINKE	75.441	3,5	2,7	68
FDP	139.070	6,4	3,9	120
PIRATEN	15.035	0,7	1,3	13
REP	3.866	0,2	0,7	4
NPD	6.004	0,3	0,4	5
AfD	257.277	11,9	-	223
Freie Wähler	13.835	0,6	-	16
Wählergruppen	160.853	7,4	7,2	142
Sonstige	7.467	0,3	0,1	4

Landesweit gewannen die REP 13 Mandate, die NPD acht Mandate unter anderem im Lahn-Dill-Kreis, im Wetteraukreis, in Frankfurt, Wölfersheim und Fulda.

Die Ergebnisse der Kommunalwahl am 6. März 2016 bestätigen die Dominanz und Etablierung der AfD. Die REP und NPD haben in den Landkreisen und Großstädten – in Konkurrenz zur AfD – Stimmen verloren oder geringfügig hinzugewonnen. Dort, wo die AfD nicht angetreten ist, konnten sie jedoch deutliche Stimmenzuwächse verzeichnen.

Die AfD kam in allen 20 Landkreisen, in denen sie angetreten war, auf mehr als 10% der Stimmen. Darunter liegen nur Limburg-Weilburg (9,3%) und der Vogelsbergkreis (5,8%). Über 14% gab es in den Kreisen Bergstraße (15,9%), Offenbach (14,7%), Main-Kinzig-Kreis (14,6%), Gießen (14,4%) und Fulda (14,3%). Überdurchschnittliche Erfolge erzielte die AfD, die nur in 18 Städten und Gemeinden angetreten war, unter anderem in Dietzenbach (14,7%), Bad Karlshafen (14,0%) und Bensheim (13,3%). In den Großstädten kam die AfD in Wiesbaden auf 12,8%, in Kassel auf 11,0%, in Darmstadt auf 9,2% und in Frankfurt auf 8,9%.

Insgesamt hat die AfD in allen Parlamenten 279 Sitze gewonnen, davon 183 in den Kreistagen und 96 in Städten und Gemeinden. Wahlanalysen zeigen, dass die AfD vor allem in sozial belasteten Stadtteilen punkten konnte, d.h. in Orten mit Erstaufnahmeeinrichtungen und Unterkünften für Flüchtlinge und Asylbewerber, aber auch in Vierteln, in denen russlanddeutsche Spätaussiedler leben. Ihre Stimmen kamen weniger von den Jung- und Erstwählern, sondern vor allem von Männern über 50 Jahren. Nur ein Drittel der Stimmen kam von Frauen. Ihre Wählerinnen und Wähler kamen vor allem von bisherigen CDU- und SPD-Wählern und aus der Gruppe der Nichtwähler. Die Wahlmotive sind vielschichtig und entstammen einem „Mix“ aus Protest, Gesinnung, Gefühlen und rationalem Kalkül.

Für die AfD kandidierten vor allem Männer im Alter zwischen 50 und 70 Jahren aus einer breiten Mittelschicht und mit bürgerlichen Berufen. Schon die Parteigründung zeigte die Dominanz unzufriedener, älterer Männer aus der „Mitte der Gesellschaft“, die sich „nach Lucke“ weiter radikalisierten. Auf den Listen findet man viele akademische Berufe, auffallend viele Diplom-Ingenieure, Selbstständige, Kaufleute, Handwerker, Polizisten und Rentner, vereinzelt auch bekannte kommunale Akteure wie einen ehemaligen CDU-Bürgermeister aus Biedenkopf oder den aus der CDU ausgeschlossenen ehemaligen Bundestagsabgeordneten *Martin Hohmann* als Listenführer in Fulda.

Wahlkampfthema Flüchtlinge

Das bestimmende, auch durch die Medienaufmerksamkeit stimulierte Wahlkampfthema waren bei allen Wahlen die Migrationskrise und die Flüchtlingspolitik. Der Wahlerfolg bei den Kommunalwahlen in Hessen wurde von einem führenden AfD-Mitglied so kommentiert: „Die Grünen hatten ihr Fukushima, wir haben die Flüchtlinge.“ So zeigten denn auch die Wahlplakate, Broschüren und Präsentation im Netz das völkisch-nationalistische Denken und den populistischen Parolenhaushalt, bei dem es um Ressentiments gegen Fremde und Ausländer, vor allem gegen Flüchtlinge und Asylbewerber ging. Weitere Themen waren die innere Sicherheit und die Kosten der Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen mit einer aggressiv-ethnisierenden Deutung und der üblichen Generalisierung unter anderem der Vorfälle in Köln.



Bei einer AfD-Veranstaltung am 9. 10. 2015 in Dietzenbach wurden Zwischenrufer aus dem Saal gedrängt. Der stellvertretende AfD-Vorsitzende Dr. Alexander Gauland, von 1987 bis 1991 Chef der hessischen Staatskanzlei, referierte über das Thema „Asylchaos“. Im Zeit-Magazin forderte er, man müsse „die Grenzen dicht machen und dann die grausamen Bilder aushalten“. Man könne „sich nicht von Kinderaugen erpressen lassen.“ Der Flüchtlingszuzug sei wie ein Wasserrohrbruch: „Den dichten Sie auch ab.“ (Foto: Peter Jülich)

Emotional, autoritär und national aufgeladen folgte die Thematisierung den Mustern der Überhöhung ethnisch-kultureller Unterschiede, der Abgrenzung eines vermeintlich gesellschaftlich homogenen Volkes und der Proklamation einer völkischen Identität und Souveränität Deutschlands gegenüber kulturell abgewerteten Fremden. Vor allem die AfD betonte die angebliche Distanz zu den „Altparteien“ des politischen Establishments. Weiter richtete sich die „Mission“, die auch als „Widerstandsbewegung“ gesehen wird und mit einer Netzwerkbildung zwischen AfD, Neuer Rechter und Bewegungen wie Pegida verbunden ist, gegen gesellschaftliche Entwicklungen der letzten Jahrzehnte: gegen Gendermainstreaming, Multikulturalismus und angebliche „Erziehungsbeliebigkeit“.

- In der Wahlkampfretorik bei der AfD finden sich Parolen wie „Schwarz-Rot-Gold ist bunt genug!“, „Mut zu Deutschland“, „Das Chaos beseitigen“, „Asylchaos und Eurokrise stoppen!“, „Asyl braucht Grenzen“, „Köln ist überall“, „Altparteien im Asylwahn“ oder „Unser Land, unsere Heimat: Du, mein Hessen“.

- In der Wahlkampfretorik der NPD war von „Überfremdung, Asylflut, Zuwanderung und Terrorgefahr“ die Rede, von „kulturfremden Ausländern“ und von einer „Kuschelpolitik“ gegenüber „kriminellen Ausländern“. Die NPD sieht das „System am Ende“ und spricht von „Systemparteien“, während sie sich selbst als „einwanderungsfeindliche und inländerfreundliche Partei“ bezeichnet.

- Ähnlich wollen die REP „abgelehnte Asylbewerber konsequent abschieben“ und die „Einwanderung in die Sozialsysteme“, den „Euro-Wahn“ und „Merkels europäische Geislerfahrt in der Asylkrise“ stoppen.

Bei allen drei Parteien findet man – mit unterschiedlicher Härte und Deutlichkeit – eine sich radikalisierende Rhetorik sowie versteckte oder offene Gewaltbereitschaft. Sie zielen

Hochburgen der NPD		
Kreis bzw. Gemeinde	Stimmenanteil	Mandate
Lahn-Dill-Kreis	2,0 %	2
Wetteraukreis	2,2 %	2
Main-Kinzig-Kreis	0,9 %	1
Wetzlar	7,8 %	5
Büdingen	10,2 %	4
Altenstadt	10,0 %	4
Leun	11,2 %	3
Hochburgen der REP		
Landkreis Fulda	1,0 %	1
Main-Kinzig-Kreis	0,9 %	1
Hochtaunus-Kreis	0,7 %	1
Hanau	9,6 %	5
Fulda	6,9 %	4
Ebersburg	4,3 %	1
Offenbach	1,2 %	1
Bad Homburg	1,0 %	1

mit einer Gefühlswelt des Hasses, einer Verrohung diskursiver Landschaften und mit Kampfbegriffen wie „Merkelismus“, „Demokratie“, „Überfremdung“ oder „Volkstod“ auf die Mobilisierung von Ängsten. Sie setzen auf Provokation und Empörung gegen soziale Minderheiten, bieten ideologisierung-einfache Diagnosen und Antworten auf komplexe Probleme und Entwicklungen an. Der „Volkswille“ müsse „endlich ausgesprochen werden“ und die „Altparteien“ (AfD) oder „Systemparteien“ (NPD) wüssten nicht mehr, was das Volk denkt. Als Lösungen angeboten werden Abschottung, Abgrenzung, Ausgrenzung, ethnisch-kulturelle bzw. nationalistische Identität und Homogenität. Der Abschottung liegen bei rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien rassistische Motive und ethnisch-völkische Denktraditionen zugrunde. Die Demokratie wird zur Ethnokratie und die staatsbürgerliche Identität zur völkischen Identität, die das Eigene feindselig gegen das Fremde verteidigt.

Diese Rhetorik zielt mit inszenierter Hysterie und echtem Hass auf die Bindung des eigenen Lagers, soll aber auch in

die „Mitte der Gesellschaft“ anschlussfähig sein und Milieus erreichen, in denen es eine mehr oder weniger ausgeprägte Distanz zum parlamentarischen System gibt. Erreicht werden sollen sowohl abgehängte soziale Gruppen und Verlierer des gesellschaftlichen Wandels als auch Menschen aus der Mittelschicht, die beruflich-sozial integriert sind, die etwas zu verlieren haben und deren gesellschaftliche und politische Einbindungen brüchig geworden sind. Insbesondere die AfD richtet sich auch an besser gebildete, gut verdienende soziale Gruppen, die „unter sich“ bleiben wollen.

Es ist der AfD als „Container“ gelungen, negative Gefühle wie Wut, Neid, Hass und Enttäuschung sowie die Sehnsucht nach einer homogenen Gemeinschaft wahlpolitisch zu binden. Es waren einerseits Wahlen gegen die politische Elite, „gegen Merkel“ und deren Flüchtlingspolitik und andererseits für eine Partei, die das rechtspopulistische Einstellungspotenzial mobilisiert. Der Anteil der Menschen mit einem geschlossenen fremden- und demokratiefeindlichen Weltbild liegt nach allen empirischen Studien zwischen zehn und 15 Prozent. Vorurteile, Ressentiments und autoritäre Muster findet man jedoch in einem noch größeren gesellschaftlichen Spektrum.

Die Republik und die demokratischen Parteien haben eine populistische Lektion erfahren. Sie sind aktuell nicht in der Lage, die Fragen und Ängste vieler Bürgerinnen und Bürger aufzugreifen und sie mit Identitätsangeboten und symbolischer Politik zu binden. NPD und REP sind in Hessen nicht von der parlamentarischen Bühne verschwunden. In den Gemeinden, in denen sie keine Konkurrenz durch die AfD hatten, konnten sie ihr Wahlergebnis gegenüber 2011 zum Teil deutlich verbessern. Zur dominierenden Kraft im rechtspopulistischen und rechtsextremen Lager ist jedoch die AfD geworden. Als „Staubsauger“ sammelt sie Wählerinnen und Wähler mit unterschiedlichen Motiven. Der Protest auf der Straße hat seinen Weg in die Parlamente gefunden und dabei vor allem bisherige Nichtwähler mobilisiert.

Benno Hafener

Die Langfassung dieses Beitrags findet man in der neuen Zeitschrift „Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit“. Sie erscheint im Mai 2016 im Wochenschau-Verlag (Schwalbach/Ts.).

Europas rechte Parteien

Das Erstarken der AfD in Deutschland ist Teil einer gesamt-europäischen Entwicklung. Die folgende HLZ-Übersicht über rechtspopulistische Parteien in West- und Südeuropa fußt auf

aktuellen Veröffentlichungen der Berliner Zeitung, des Kuriers (Österreich), der Nachrichtenagentur dpa und Einzelbeiträgen in Wikipedia:

Dänemark : Dänische Volkspartei

Europawahl 2014: 26,6%, Parlamentswahl 2015: 21,1%

Finnland: Wahre Finnen

Europawahl 2014: 12,9%, Parlamentswahl 2015: 17,7%

Norwegen: Fortschrittspartei

Parlamentswahl 2013: 16,3%

Schweden: Schwedendemokraten

Europawahl 2014: 9,7%, Reichstagswahl 2014: 12,9%

Großbritannien: United Kingdom Independent Party

Europawahl 2014: 27,5%, Unterhauswahl 2015: 12,6%

Niederlande: Partei für die Freiheit

Europawahl 2014: 12,2%, Parlamentswahl 2012: 10,1%

Italien: Lega Nord

Europawahl 2014: 6,2%,
Regionalwahlen in Venetien 2015: 17,8%

Frankreich: Front National

Europawahl 2014: 24,9%
Departementswahlen 2015 (Erster Wahlgang): 27,7%

Österreich: Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)

Europawahl 2014: 19,7%,
Bundesland Wien, Landtagswahl 2015: 30,8%

Griechenland: Goldene Morgenröte / Unabhängige Griechen

Europawahl 2014: 9,4% / 3,5%
Parlamentswahl September 2015: 7,0% / 3,7%

AfD gegen „Genderwahn“

Angriff auf Errungenschaften der Frauenbewegung



Lange schien es, als sei die Gleichstellung der Geschlechter in Deutschland nicht aufzuhalten. Manche junge Frau winkt ab: Feminismus? Ist doch alles schon erreicht. Das hat schon bisher nicht gestimmt: Es gibt noch mehr als genug zu tun. Aber jetzt macht sich mit der Alternative für Deutschland (AfD) auch noch eine Partei in Umfragen und Wahlen breit, die sogar das bisher Erreichte in Frage stellt und offen für eine Rückabwicklung zahlreicher Errungenschaften der Gleichstellung von Mann und Frau eintritt.

Vieles von dem, was Frauen in den vergangenen Jahrzehnten erreicht haben, ist zur alltäglichen Selbstverständlichkeit geworden. Doch noch immer sind sie nicht überall gleich gestellt. Noch immer verdienen Frauen im Schnitt rund 20 Prozent weniger als Männer für die gleiche Tätigkeit. Noch immer finden sich in Führungspositionen in Wirtschaft und Politik viel mehr Männer als Frauen. Politische und administrative Entscheidungen können Männer und Frauen sehr unterschiedlich betreffen. Deshalb hat die Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 Gender Mainstreaming als eigenständige Strategie festgelegt. Spätestens seit dem Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages 1999 ist es in Europa ein gesetzlich verankertes Ziel, die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern bei allen Entscheidungen auf allen Ebenen zu berücksichtigen. Die AfD aber wähnt hinter dem längst etablierten Instrument des Gender Mainstreaming das Ziel, die traditionelle Familie zu zerstören. Solche Bestrebungen seien „Genderwahn und Gleichmachung von Geschlechtern unter einem ideologisch verbrämten Etikett“, wie es in einer Pressemitteilung der hessischen AfD heißt. Wenn in Kita und Schule Genderaspekte berücksichtigt werden, fürchtet sie eine Konfrontation von „Kleinstkindern mit sexuellen Methoden und Praktiken“.

AfD gegen „Gesellschaftsexperimente“

Der Spitzenkandidat der AfD in Thüringen, *Björn Höcke*, fordert, „schädliche, teure, steuerfinanzierte Gesellschaftsexperimente, die der Abschaffung der natürlichen Geschlechterordnung dienen“, zu beenden. Kinder sollten wieder „verstärkt

in der Familie erzogen werden“: „Die klassische Familie ist wieder zum Leitbild zu erheben.“ Auch die wenigen Frauen in der AfD tragen dieses rückwärtsgewandte Frauen- und Familienbild mit. Bundessprecherin *Frauke Petry* nennt es „wünschenswert, dass eine normale deutsche Familie drei Kinder hat“, und fordert ein Volksbegehren für eine Verschärfung des Abtreibungsparagrafen 218. *Beatrix von Storch* vertritt die Positionen der selbst ernannten „Lebensschützerinnen und Lebensschützer“. Wie sie das mit ihrer Aussage zusammenbringt, zur Abwehr von Flüchtlingen müsse auch auf Frauen und Kinder geschossen werden, ist ihr Geheimnis.

Dass eine Partei sich allen Ernstes herausnimmt, definieren zu wollen, wie eine „normale deutsche Familie“ und eine „natürliche Geschlechterordnung“ auszusehen haben, ist meilenweit von der Lebenswirklichkeit im 21. Jahrhundert entfernt. Gerade deshalb ist die Versuchung groß, solche Positionen der AfD als ideologisches Getöse abzutun. Aber es besteht durchaus die Gefahr, dass eine in den Parlamenten der Städte, Gemeinden und Landkreise real existierende AfD dazu beiträgt, mühsam errungene Elemente der Gleichberechtigung von Mann und Frau zurückzudrängen.

In Hessen hat die von CDU und Grünen getragene Landesregierung gerade das Gleichstellungsgesetz überarbeitet, das im öffentlichen Dienst beschäftigte Frauen stärkt. Ein wichtiges Element sind mehr Rechte für die Frauenbeauftragten. Die AfD möchte dagegen die Frauenbeauftragten am liebsten ganz abschaffen. Zieht sie in kommunale Parlamente ein, ist damit zu rechnen, dass in kommunalen Haushalten und Stellenplänen wichtige Errungenschaften wie Frauenförderpläne, Gender Budgeting und die Besetzung von Spitzenpositionen durch Frauen gefährdet sind. Auch die Quote bei der Besetzung von Ämtern in Zweckverbänden, Verwaltungsräten und beratenden Gremien wird von der AfD sicher nicht mitgetragen.

Dass sich die AfD gern über geschlechtergerechte Sprache in Dokumenten und Beschlüssen lustig macht, mag dem einen oder der anderen nicht so wichtig erscheinen. Sprache drückt aber eine innere Haltung aus und entfaltet reale Wirkung. Das können wir in der von Hetzparolen geprägten Flüchtlingsdebatte leider nur zu gut beobachten.

Ein Zurückfallen in das vorige Jahrhundert, das sollen und werden sich Frauen nicht gefallen lassen. Es gibt viele gute Gründe, sich gegen eine Partei zu entscheiden, die auf das Leid von Flüchtlingen mit Unmenschlichkeit reagiert, gegen Andersdenkende hetzt und von Demokratie, Gewaltenteilung und Meinungsfreiheit wenig hält. Für alle, denen Frauenrechte, die Gleichstellung der Geschlechter und die Vielfalt der Lebensmodelle wichtig sind, ist das ein Grund mehr, zukünftig zur Wahl zu gehen und die AfD wieder dorthin zu schicken, wo sie hingehört – in die Bedeutungslosigkeit.

Bettina Hoffmann

Bettina Hoffmann ist frauenpolitische Sprecherin im Landesvorstand von Bündnis90/Die Grünen Hessen. Der Beitrag erschien vor den Kommunalwahlen in Hessen am 27. 2. 2016 in der Frankfurter Rundschau. Der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Autorin.

Björn Höcke (AfD): Im Wortlaut

Björn Höcke ist Vorsitzender der AfD-Fraktion im Landtag von Thüringen. Für das Mandat wurde er als Oberstudienrat an der Rhenanus-Schule in Bad Sooden-Allendorf (Sport, Geschichte) beurlaubt. „Die klassische Familie muss wieder zum gesellschaftlichen Leitbild erhoben werden. (...) Schädliche, teure, steuerfinanzierte Gesellschaftsexperimente, die der Abschaffung der natürlichen Geschlechterordnung dienen, beispielsweise das Gender Mainstreaming, sind sofort zu beenden.“ (Thüringische Landeszeitung vom 21.7.2014)

„Die Dreikinder-Familie ist eine biologische und logische Notwendigkeit, denn statistisch müssen je Frau 2,1 Kinder geboren werden, um die Bevölkerungsgröße konstant zu halten.“ (AfD Rheinland-Pfalz, Interview am 18.8.2014)

Konservativ und patriarchalisch

Zur bildungspolitischen Programmatik der AfD

Die Wahlerfolge der AfD bei den Kommunalwahlen im März haben wenig bis nichts mit kommunalpolitischen Gegebenheiten zu tun. Ebenso wie bei den späteren Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt basierte der Zuspruch für die AfD fast ausschließlich auf ihrer harten Linie in der Asylpolitik, die sie in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes stellte. Beispielsweise zeigt die Analyse des Wahlergebnisses in Rheinland-Pfalz, dass die Wählerinnen und Wähler der AfD die Aussage, der Bund bekäme die Flüchtlingssituation langsam in den Griff, zu 90 Prozent ablehnen. Dies ist gleichzeitig das einzige Politikfeld, in dem der AfD höhere „Kompetenzen“ als den anderen Parteien zugeschrieben werden. Gleichzeitig bringen die AfD-Wähler und – übrigens deutlich weniger – Wählerinnen dieser Partei selbst wenig Vertrauen entgegen: 90 Prozent stimmen der Aussage zu, dass die AfD „zwar keine Probleme [löst], aber die Dinge beim Namen nennt“. Die AfD wurde in erster Linie aus Enttäuschung über die anderen Parteien gewählt. (1)

Was ist nun von den zahlreichen neuen Mandatsträgerinnen und -trägern in den hessischen Kommunalparlamenten zu erwarten? Nicht nur angesichts der vielen kommunalpolitischen Neulinge stellt sich die Frage, inwiefern die AfD überhaupt willens und in der Lage ist, ernsthafte parlamentarische Arbeit zu leisten. Gelegenheiten, die deutsche Asylpolitik im Kreistag, beispielsweise des Schwalm-Eder-Kreises, zu gestalten, dürften sich jedenfalls eher selten ergeben. Um Anhaltspunkte zu gewinnen, mit welcher politischen Stoßrichtung die AfD jenseits der Migrationspolitik antritt, sollen hier im Vorfeld der Kommunalwahlen vorgelegte Programme auf die bildungspolitischen Vorstellungen hin überprüft werden. Hier werden exemplarisch die Programme aus Frankfurt und der Bergstraße und die „Leitlinien zur Kommunalwahl 2016“ für das Stadtparlament und den Kreistag Gießen analysiert.

Konservative Schulpolitik

Die AfD bekennt sich klar zum mehrgliedrigen Schulsystem. Das ist angesichts der Funktion der Kommunen als Schulträger eine wichtige politische Festlegung. So formuliert die AfD Gießen:

„Wir stehen für den Erhalt und den Ausbau des bewährten mehrgliedrigen deutschen Schulsystems, das den Kindern vielfältige Bildungswege auch wegen seiner Durchlässigkeit auf unterschiedlichen Ebenen eröffnet.“

Dass diese Durchlässigkeit in der Praxis lediglich nach unten gegeben ist, wie die empirische Bildungsforschung immer wieder belegt, wird hier nicht weiter beachtet. Die AfD Bergstraße bekennt sich „zu einer ideologiefreien und differenzierten Vielfalt“:

„Der Landkreis Bergstraße muss hierfür alle Schulformen anbieten. Erziehungsberechtigte haben die Wahlfreiheit, welche weiterführenden Schulformen ihre Kinder nach Ende der Grundschulzeit besuchen werden. Eine in Hessen und den Landkreisen zunehmend beobachtbare Tendenz, Haupt- und Realschulen zu

Gesamtschulen zusammenzulegen, Förderschulen zu schließen oder Gesamtschulen den Vorzug gegenüber Gymnasien zu geben, lehnen wir ab.“

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass die AfD der inklusiven Beschulung skeptisch bis ablehnend gegenübersteht: Die AfD Frankfurt hält fest:

„Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf benötigen intensive Betreuung, die nur Förderschulen mit entsprechend ausgebildeten Lehrkräften gewährleisten können. Eine Schließung der Förderschulen führt zu einem Verlust an Chancen für Kinder und ist deshalb abzulehnen.“

Ähnlich argumentiert auch die AfD Bergstraße, stellt aber immerhin fest, dass Inklusion an den Regelschulen „in Erwägung gezogen werden“ kann, „wo für körperlich oder geistig behinderte Kinder sowohl die sachlichen wie auch die personellen Voraussetzungen gegeben sind.“ Weder das Vorhandensein von anderen Förderschwerpunkten, wie zum Beispiel Hören oder Lernen, noch das in der UN-Behindertenrechtskonvention verankerte Recht auf inklusive Beschulung werden erwähnt.

Patriarchales Weltbild

Auch was die Gestaltung von Schule anbelangt, zeigt sich die AfD pädagogischen Neuerungen wie einem Verzicht auf Ziffernnoten gegenüber ablehnend. In den Gießener Leitlinien verlautbart sie:

„Menschen sind unterschiedlich in ihren Interessen und in ihrer Leistungsfähigkeit. Dies wird durch Noten am besten zum Ausdruck gebracht. Wir lehnen jegliche ‚Gleichmacherei‘ ab.“

Sehr konkrete Vorstellungen hat die AfD auch zu den Unterrichtsinhalten, denn an Schulen soll offenbar das eigene patriarchale Weltbild vermittelt werden. Diese Forderung verbindet sie mit der impliziten Unterstellung, dass Kinder in Kitas und Schulen mit pornographischen Material konfrontiert und zur Homosexualität erzogen würden:

„In Kindergärten und Schulen ist das auch grundgesetzlich geschützte ‚klassische‘ Familienbild anzuwenden, Elternrechte sind zu achten. Schulmaterial, das nahe an Pornografie heranreicht, ist ebenso abzulehnen wie alle Lehrplaninhalte, die zu einer Früh-Sexualisierung der Kinder führen oder sexuelle Experimente zum Gegenstand haben. Alle sogenannten ‚Gender-Aktionspläne‘ sind unverzüglich zu stoppen. Jegliche Propaganda für bestimmte sexuelle Orientierungen oder Verhaltensweisen wird strikt abgelehnt.“

Die AfD Bergstraße widmet ein eigenes Kapitel ihres Programmes der „Gender-Ideologie“, in der sie „den Weg in eine totalitär-geistige Bevormundung“ sieht. Daraus leitet sie auch die Forderung ab, die Gender-Forschung von den Hochschulen zu verbannen:

„In Deutschland existieren noch, unfassbar, über 220 Lehrstühle an Hochschulen und Universitäten. Wir fordern, diese Lehrstühle umgehend ersatzlos zu streichen sowie ihnen und anderen Gender-Institutionen staatliche Fördergelder für ihren gesellschaftspolitischen Unfug sofort zu entziehen.“

Die AfD Frankfurt fordert ganz pauschal:

„Lehrer und Erzieher sollen sich wieder stärker um eine aktive Vermittlung hiesiger Traditionen bemühen und den Kindern die abendländische Kultur nahe bringen.“

Die AfD Gießen behauptet, sportliche Betätigung sei „geschlechterübergreifend wesentlicher Bestandteil unserer mitteleuropäischen Kultur“ (2), und fährt fort:

„Bestrebungen fremder Religionen oder Kulturen, die hierin liegende Freiheit einzuengen, werden abgelehnt. Das gilt insbesondere auch für den Sportunterricht an Schulen.“

Auch wenn tatsächlich gute Gründe für einen koedukativen Sportunterricht sprechen, so ist doch offensichtlich, dass es hier in erster Linie um den Transport von Ressentiments geht.

Neoliberale Wirtschaftspolitik

Die AfD betont die Forderung, die Schulgebäude in der Trägerschaft der jeweiligen Kommune zu sanieren und zu modernisieren. Angesichts dieser auch in Frankfurt drängenden Problematik stellt sie fest:

„In den Frankfurter Schulen herrscht ein Investitionsstau von rd. 1 Milliarde €. Im Verhältnis hierzu ist der ‚Aktionsplan Schule‘ mit einem Volumen von 150 Mio €, den die grüne Bildungsdezernentin nun endlich auf den Weg gebracht hat, allenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein! Zahlreiche Frankfurter Schulen befinden sich in einem desolaten Zustand.“

Wer wollte da widersprechen? Die folgende Forderung nach einer Auflösung des Investitionsstaus wird allerdings genutzt, um ökologische Baustandards in Frage zu stellen:

„Ziel der kommunalen Schulpolitik muss es sein, die anstehenden Sanierungs- und Neubaumaßnahmen schnell, gezielt und unbürokratisch umzusetzen. (...) Auch der Verzicht auf die teure Passivhaus-Bauweise bei gleichzeitig ungewissem Einsparvolumen im laufenden Betrieb muss geprüft werden.“

Es stellt sich allerdings die Frage, wie die geforderte Sanierung angesichts klammer kommunaler Kassen gestemmt werden soll. Die AfD führt bestehende Probleme auf Misswirtschaft der zuständigen Dezernentinnen zurück:

„Ursache hierfür ist vor allem die jahrzehntelange Untätigkeit der jeweils zuständigen grünen Schuldezernentin (...) Es ist dadurch an fast allen Schulen ein erheblicher Sanierungsstau entstanden, obwohl Mittel im Haushalt vorhanden gewesen wären.“

Die AfD scheint von erheblichen Spielräumen im Haushalt der Stadt auszugehen, da sie dessen Ausgleich und den „Schuldenabbau durch die Reduzierung überflüssiger Ausgaben“ fordert. Einer möglichen Erhöhung der Gewerbesteuer erteilt die AfD jedenfalls eine Absage, der aktuelle Hebesatz sei „angemessen“. Der Kreisverband Bergstraße fordert sogar die vollständige Abschaffung der Gewerbesteuer.

Eine Verbesserung der Einnahmesituation der Kommunen steht offensichtlich nicht auf der Agenda. Dass der angelaufene kommunale Investitionsstau alleine über die Streichung jener Ausgaben, denen die AfD aus ideologischen Gründen ablehnend gegenüber steht, gegenfinanziert werden kann, erscheint jedoch völlig illusorisch. Noch weniger Aussicht auf baldige Schulsanierungen und eine Verbesserung der Ausstattung bestünden allerdings, sollten sich die steuerpolitischen Vorschläge der AfD auf der Bundesebene durchsetzen. In Anlehnung an das Kirchhof'sche Steuermodell fordert die AfD in ihren Leitlinien die Streichung von Ausnahmetatbeständen und die Einführung eines Stufenmodells in der Einkommenssteuer. Dem Entwurf für ein Grundsatzzprogramm zufolge, der im März bekannt wurde, will die



Wie positioniert sich die AfD in Kernfragen? Das Göttinger Institut für Demokratieforschung analysierte im Auftrag der Otto-Brenner-Stiftung (OBS) die Wahlprogramme der AfD in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt, das Profil der Kandidaten und die Wählerpotenziale in den Ländern. Die Studie steht als Download auf der Homepage der Otto-Brenner-Stiftung zur Verfügung: <https://www.otto-brenner-shop.de> > Publikationen > OBS-Arbeitspapiere

AfD zudem die Gewerbe- und die Erbschaftssteuer abschaffen. Arbeitslosen- und Unfallversicherung will sie privatisieren. Die hier referierten Forderungen aus den kommunalpolitischen Programmen liegen allesamt auf einer Linie mit dem Entwurf des Parteiprogrammes. Die geplante massive finanzielle Entlastung von Unternehmen, Vermögenserben und Einkommensmillionärinnen und -millionären brächte der öffentlichen Hand erhebliche Einnahmenverluste. Die kommunalpolitische Forderung nach einem ausfinanzierten Bildungssystem gewinnt angesichts dieser steuerpolitischen Vorstellungen nicht gerade an Glaubwürdigkeit.

Roman George

(1) <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-RP/umfrage-aktuellethemen.shtml>

(2) Auf die Frage, ob beispielsweise Frauenfußball wirklich so tief in „unserer mitteleuropäischen Kultur“ verankert ist, kann die von der AfD verpönte Gender-Forschung durchaus Antworten geben. Vgl. Antje Hagel, Nicole Selmer und Almut Sülzle (Hg.): *gender kicks. Texte zu Fußball und Geschlecht*, Frankfurt/M. 2005

(3) Philipp Seibt: *Wirtschaftsprogramm: So unsozial ist die AfD*, Spiegel Online, 14.3.2016



Was tun, wenn's brennt ...

... zum Beispiel in Heppenheim

Nach den offiziellen Zahlen des Bundeskriminalamts gab es im Jahr 2015 weit über 1.000 Anschläge auf Unterkünfte für Flüchtlinge und Asylbewerberinnen und Asylbewerber. Das sind zwei bis drei Attacken pro Tag! Die Dunkelziffer ist hoch. 2014 gab es danach sechs vollendete Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, 2015 waren es bereits 76 Brände und elf versuchte Brandstiftungen. Dass bisher noch keine Todesfälle zu beklagen sind, grenzt an ein Wunder. Und ein Ende ist nicht abzusehen (HLZ S. 15). Aber um zu verstehen, was diese Angriffe für die Betroffenen und die Unterstützerinnen und Unterstützer bedeuten, möchte ich einige Eindrücke aus Sicht der GEW-Kreisverbands Bergstraße aus dem Sommer 2015 schildern.

Seit Ende 2014 engagieren wir uns aktiv in der „Flüchtlingshilfe Heppenheim“. Schnell entstanden persönliche Kontakte zu 200 Asylbewerberinnen und Asylbewerbern, die im Sommer 2015 in vier größeren Unterkünften untergebracht waren. Drei Unterkünfte befanden sich in „normalen“ Wohngebieten mit Mehrfamilienhäusern und kleineren Wohnblocks, nur eine Unterkunft liegt etwas am Stadtrand im ersten Stock einer ansonsten gewerblich genutzten Immobilie. Die Ausstattung und der Zustand der Unterkünfte reichte von „akzeptabel“ bis „menschenunwürdig“. Besonders bedenklich fanden wir, dass die Haupteingangstüren der Häuser nahezu immer unverschlossen waren. Meistens hatten die Bewohnerinnen und Bewohner keine Schlüssel für diese Türen oder sie waren nicht zu verschließen. Auf Nachfrage bei Verantwortlichen erhielten wir die Auskunft, „die“ würden ja sowieso dauernd die Schlüssel verlieren oder vergessen, die Türen abzuschließen. Dass es sich hier eher um Ressentiments und Vorurteile handelt, zeigt die Tatsache, dass inzwischen alle Haupteingänge der Heppenheimer Unterkünfte stets abgeschlossen sind. Außerdem gab es in einer Unterkunft keine Rauchmelder, in allen Unterkünften fehlten Hinweise auf Fluchtwege oder Schulungen für das Verhalten im Notfall. Ein Anschlag im idyllischen Heppenheim galt offensichtlich als „undenkbar“. Bis uns am 4. September 2015 morgens die Radiomeldung aufschreckte:

„Beim Brand einer Flüchtlingsunterkunft in Heppenheim sind in der Nacht zum Freitag fünf Bewohner verletzt worden, einer von ihnen schwer. Das Feuer war hinter der Eingangstür ausgebrochen. Ein technischer Defekt wird ausgeschlossen.“

Gegen halb zwei in der Nacht brannte in der Flüchtlingsunterkunft in der Briefelstraße, in der 51 Menschen untergebracht waren, ein im Hausflur abgestellter Kinderwagen. Der Brand führte zu starker Rauchentwicklung vor allem in den oberen Stockwerken. Die Familien, einige mit Kleinkindern, rannten auf die Straße. Vier Personen erlitten Rauchvergiftungen. Ein Bewohner geriet in Panik und erlitt beim Sprung aus dem zweiten Stock erhebliche Verletzungen. Die Feuerwehr brachte den Brand zum Glück schnell unter Kontrolle.

Das Presseecho an diesem Freitag war riesig. Reporter und Ü-Wagen trafen ein, auch der hessische Innenminister fand noch am selben Tag den Weg nach Heppenheim. Es gab so gut wie keine Schaulustigen und auch sonst kaum Reaktio-

nen der Heppenheimer. Nur das Kollegium der Martin-Buberschule drückte in einer Resolution die Befürchtung aus, dass hier die Saat der Hasstiraden in den sozialen Netzwerken aufgegangen sein könnte. Ortsansässige wiegelten ab: Der Brand sei sicherlich fahrlässig durch die Bewohner selbst entstanden und man solle die Ermittlungen doch erst mal abwarten.

Andere wollten nicht so lange warten. Zu einer spontanen Demonstration am Sonntag, zwei Tage nach dem Ereignis, kamen nach Angaben der Polizei 350 Menschen. Nach unseren Schätzungen waren es eher doppelt so viel. Doch nur vergleichsweise wenige kamen aus Heppenheim selbst, sondern es waren eher politisch aktive Menschen aus Heidelberg, Mannheim oder Darmstadt, die den Vorfall zum Anlass nahmen, gegen wachsenden Fremdenhass, Ausgrenzung und Rassismus zu demonstrieren. Die zuständige Behörde verweigerte eine Demonstration durch die Stadt und führte die Route durch Gewerbegebiete und Nebenstraßen. Dabei verwies man auf die Aussagen der Sonderkommission „Brief“, es seien keine Brandbeschleuniger benutzt worden. Deshalb könne es sich auch nicht um einen Anschlag handeln.

Eine Woche später bestätigte die Sonderkommission dann doch die Vermutung, dass der Brand absichtlich gelegt wurde. Allerdings gebe es „keine Hinweise auf fremdenfeindliche Motive“, denn, so *Nina Reiningner* von der Staatsanwaltschaft in Darmstadt auf Nachfrage, „es wurden keine Parolen geschmiert“. Spätestens nach Aufdeckung der NSU-Morde sollte man allerdings wissen, dass rechtsextreme Täterinnen und Täter selten bis nie Bekennerschreiben oder Parolen an Tatorten hinterlassen!

Rechtsextreme Aktivitäten vor Ort gibt es in den Gemeinden der Bergstraße häufiger. Kurz vor dem Brand hatte die NPD in Heppenheim Flugblätter verteilt und einige Wochen vorher unter Polizeischutz ihr Sommerfest in einer städtischen Freizeitanlage gefeiert. In der Nacht des Brandes wurde eine Gruppe junger Männer in der Briefelstraße gesehen, um halb zwei in der Nacht hier keine Selbstverständlichkeit. Ausfindig gemacht werden konnte niemand.

Das Medieninteresse und die Aufmerksamkeit in Heppenheim flauten schnell ab. Schließlich waren alle Bewohnerinnen und Bewohner wieder in die Unterkunft zurückgekehrt und auch der Verletzte war außer Lebensgefahr. Fragt man heute bei der örtlichen Polizei nach, dann soll doch ein Bewohner des Hauses, ein einschlägig bekannter Drogenabhängiger, den Brand „aus Wut“ gelegt haben. Anklage wurde nicht erhoben. Die meisten Bewohnerinnen und Bewohner des Hauses wurden in andere Quartiere verlegt. Wer in den oberen Stockwerken wohnte, hatte seine wenigen Besitztümer verloren, da viele Gegenstände durch den Rauch unbenutzbar wurden. 51 Menschen, die mit vielen schlimmen Erlebnissen schutzsuchend nach Deutschland, nach Heppenheim gekommen waren, haben ein Trauma mehr. Und die AfD erzielte an der Bergstraße mit 15,9% das beste Wahlergebnis in allen hessischen Städten und Landkreisen.

Tony Schwarz, GEW-Kreisverband Bergstraße

Rechte Gewalt in Hessen

Die Amadeu Antonio Stiftung und PRO ASYL dokumentieren auf ihrer Internetseite www.mut-gegen-rechte-gewalt.de Übergriffe auf geflüchtete Menschen und fremdenfeindliche Aktionen. Grundlage sind Zeitungsberichte, Pressemitteilungen der Polizei sowie Meldungen lokaler Beratungsstellen für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Die HLZ dokumentiert Vorkommnisse in Hessen von Januar bis März 2016.

1.1.2016, Wetzlar

Unbekannte warfen Böller auf eine Asylunterkunft in der Kreisstraße. Ein Böller flog durch ein Fenster und explodierte neben einem Bewohner. Er blieb unverletzt. (Polizei Lahn-Dill)

3.1.2016, Dreieich

Unbekannte schossen in der Nacht auf eine Asylunterkunft und trafen einen 23-jährigen Bewohner im Schlaf. Er wurde leicht verletzt. Die Staatsanwaltschaft wertete die Tat als „gezielten Angriff“. (ZDF)

6.1.2016, Lohfelden

Ein Radfahrer hat am Abend einen 22-jährigen Asylsuchenden mit einem Messer in den Rücken gestochen. Das Opfer musste noch in der Nacht operiert werden. Die Ermittler haben eine Sonderkommission eingerichtet. (Polizeipräsidium Nordhessen)

9.1.2016, Frankfurt

Am frühen Morgen wurde im Eingangsflur eines Mehrfamilienhauses ein Kinderwagen „offenbar vorsätzlich angezündet“. Ein Bewohner konnte den brennenden Wagen vor die Haustür stellen und so größeren Schaden verhindern. Laut Polizei leben in dem Haus vorwiegend sozial Bedürftige, es diene aber zurzeit auch als Unterkunft für Asylsuchende. (Polizeipräsidium Frankfurt)

9.1.2016, Schmitten

Unbekannte haben in der Nacht aus einer Soft-Air-Waffe Farbkugeln auf eine Asylunterkunft geschossen. (Polizeipräsidium Westhessen)

16.1.2016, Schlitz

Unbekannte bewarfen ein Wohnhaus, in dem bald Asylsuchende untergebracht werden sollen, mit Pflastersteinen. (Polizei Vogelsberg)

18.1.2016, Brensbach

Drei unbegleitete minderjährige Geflüchtete aus Afghanistan wurden nach Schilderungen der Opfer von Unbekannten, die in die Unterkunft eindrangen, beschimpft und verletzt. (Darmstädter Echo)

22.1.2016, Schlitz

Unbekannte besprühten eine kürzlich bezogene Asylunterkunft mit Hakenkreuzen. Außerdem hinterließen die Täter die Parole „RAUS“ auf der Fassade. Bereits in der Woche zuvor hatten Unbekannte das Gebäude mit Steinen beschädigt. (Frankfurter Rundschau)

23.1.2016, Fulda

Ein 40-jähriger Asylsuchender aus dem Irak wurde in der Nacht vor einer Kneipe angegriffen. Die Polizei meldet, dass „Mitglieder eines Rockerclubs“ den Mann zu Boden stießen und anschließend auf ihn eintraten und ihr Opfer schlugen. Die Angreifer flüchteten in das naheliegende Clubhaus des Rockerclubs, wo die Polizei sieben Tatverdächtige festnehmen konnte. (Polizeipräsidium Osthessen)

6.2.2016, Alheim

Unbekannte haben zwei Fensterscheiben einer Asylunterkunft im Ortsteil Heinebach eingeschlagen. Momentan ist lediglich das Obergeschoss von einer geflüchteten Familie bewohnt. (Hessenschau)

Wer hilft mit, Familie Salawi' zu überfallen?

ALLE, DIE HETZEN.
ALLE, DIE WEGSCHAUEN.
ALLE, DIE SCHWEIGEN.

2015 gab es 1065 Angriffe
gegen Flüchtlinge und ihre
Unterkünfte.



Foto: Corbis, *Name zufällig ausgewählt; bei den abgebildeten Personen handelt es sich um Fotomodelle.

9.2.2016, Runkel-Schadeck

Ein Unbekannter fuhr in seinem Auto vor der örtlichen Asylunterkunft vorbei. Dabei zeigte er den Hitlergruß und rief mehrfach „Heil Hitler“. (Weilburger Tagblatt)

11.2.2016, Viernheim

Ein Unbekannter schoss aus einem vorbeifahrenden Auto heraus vor einer Asylunterkunft mit einer Schreckschusswaffe in die Luft. Vor dem Heim, in dem rund 250 Asylsuchende leben, entdeckte die Polizei mehrere Schreckschusspatronen. Verletzt wurde niemand. (Frankfurter Rundschau)

24.2.2016, Lahntal

Unbekannte platzierten einen mit roter Farbe bemalten Teddybär mit durchgeschnittener Kehle vor der Tür einer Asylunterkunft. (Hitradio FFH)

24.2.2016, Nieder-Florstadt

Unbekannte bewarfen in der Nacht eine Asylunterkunft mit Steinen. Verletzt wurde niemand. Zwei Fenster gingen zu Bruch. Am Tatort wurden Zettel gefunden, auf denen unter anderem die Parole „Tötet Ausländer“ stand. Außerdem wurde in derselben Nacht der Gebetsraum der lokalen Amadiyya-Gemeinde ebenfalls mit Steinen beworfen. (Frankfurter Rundschau)

2.3.2016, Fulda

Unbekannte haben an mindestens 20 Stellen rechte Parolen wie „Volksverräter“, „Deutschland erwache“, „Kein Asylmissbrauch“ auf Plakatwände gesprüht, darunter auch mehrfach die Parole „Haut ab“ in der Nähe einer Asylunterkunft. (Fuldaer Zeitung)

22.3.2016, Langgöns

Drei Personen sollen mehrere Schottersteine durch das geöffnete Fenster eines von Geflüchteten bewohnten Containers geworfen haben. Verletzt wurde niemand. (Polizeipräsidium Mittelhessen)

27.3.2016, Darmstadt

Ein alkoholisierter 55-Jähriger hat einen zwölfjährigen Flüchtling und seine Betreuerin mit einem Gummiknüppel angegriffen und leicht verletzt. Er gab an, er habe sich durch Lärm aus dem Asylbewerberheim gestört gefühlt. (Polizeipräsidium Südhessen)

Doppelte Unsichtbarkeit

Extrem rechte Einstellungen gibt es auch bei Mädchen

Um sich dem Thema „Extrem rechte Mädchen in der Schule“ zu nähern, müssen zuvor zwei große Hürden überwunden werden: die herrschenden Vorstellungen von Weiblichkeit und Männlichkeit sowie der Demokratiebegriff. Rechtsextremismus ist in der allgemeinen Wahrnehmung ein männliches Phänomen. Jede und jeder kennt das Bild von den Springerstiefeln an Männerfüßen aus der Zeitung. Dieses Bild verengt, wen man als Nazi erkennt und bezeichnet. Insbesondere die Frauen bleiben dabei unsichtbar. Das hat zwei Gründe:

- Frauen wird seltener eine politische Meinung zugetraut. Der allgemeine Politikbegriff umfasst nur die öffentliche, noch immer männlich konnotierte Sphäre des Politischen, aus der Frauen ausgeschlossen werden. Sie politisieren eher ihr Nahumfeld und engagieren sich in sozialen Bewegungen.
- Noch weniger wird Frauen eine menschenverachtende Einstellung zugetraut. Wenn sich Frauen in der extremen Rechten engagieren, dann wird ihre Beziehung als Erklärung herangezogen. Vorherrschend ist noch immer das Bild der „friedfertigen Frau“.

Frauen gelten als „unpolitisch“ und „friedfertig“

Mädchen und Frauen setzen Gewalt sozialisationsbedingt tatsächlich weniger ein und zeigen auch bei der Untersuchung von Einstellungen, dass sie Gewalt weniger häufig als Mittel zur Durchsetzung politischer und anderer Ziele einsetzen. Bei Männern gehören die „ernsten Spiele des Wettbewerbs“ (*Michael Meuser*) zur Sozialisation dazu. Doch trotz ihrer geringeren Gewaltakzeptanz ist der Anteil rassistisch, antisemitisch und völkisch orientierter Mädchen und Frauen nicht geringer als der von Männern. Nicht nur konservative Erziehungsmuster, auch bestimmte feministische Strömungen, die die Ansicht hochhalten, Frauen seien das bessere Geschlecht, haben zur Verschleierung extrem rechter Frauen beigetragen. Die feministische Rechtsextremismusforschung bezeichnet das als „Doppelte Unsichtbarkeit“ (*Esther Lehnert*).

Die Schule ist beim Thema Rechtsextremismus immer schnell in die Pflicht genommen. Als eine zentrale gesellschaftliche Sozialisationsinstanz wird sie neben der außerschulischen Jugendarbeit für „zuständig erklärt“, dass extrem rechte Einstellungen in der Gesellschaft gemindert werden. Die gesamte Prävention basiert damit auf der Hoffnung, dass sich das Problem mit den kommenden Generationen lösen werde.

Rechtsextremismus wird fälschlicherweise oft als der extreme rechte Rand einer demokratischen Mitte angesehen. Tatsächlich entstammen seine Ideologeme dieser gesellschaftlichen Mitte und sind fester Bestandteil bürgerlicher deutscher Ideologie. Nur so kann man den institutionellen und gesellschaftlichen Rassismus verstehen: bei den Ermittlungen und Reaktionen auf die Morde des NSU und bei der Diskriminierung von Kindern mit Migrationshintergrund im Schulsystem. Der Gegenpol zum Rechtsextremismus ist also nicht ein wie auch immer gearteter Linksextremismus, sondern eine streitbare Demokratie, die zur Mündigkeit befähigt.

Qualifikation, Auslese und Legitimation machen die Schule funktionell zu einem ziemlich undemokratischen Ort. Das Erfahren und Lernen von Demokratie wird sehr schwer gemacht, wenn man als Schülerin und Schüler feststellt, dass man zwar die Farbe der Bänke auf dem Schulhof bestimmen kann, aber an den Restriktionen und Zurichtungen im Schulalltag wenig ändern kann. So ist die Schule an sich kaum geeignet, um extrem rechten Einstellungsmustern eine demokratische Erziehung entgegenzuhalten. Und dennoch kommt sie nicht um das Problem herum. Sie ist in die Gesellschaft eingebettet und ist sowohl mit den Täterinnen und Tätern als auch mit den Opfern extrem rechter Denk- und Handlungsmuster konfrontiert.

Schule als Teil einer streitbaren Demokratie

In einem populären Modell des Politikwissenschaftlers *Uwe Backes* wird das gesamte politische Spektrum mit dem Links- und Rechtsextremismus als Endpunkten einer Strecke dargestellt und dann zu einem Hufeisen gebogen. Wer sich wie die Verfassungsschutzbehörden an diesem Modell orientiert, die „freiheitlich demokratische Grundordnung“ zum einzigen Maßstab macht und die allgemeinen Menschenrechte ausblendet, wird Rechtsextremismus erst dann als Problem erkennen, wenn er gewaltförmig wird. Mädchen fallen dabei schnell aus dem Blick, da sie entweder nicht gewalttätig werden oder ihre Gewalt anders als bei Jungen interpretiert wird (1). In der Schule verschärft sich also die bestehende „doppelte Unsichtbarkeit“.

Gabi Elverich und *Michaela Köttig* vom Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus schrieben dazu:

„Die zentrale Herausforderung an einen geschlechtsbewussten Umgang ist unserer Meinung nach, die politischen Einstellungen und Aktivitäten von Mädchen und Frauen überhaupt ernst- und wahrzunehmen.“ (2)

Politische Bildung ist mehr als das Wissen um die Funktionen unserer Institutionen. Vielmehr ist die Demokratie, frei nach *Oskar Negt*, die einzige Staatsform, die ein Leben lang gelernt werden muss.

Besonders nach den Kommunalwahlerfolgen der AfD ist die Schule erneut aufgefordert, sich das ins Bewusstsein zu rufen und dem gesellschaftlichen Rechtsruck eine streitbare Demokratie entgegenzusetzen.

Ina Pallinger

Ina Pallinger ist Mitglied im Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus. Sie studierte Deutsch und Politik für das Lehramt und arbeitet seit ihrem Abschluss am Fachgebiet für Demokratieforschung am Institut für Politikwissenschaft der Uni Marburg.

(1) Geschlechtersozialisation und schulische Gewalt. Geschlechtstypische Ausdrucksformen und konflikthafte Interaktionen von Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe I. Juventa, Weinheim/München 2002.

(2) www.frauen-und-rechtsextremismus.de

Aktiv gegen Rechts

Bergsträßer Initiative gegen Rechtsextremismus



Vor 15 Jahren, als die Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Kreis Bergstraße begann, aktiv gegen rechte Umtriebe in der Region vorzugehen, konnte man Neo-Nazis noch an ihren Springerstiefeln, Bomberjacken und Glatzköpfen erkennen. Nicht nur diese äußeren Zeichen gehören heute weitgehend der Vergangenheit an. Alle Studien der letzten Jahre zeigen eindeutig, dass rechtes Gedankengut in der Mitte der Gesellschaft angekommen und salonfähig geworden ist. Die oft hasserfüllt geführte Flüchtlingsdebatte der letzten Monate ist hierfür Beleg.

Südhessen mit den Kreisen Bergstraße, Darmstadt-Dieburg und Groß-Gerau ist Bestandteil der Metropolregion Rhein-Neckar. Diese strategisch wichtige Lage im Dreiländereck Südhessen, Nordbaden und Pfalz haben Rechte immer wieder bewusst für ihre Zwecke ausgenutzt. Das „Aktionsbüro Rhein-Neckar“ koordiniert als eine Art rechter Dachverband von Ludwigshafen aus die rechten Aktivitäten in dieser Region, wohl wissend, dass die Polizeibehörden der jeweiligen Bundesländer nicht immer optimal vernetzt sind. Ein Beispiel ist die Ankündigung eines Konzerts der Gruppe „Kategorie C“, die sich selbst als „Hooligan-Band“ bezeichnet, in Fürth im Odenwald. In Zusammenarbeit von Gemeinde, Polizei und Staatsschutz wird das Konzert im Vorfeld verboten. Die Anreise der Band und der 60 bis 70 Besucher wird von einem Großaufgebot der Polizei kontrolliert und die Veranstaltung vor ihrem Beginn aufgelöst. Am nächsten Tag ist im Internet zu lesen, dass die Band ihr Konzert vor 200 Besuchern ungehindert in Ludwigshafen geben konnte!

Ob Rechtsrock-Konzerte oder NPD-Parteitage, das Katz- und-Maus-Spiel mit den Ordnungsbehörden läuft immer nach demselben Muster ab: Im Internet wird nebulös angekündigt, demnächst werde es im „Raum Südhessen“ ein Konzert oder ein Treffen geben. Über eine Handynummer wird man zum tatsächlichen Veranstaltungsort gelotst. Dieses konspirative Vorgehen soll die Behörden in die Irre führen, gehört aber auch zum Eventcharakter der rechten Erlebniswelt, genauso wie der Versuch, den wahren Charakter der Veranstaltungen zu verschleiern. So wurde die Halle eines Fürther Sportvereins von einem „Wanderfreund“ für die „Zusammenkunft eines Wanderclubs“ angemietet. Dahinter verbarg sich ein Treffen der international vernetzten und als gewaltbereit bekannten Hammerskins. Im Sommer 2015 wurde ein Gartenlokal in Heppenheim für eine „private Grillfeier“ gebucht. Tatsächlich erschien zu dem bereits Wochen vorher im Internet angekündigten „NPD-Sommerfest“ die gesamte Führungsspitze der NPD aus der Metropolregion.

Um solchen unliebsamen Überraschungen vorzubeugen, betreibt unsere Initiative aufwändige Informationsarbeit. Wir besuchen in regelmäßigen Abständen die Bürgermeister der 22 Gemeinden unseres Kreises, klären in Bürgermeisterdienstversammlungen über die Vorgehensweisen der Rechten auf, machen Sportvereine und Gastwirte darauf aufmerksam, worauf bei der Vermietung von Räumen oder Hallen zu achten ist. Dieses proaktive Vorgehen hat mittlerweile zu einer hohen Sensibilität in den Gemeinden geführt, sodass wir

oft frühzeitig über beabsichtigte Aktionen informiert werden. Kommt es trotzdem zu rechten Veranstaltungen, stehen wir den betroffenen Kommunen, Vereinen und Gastwirten beratend zur Seite. Zur Unterstützung von Kommunen, die einen Infoabend zur Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften vorbereiten oder einen Unterstützerkreis aufbauen wollen, bieten wir eine „proaktive Beratung“ in Asylfragen an.

Die Initiative ist seit 2008 Mitglied im hessischen Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, das mit einem mobilen Interventionsteam Hilfe leistet. Ein Schwerpunkt unserer anlassbezogenen Beratung liegt in den Schulen. Hakenkreuzschmierereien, rechte Parolen oder Propagandamaterialien, einschlägig bekannte Kleidung oder Abzeichen, Rechtsrockmusik auf Klassenfahrten oder als Handy-Klingelton, PC-Spiele mit Nazi-Inhalten oder Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen verschiedener Nationalitäten sind Anlässe für die Lehrkräfte, sich an uns zu wenden. An mehr als zehn Schulen Südhessens führen wir regelmäßig Aktionstage mit Schülerinnen und Schülern der Jahrgänge 7 bis 12 durch. Außerdem stehen wir für Fachkonferenzen und Gespräche mit Schulleitungen, Lehrkräften und betroffenen Jugendlichen zur Verfügung. Themen der Aktionstage, Demokratieseminare und Konferenzen sind Informationen über die rechte Szene, Zahlen- und Kleidercodes, Argumentationstraining gegen Stammtischparolen oder Studien über rassistische und fremdenfeindliche Haltungen in der Gesellschaft.

Heute haben wir es in unserer Region nicht mehr vorrangig mit Kameradschaften und „Nationalen Widerstandsgruppen“ zu tun. Parteien wie der AfD oder dem III. Weg, der Identitären Bewegung und den Ablegern der Pegida-Bewegung ist es gelungen, mit rechtspopulistischen Parolen Ängste und Unsicherheiten der bürgerlichen Mitte aufzugreifen und diese Menschen für sich zu gewinnen. Dies hat auch unsere Arbeit verändert, weg von der reinen Info- und Aktionsarbeit gegen Rechtsextremismus, hin zu aktiver Demokratie- und Menschenrechtsarbeit. So befasst sich unser Workshop „Integration, Partizipation, Inklusion“ mit den unterschiedlichen Formen und Ursachen „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“, wie die Ablehnung bestimmter Menschen in soziologischen Studien genannt wird.

Außerdem wenden wir uns gezielt an die Öffentlichkeit: mit interkulturellen Begegnungsfesten, bei Veranstaltungen mit dem Marburger Rechtsextremismusforscher *Benno Hafener* oder der Journalistin *Andrea Röpke* oder mit der Filmvorführung von „Blut muss fließen“, einer Dokumentation über Rechtsrock-Musik. Zu Demonstrationen gegen Nazi-Aufmärsche in Heppenheim und Lampertheim kamen bis zu 1.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Manfred Forell

Manfred Forell ist Sprecher der Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Kreis Bergstraße. Weitere Informationen über die Arbeit der Initiative, eine Übersicht über ihre Veranstaltungen und aktuelle Termine finden Sie unter www.fremdenfreundlich.de.



Für Demokratie Courage zeigen

DGB-Jugend unterstützt Projekttag an Schulen

Das Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) wurde 1999 gegründet und setzt seitdem die Projekttag „Für Demokratie Courage zeigen“ an Schulen und Ausbildungseinrichtungen um. Die Projekttag werden von jungen Menschen durchgeführt. Mittlerweile ist das NDC in elf deutschen Bundesländern aktiv und hat Partnerorganisationen in Frankreich und Belgien. Seit 2005 ist die DGB-Jugend zusammen mit dem Bund der Deutschen Katholischen Jugend Trägerin des NDC in Hessen. Zehn Jahre nach der Gründung kommt jetzt eine neue Förderung hinzu und Hauptträger wird der Hessische Landesjugendring (HJR).

Unser Hauptaufgabenbereich ist die Durchführung von Projekttag an Schulen und Ausbildungseinrichtungen. Dafür bilden wir auf einwöchigen Teamschulungen junge Menschen, unsere Teamerinnen und Teamer, aus, die ehrenamtlich Projekttag mit den Schülern und Schülerinnen gestalten und maßgeblich an der jährlichen Überarbeitung der Konzeption beteiligt sind. Bundesweit einheitliche Qualitätsstandards sichern die gleichbleibend hohe Qualität der Projekttag.

Wir wollen an diesen Tagen keinen Unterricht machen, wir nutzen keine Tafel und Kreide. Stattdessen arbeiten wir mit Pinnwänden, sitzen im Stuhlkreis, nutzen Medien wie Filme und Musik und führen Spiele und interaktive Methoden durch. Im Mittelpunkt stehen die Erfahrungen und Meinungen der Schülerinnen und Schüler.

Im Jahr 2015 hat das NDC in Hessen mit 70 Teamerinnen und Teamern und fünf Trainerinnen und Trainern 150 Projekttag und Fortbildungen für Lehrende und Pädagoginnen und Pädagogen durchgeführt und damit rund 4.000 Jugendliche und Erwachsene erreicht. Bei regelmäßigen regionalen Teamtreffen reflektieren wir unsere Arbeit und bilden uns fort.

Unser Selbstverständnis: Courage zeigen!

Wir befördern eine demokratische Kultur, an der sich alle aktiv beteiligen können. Wir machen Mut, nicht wegzusehen, wenn Diskriminierung geschieht. Wir unterstützen eine emanzipatorische Gegenkultur durch die Stärkung von antirassistischen Positionen und das Aufzeigen alternativer Handlungsoptionen. Dazu gehört für uns die Achtung jedes einzelnen Menschen, unabhängig von Herkunft, Sprache, Religion oder Geschlecht. Wir gehen freiwillig in die Schule, um mit Jugendlichen ins Gespräch zu kommen, und das ehrenamtlich. Unsere Methode dafür sind die Projekttag „Für Demokratie Courage zeigen“. Wir bieten diese Projekttag für alle Schulformen an und im NDC bündelt sich umfassendes Wissen über die aktuelle Berufs- und Schulwirklichkeit:

- Mit neuen Themen, Methoden und jungen Persönlichkeiten bringen wir frischen Wind in die Schulen. Wir stärken, fördern und fordern die weltoffene und zivilgesellschaftlich aktive (Berufs-)Schule. Bei uns ist Demokratie ein greifbares Erlebnis, das Spaß macht.
- Wir diskutieren, klären auf, bestärken und vertreten klare antirassistische Positionen. Dabei ist jede und jeder Einzelne gefragt und alle kommen zu Wort.

- Das NDC steht für die Ächtung von Rassismus. Wir bestärken den Mut zum Antirassismus in einer von rechten Gedanken beeinflussten Alltagskultur. Es geht uns nicht darum, handfeste Nazis zu bekehren. Aber nur wer selbst aktiv wird, kann etwas verändern. Wir stärken soziale Kompetenzen wie Empathiefähigkeit, gerade mit Opfern von rechter Gewalt und von Diskriminierung.

- Unser Netzwerk wird von jungen Leuten gestaltet. Wir beleuchten zusammen mit den Jugendlichen verschiedene Aspekte von Demokratie, Mitbestimmung, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Gewalt, Europa, Medien und Jugendkultur, zeigen Widersprüche auf und regen zum Nachdenken an, um Vorurteilen entgegenzutreten. Jugend für Jugend heißt dabei, dass die Schülerinnen und Schüler und unsere Teamerinnen und Teamer ähnlichen Alters sind und wir dadurch dieselbe Sprache sprechen.

- Unser Netzwerk ist unsere gemeinsame Handlungsplattform. Das Netzwerk bündelt viele Menschen und Organisationen. Deren vielfältiges Knowhow, Ideen und Erfahrungen sind unser Potenzial und unsere Kompetenz. Synergieeffekte entstehen durch diese intensive Zusammenarbeit.

Unsere Angebote für Jugendliche und Erwachsene

Vorurteile, Diskriminierung, Demokratie, das soziale Miteinander lernen und üben – um diese und andere Themen geht es in unseren Projekttag, die ausgebildete junge Menschen ehrenamtlich an Schulen und Ausbildungseinrichtungen durchführen. Ziel der verschiedenen Projekttag und Bildungsbausteine ist es, Jugendliche zu Zivilcourage und aktivem Handeln und Nachdenken zu ermutigen. Statt abstrakter Wissensvermittlung setzen wir dabei auf die aktive Einbeziehung der Jugendlichen und ihrer Lebenswelten. Wir bieten für Schulklassen ab Jahrgangsstufe 8 in Hessen die folgenden vier Projekttag an:

- **Projekttag A:** „Alles nur Bilder im Kopf?“ Ein Projekttag zu Diskriminierung, von Rassismus betroffenen Menschen und couragiertem Handeln

- **Projekttag B:** „Ihr macht den Unterschied!“ Ein Projekttag zu Diskriminierung, sozialer Benachteiligung und Einflussmöglichkeiten für eine faire Gesellschaft

- **Projekttag C:** „Egal? Geht nicht!“ Ein Projekttag zum couragierten Handeln gegen Diskriminierung, menschenverachtende Einstellungen und Neonazis

- **Projekttag S:** „Superwoman trifft auf Barbie und Ken“ Ein Projekttag zu Geschlechterbildern und couragiertem Handeln gegen Sexismus

Für Lehrerinnen und Lehrer, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren und politisch Aktive bieten wir ein- und zweitägige Weiterbildungen an:

- Das Modul „Hinter der Fassade“ vermittelt inhaltliche Grundlagen zu den Wirkungsweisen von Vorurteilen und Diskriminierung und beschreibt den Kontext, in dem Neonazis agieren. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erarbeiten sich Handlungsmöglichkeiten für konkrete Situationen

im privaten oder beruflichen Umfeld. Das Modul ist als Einstiegseminar für Lehrkräfte, Ausbilderinnen und Ausbilder und Pädagoginnen und Pädagogen in Schule und Jugendarbeit konzipiert und umfasst vier bis sechs Zeitstunden in kleinen Gruppen von sechs bis 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Inhalte sind die Wirkungsweisen von Vorurteilen und Diskriminierung, menschenverachtende Einstellungen und neonazistische Ideologie, neonazistische Lebenswelten (Aktivitäten, Strategien, Organisationen, Codes und Styles), die Erarbeitung von Handlungsoptionen für konkrete Situationen und Tipps für die Praxis

- Das Training von „Argumentations- und Handlungsweisen gegen Rechts“ soll die Fähigkeit stärken, rechte Einstellungen zu erkennen und argumentativ zu widerlegen. Es richtet sich an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Vereinen, Verbänden, Parteien, Gewerkschaften und Verwaltungen. Es kann als ein- oder zweitägige Veranstaltung für acht bis 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer durchgeführt werden. Dabei geht es um rechte Einstellungen und Ideologien (Text, Video, Musik) und Übungen zur inhaltlichen Erwidern und zum praktischen Handeln.
- Junge Menschen im Alter von 17 bis 30 Jahren können sich im NDC zu Teamerinnen und Teamern ausbilden lassen. In einer einwöchigen Ausbildung vermitteln wir Inhalte und Methoden sowie Basiswissen zur Jugend- und Erwachsenenbildung. Diese Qualifizierung wird durch eine professionelle Betreuung und kontinuierliche Weiterbildung der Ehrenamt-



lichen ergänzt. Unsere Teamschulungen werden von eigens qualifizierten Trainerinnen und Trainern durchgeführt. Die nächsten Teamschulungen in Hessen finden im Mai und September 2016 statt.

Simone Ball

Simone Ball ist Jugendbildungsreferentin des DGB in Südhessen.

- Kontakt zur hessischen Landesnetzstelle: Simone Ball, Tel. 06151-399716, Email: hessen@netzwerk.courage.de
- Ausführliche Informationen zu unseren Angeboten und Online-Buchungen unter: www.netzwerk-courage.de

Rechtsextremismus: Information, Prävention, Ausstieg

- Das *beratungsNetzwerk hessen – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus* berät Schulen, Eltern und Familienangehörige, Kommunen und Vereine nach Vorkommnissen mit einem rechtsextremen, antisemitischen oder rassistischen Hintergrund. Weitere Informationen über die vielfältigen Angebote und Publikationen: www.beratungsnetzwerk-hessen.de
- Aktuell kann man beim Beratungsnetzwerk auch die mobile Ausstellung „RECHTSaußen – MITTENDrin?“ ausleihen. Sie bietet auf 21 Rollups Informationen zu den folgenden Themen: Von der Mitte zum Rand, Was ist Rechtsextremismus?, Organisations- und Erscheinungsformen, Erlebniswelt Rechtsextremismus, Was tun gegen Rechtsextremismus? Kontaktadressen findet man auf den Seiten des Beratungsnetzwerks und unter www.rechts-aussen.de.
- Hinter der Abkürzung *IKARus* verbirgt sich das „Informations- und Kompetenzzentrum Ausstiegshilfen Rechtsextremismus“ in Hessen: „Wer bei rechtsextremistischen Gruppierungen aktiv ist oder mit ihnen sympathisiert und den Gedanken in sich trägt, sich von dieser Szene zu lösen, braucht nicht nur Mut, sondern vor allem Hilfestellung und Beratung.“ Weitere Informationen gibt es unter <http://ikarus-hessen.de>.
- Das Projekt „Rote Linie“ setzt eine Stufe früher an und bietet „Hilfen zum Ausstieg vor dem Einstieg“ (HLZ S.20-

21). Es richtet sich auch an Pädagoginnen und Pädagogen, die Jugendliche, die mit rechtsextremen Gedanken oder Gruppierungen sympathisieren, „für die Gefahren sensibilisieren und ihren weiteren Weg in die rechtsextreme Szene bremsen oder aufhalten möchten“ (<http://rote-linie.net>).

- Die Ausstellung „*Es sind noch zu viele Fragen offen*“ ist aus Anlass des zehnten Jahrestags der Ermordung von *Halit Yozgat* in Kassel am 4. April 2006 in der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt (Hansaallee 50) zu sehen. Sie würdigt die Opfer und fragt nach den Ursachen für das Versagen der Behörden bei der Ermittlung der Täter. Gleichzeitig informiert die Bildungsstätte über die Arbeit der Initiative „*NSU-Watch Hessen*“, die den NSU-Untersuchungsausschuss des Landtags kritisch begleitet. Zu den Unterstützern der Initiative gehören die GEW Hessen und die DGB-Jugend Hessen-Thüringen (<http://hessen.nsu-watch.info>). Die Ausstellung ist noch bis zum 1. Juni geöffnet. Informationen über die Inhalte und die Öffnungszeiten der Ausstellung findet man unter www.bs-anne-frank.de.

- „*Hessens Rechte auf dem Vormarsch*“ ist der Titel einer umfangreichen Dokumentation des Hessischen Rundfunks mit aktuellen Recherchen zur rechtsextremen und rechtsterroristischen Szene in Hessen. Die Dokumentation findet man unter www.hessenschau.de > *hr-info* oder unter www.rechte-szene-hessen.de.

beratungsNetzwerk
hessen



Mobile Intervention
gegen Rechtsextremismus

Die Rote Linie

Pädagogische Zugänge zur rechtsextremen Weltaneignung

„Rote Linie – Hilfen zum Ausstieg vor dem Einstieg“ gibt es seit 2010. Sie bietet sozialpädagogische Unterstützungsangebote, die Distanzierungsprozesse rechtsaffiner junger Menschen anregen und begleiten, Einzelfallhilfen für rechtsaffine Jugendliche sowie Beratung und Unterstützung für Bezugspersonen in Familie, an Schulen oder in der Jugendarbeit. „Rechtsextremismus“ umfasst ein breites Spektrum unterschiedlicher Phänomene:

- rechtsextreme Einstellungen oder Affinität zu rechtsextremen Ideologien
- Wahl rechtsextremer Parteien
- soziale Kontakte und Beziehungen zu Angehörigen der rechtsextremen Szene
- Gruppen- bzw. Organisationszugehörigkeit
- Handlungen mit Szenebezug
- Straf- und Gewalttaten

Schülerinnen und Schüler als Zielgruppe

Jugendliche gehören zu den besonders umworbenen Zielgruppen. Erste Kontakte entstehen durch persönliche Ansprache an Schulen, auf der Straße, auf Feiern oder Festen. Eine Anwerbung erfolgt auch gezielt über soziale Netzwerke und Medien. Es ist ein Prozess der „Normalisierung“ zu beobachten: Jugendliche mit rechtsextremen Bezügen halten sich vermehrt in gemischten Cliques auf; „Grauzonemusik“ bietet Anschluss an den Mainstream, das Outfit hat sich pluralisiert, die Kleidung ist modischer und unauffälliger geworden. Man gehört dazu.

Die Szene bietet eine Vielzahl unterschiedlicher Angebote mit Erlebniswert: gemeinsame Treffen, Feiern und Konzerte, Demonstrationen und klandestine Aktionen. Es gibt Kampfsportangebote und körperbetonte Action, es wird mit Luftgewehren geschossen. Jugendliche werden angeregt, Hass und Gerüchte über die sozialen Netzwerke zu verbreiten. Vereinzelt bietet die Szene eigene Treffpunkte zum Billardspielen und Musik hören, sogar Hausaufgabenhilfen. Die politische Beeinflussung folgt danach. Das radikale Auftreten imponiert einem Teil der Jungen und Mädchen: sie wollen nicht nur reden, sondern handeln.

Angebote für Schulen

Die „Rote Linie - Hilfen zum Ausstieg vor dem Einstieg“ ist ein Programm des Landes Hessen zur primären und sekundären Rechtsextremismusprävention. Die „Rote Linie“ bietet

- Informationen, Elternabende, Vorträge und Workshops, Fort- und Weiterbildungen,
- Support und Koordination im Einzelfall (Risikoabwägung, Intervention, Entwicklung von Perspektiven) sowie
- Unterstützung und Koordination.

Die „Rote Linie“ ist über die Hotline 06421-8890998 (mit Anrufbeantworter), per E-Mail (kontakt@rote-linie.net) oder über ein Kontaktformular auf der Homepage erreichbar (www.rote-linie.net). Weitere Adressen für Hilfs- und Beratungsangebote finden Sie in dieser HLZ auf S. 19.

Aus Sicht gefährdeter Jugendlicher verspricht die Szene

- Erlebnisgewinne (Action, Verbotenes, Alkohol),
- Selbstwertgewinne (Stärke, Macht, Anerkennung),
- Identitätsangebote (für etwas stehen, Glaube, politische Einstellung, Exklusivität),
- Orientierungsangebote (Sicherheit, Regeln, Orientierung)
- und Zugehörigkeitsangebote (Kameradschaft, Verlässlichkeit, Schutz, Ansprechpartner).

Diese Angebote „ziehen“, wenn sie mit den Bedürfnissen der jungen Menschen korrespondieren. Diese Bedürfnislagen speisen sich oft aus der Bewältigung von Entwicklungsaufgaben, aus mangelnder positiver Zuwendung und Anerkennung, ökonomischer Unsicherheit und Abstiegsängsten. Dazu kommen die Anforderungen der modernen Gesellschaft, familiäre Konflikte, biografische Brüche, Erfahrungen von Ausgrenzung oder Misserfolg in Schule und Freizeit. Ein solches Erleben kann zu einem Bedürfnis nach einem inneren Ausgleich führen, wobei Aktivitäten in der rechtsextremen Szene eine kompensierende Funktion haben.

Was heißt das für Schulen?

Auch Schülerinnen und Schüler äußern Vorurteile und Feindseligkeiten, vertreten einzelne rechtsextreme Ideologieelemente, mitunter verdichtete rechtsextreme Weltbilder. Es geht um Schülerinnen und Schüler,

- die vor Wahlen signalisieren, mit rechtsextremen Parteien zu sympathisieren,
- die aggressiv ausdrücken, dass sie Zuwanderung und die Demokratie ablehnen,
- die Lehrkräfte als „Gutmenschen“ bezeichnen,
- die Mitschülerinnen und Mitschüler mit Hate Speech, schockierenden Bildern, Hassvideos und angeblich satirischen Medieninhalten herabwürdigen,
- die auf dem Hof andere Gruppen oder Personen bedrohen,
- die Einfluss nehmen und Angst in der Klasse verbreiten,
- die Aufkleber mit rechten Parolen im Schulgebäude und im Umfeld der Schule anbringen,
- die offen antisemitische, autoritäre und nationalistische Positionen vertreten oder
- die im Unterricht den Hitlergruß zeigen.

Entsprechend komplex sind die Handlungsanforderungen für die Lehrkräfte zwischen Institution und Gesellschaft, zwischen Bildung und Entwicklungsförderung. Präventiv liegen Chancen vor allem in der Aufmerksamkeit für ein soziales, demokratisches, vorurteilsbewusstes und inklusives Lernen im pädagogischen Alltag:

- Erfahrungslernen und Schulkultur (Partizipation, Verantwortungsübernahme, Soziales Lernen, Streitschlichtung)
- Urteilsfähigkeit und Handlungskompetenz (Bildung, Aufklärung, Anregung zum politischen Handeln, eigene Position)
- Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen und politischen Themen (Fragen und Konflikte thematisieren, Einsichten vermitteln, die rechtsextremen Denkweisen widersprechen, Schüler für Demokratie und Zusammenleben gewinnen)

- Umgang mit Vielfalt fördern (Anti-Bias-Ansatz, Interkulturelles Lernen, „Schule ohne Rassismus“, Begegnungsangebote)
- Begleitung und Unterstützung aller Schüler und Schülerinnen (Betroffene ernst nehmen und unterstützen, Jugendliche schützen und in ihrer Identität stärken, mit rechtsaffinen Jugendlichen im Gespräch bleiben, Reibungsflächen bieten)

Zu den Interventionen zählen die gezielte Ansprache, die Aufforderung, rechtsextreme Kleidungsstücke auszuziehen, Sanktionen oder das Einschalten der Polizei. Es gibt immer mehrere günstige Handlungsmöglichkeiten, die innerhalb des Kollegiums abgestimmt werden können. Hier ist kollegiales Coaching ebenso hilfreich wie kommunale Vernetzung. Angesichts der Vielschichtigkeit des Phänomens erscheinen komplex angelegte Ansätze angemessener als zum Beispiel ein einzelner Workshop. Die Entfaltung einer reizvollen Schule, die dazu beiträgt, dass alle jungen Menschen in einer vielfältigen, demokratischen Gesellschaft ihren sicheren Ort finden, erfordert einen langen Atem.

Distanzierungshilfen der Roten Linie

Nehmen wir an, an der Schule in Musterstadt nehmen Lehrkräfte Veränderungen bei einem Schüler wahr. Er spricht davon, Kontakte zu rechtsextremen Gruppen zu haben, der Kleidungsstil wandelt sich, es kommt zu Absetzbewegungen vom bisherigen Freundeskreis und der Schüler vertritt im Unterricht fremdenfeindliche Thesen. Dann könnte eine Distanzierungshilfe der Roten Linie folgendermaßen aussehen:

- In mehreren Beratungsgesprächen wird die Situation aus verschiedenen Perspektiven betrachtet. Es erfolgt eine Einschätzung von Risiken, die bisherigen Reaktionen und Betroffenheiten werden reflektiert und günstige Handlungsmöglichkeiten abgewogen.
- Die Lehrkräfte entschließen sich dazu, Grenzen zu setzen, wo sie es für notwendig halten, dem Schüler aber ein individuelles Aufmerksamkeits- und Kontaktangebot zu unterbreiten. Die Lehrer sprechen ihn ohne Anlass an, signalisieren Interesse an seiner Person. Es entwickeln sich über Monate regelmäßige Gespräche über aktuelle politische Fragen und seine Neuorientierung, es werden Unterstützungsangebote im Leistungsbereich unterbreitet. Sie ermuntern befreundete und besorgte Mitschülerinnen und Mitschüler, ihm zu zeigen, dass sie seine Person wertschätzen, und zugleich ihre Distanz zu seinen politischen Einstellungen zu signalisieren.
- Es gelingt nach einem halben Jahr, den Jungen für einen direkten Kontakt zu einem „Experten“ zu interessieren, der sich mit dem Thema Rechtsextremismus beschäftigt. Der Junge willigt ein und trifft sich nun wöchentlich auch mit dem Mitarbeiter der Roten Linie. Die Eltern werden diesbezüglich informiert, sie stimmen zu und erhalten ein Angebot eines eigenen Beratungssettings, da sie in der Familie ebenfalls Konflikte erleben.
- Nach ein paar Monaten, in denen der Junge freiwillig und in seiner Freizeit die Treffen aufrecht erhält, entwickelt sich eine Beziehung und er berichtet relativ offen über seine Gedanken, Phantasien, seine Bezüge und Kontakte zur rechtsextremen Szene und bisherige Aktivitäten. Er fordert Rückmeldungen ein. Daneben kommen vielfältige Themen zur Sprache, die den Jungen bewegen. Er erhält die Einschätzungen des Mitarbeiters und es werden vereinzelt Irritationen spürbar. In der Schule reduzieren sich die auffälligen Äußerungen, er spricht vereinzelt davon, nicht mehr rechtsex-



Da die Verwendung nationalsozialistischer Symbole strafbar ist, hat sich in der rechtsextremen Szene ein Code zur Umgehung dieses Verbots entwickelt. Zahlenkombinationen beziehen sich auf die Buchstabenfolge im Alphabet: Die Zahl 88 auf dem Titel der HLZ 2012 steht für die Buchstaben H und H (Heil Hitler), die Zahl 444 für die Buchstaben D (Deutschland den Deutschen!). Die Neonazigruppe „Sturm 18“ in Kassel, deren Anführer auch als Zeuge im NSU-Prozess in München aussagte und derzeit in Kassel erneut vor Gericht steht, verwendete die Zahl 18 für die Buchstaben A und H (Adolf Hitler).

trem zu sein, aber die Orientierung ist noch schwankend, der Suchprozess noch im Fluss.

Das Beispiel zeigt: Im Rahmen der Einzelfallhilfe steht der Zugang zu den als gefährdet wahrgenommenen Jugendlichen im Vordergrund. Wesentliche Elemente sind Interesse, Dialog, Beziehung und Vertrauen. Im Rahmen der Einzelhilfe geht es um Wertschätzung als Person, Selbstaufdruck, neue Erfahrungen, andere Sichtweisen. Sie bietet eine Kontinuität in der Begleitung durch ein authentisches Gegenüber, das sich so die „Zugangsberechtigung“ für inhaltliche Reflexion, Impulse und Auseinandersetzung erwirbt. Solche Prozesse brauchen Unterstützer vor Ort durch Eltern, Fachkräfte, Freundinnen und Freunde und es ist erforderlich, zugleich alle Beteiligten sowie mögliche Störungen im Blick zu haben.

Eine Distanzierung ist kein schneller, einfacher Prozess, da das Anziehungspotenzial hoch ist und die Hinwendung für die Jugendlichen aus ihrer Sicht „Sinn“ macht. Es braucht funktionale Alternativen, damit die existenziellen Bedürfnisse (anders) befriedigt werden können. Gleichaltrige, Erwachsene, Schule, Politik: Viele können wirken und diese Jugendlichen gewinnen.

Torsten Niebling



Was macht denn da „die“ GEW?

Aber wer ist eigentlich „die“ GEW?

Immer wenn in Hessen bildungspolitische Unruhe aufkommt – und das geschieht in den letzten Jahren eigentlich ständig – wird man gerne gefragt: „Was macht denn da eigentlich ‚die‘ GEW?“ oder besser noch in der vorwurfsvollen bis leicht verspannten Variante: „Da muss doch ‚die‘ GEW mal was machen!“

Zunächst ein nachvollziehbares und berechtigtes Ansinnen von Kolleginnen und Kollegen, die einen nicht unerheblichen Mitgliedsbeitrag entrichten (1). Meistens konnte ich diese Frage überzeugend beantworten, denn eines steht fest: „Die“ GEW in Hessen „macht“ eine ganze Menge – auch wenn nicht immer alle gleich zufrieden sind. Um die ganze Bandbreite der Aktivitäten der GEW wahrzunehmen, reicht bereits die regelmäßige Lektüre der HLZ. Auf eine Aufzählung sei daher an dieser Stelle verzichtet.

Aber die Frage führt zwangsläufig zu einer anderen: Wer ist denn eigentlich „die“ GEW?

Da sind zunächst einige hauptamtlich Beschäftigte in der Geschäftsstelle in Frankfurt, die neben vielen anderen Bereichen die Organisation, Koordination, Mitgliederbetreuung und Rechtsberatung für die GEW Hessen mit mehr als 25.000 Mitgliedern gewährleisten.

Dann gibt es selbstverständlich noch das Tandem unserer beiden Vorsitzenden *Birgit Koch* und *Jochen Nagel* und die beiden stellvertretenden Vorsitzenden *Maike Wiedwald* und *Karola Stötzel*. Diese vier Mitglieder des Vorsitzenteams sind jeweils mit einer halben Stelle hauptamtlich tätig. Sie repräsentieren die GEW nach außen und treiben den gewerkschafts- und bildungspolitischen Diskurs intern voran.

„Die“ GEW“ sind wir alle

Die Arbeit der „Hauptamtlichen“ wird allerdings maßgeblich unterstützt und ergänzt durch zahlreiche ehrenamtlich engagierte Kolleginnen und Kollegen, z.B. in den Fach- oder Personengruppen, in den Bereichen Tarifpolitik, Hochschule, Erziehung, Weiterbildung oder Seniorenarbeit. Ein ganz bedeutender Teil der aktiven Arbeit wird von den Mitgliedern in den Kreisverbänden vor Ort geleistet. Nur auf Grund der engen Verzahnung von Hauptamtlichkeit und hohem freiwilligem Engagement ist die Kompetenz der GEW Hessen auf allen bildungspolitischen Ebenen seit Jahrzehnten unbestritten und wird auch von ihren Kritikern anerkannt.

Somit lässt sich die zu Anfang gestellte Frage eindeutig beantworten: Das Fundament erfolgreicher GEW-Arbeit ist das ehrenamtliche Engagement der Mitglieder: „Die“ GEW – das sind wir alle!

„Die“ GEW lebt vom Ehrenamt

„Ich zahle meinen Beitrag, den Rest sollen die anderen machen“: Diese oft zu beobachtende, dem Zeitgeist entsprechende „Servicementalität“ wird sich langfristig rächen. Da die Strukturen der GEW auf dem Grundgedanken ehrenamtlicher politischer Arbeit basieren, wird eine weitere Zunahme dieser Servicementalität zwangsweise zu merklichen Veränderungen des bisher Bewährten führen müssen. Im Umkehrschluss bedeutet dies: In dem Maße, wie die Anzahl der ehrenamtlich tätigen Kolleginnen und Kollegen in den Kreisverbänden und Fachgruppen zurückgeht, wird die GEW Hessen an Bedeutung und in Folge dessen an Schlagkraft und Einfluss verlieren. Und das müssen sich alle 25.000 GEW-Mitglieder ins Bewusstsein rufen.

Unter diesem Betrachtungswinkel gewinnt der alte Slogan „Aktiv in der GEW“ eine neue, allerdings veränderte Aktualität. Schon jetzt müssen sich Kreisverbände in Ermangelung engagierter Kolleginnen und Kollegen zusammenschließen. Je größer die Organisationseinheit, umso schwieriger wird es aber auch, den direkten Kontakt zu den Kolleginnen und Kollegen in den Schulen und Betrieben zu halten. Auch in der Personalratsarbeit macht sich die Zurückhaltung bemerkbar, aber noch haben wir in fast allen Schulen aktive Schulpersonalräte. Doch die Luft wird dünner: Nach der Personalratswahl am 10. und 11. Mai wird das eine oder andere Kollegium auf eine Personalvertretung verzichten müssen, da sich keine Kandidatinnen und Kandidaten gefunden haben. Auch für die Mitarbeit in den Gesamtpersonalräten fehlt der „ehrenamtliche Nachwuchs“.

Diejenigen, die sich noch engagieren wollen, laufen dagegen Gefahr, sofort in die Verantwortung genommen

Aus der Arbeit eines Kreisvorstands der GEW

Was könnte mich interessieren? Die stichwortartige und relativ ungeordnete Liste umreißt die Tätigkeiten, die innerhalb eines GEW-Kreisverbandes anfallen und mit mehr oder auch weniger Zeit im Team zu erledigen sind:

- Organisation von Mitgliederversammlungen und Informationsveranstaltungen zu aktuellen Themen
- Erstellen von Presseerklärungen zu aktuellen lokalen Bildungsthemen für Zeitungen, Parteien und Institutionen
- Teilnahme an Gremien und Veranstaltungen vor Ort (z.B. Runde Tische, Sitzungen des Stadt- und Kreisleitungsbeirats...)
- Unterstützung GEW-naher Aktivitäten und Kontakte zu „befreundeten“ Organisationen

- Pflege einer Homepage
- Ehrungen, Glückwünsche zu Jubiläen, Kontakte zu den Mitgliedern
- Teilnahme an den Gremien des GEW-Landesverbands (Landesvorstand, Fach- oder Personengruppe)
- Kontakte zu den GEW-Vertrauenspersonen an den Schulen
- Beratung und Begleitung bei Konflikten in Schulen
- Unterstützung der Schulpersonalräte
- Rechtsberatung vor Ort
- Organisation von Veranstaltungen und Studienfahrten für Seniorinnen und Senioren
- Mobilisierung und Unterstützung bei Warnstreiks und Demonstrationen
- und vieles mehr ...



zu werden, nach dem Motto: Wer an einer Veranstaltung der GEW Hessen teilnimmt, muss höllisch aufpassen, dass er diese nicht mit einem neuen Amt bzw. einer Funktion ausgestattet verlässt.

GEWerkchaftliche Teilzeitarbeit?

Was tun? In Anlehnung an die berufliche „Teilzeitbeschäftigung“ und die Unterscheidung von „teilbaren“ und „nicht teilbaren Dienstpflichten“ schlage ich vor, darüber nachzudenken, inwieweit dies auch auf die Mitarbeit innerhalb der GEW übertragbar ist. Notwendigkeit, Intensität und Umfang des politischen Diskurses bleiben von den folgenden Gedanken unberührt.

Aktiv in der GEW zu sein, heißt doch, mit einem Teil seiner Freizeit zu einer erfolgreichen bildungspolitischen Auseinandersetzung beizutragen. Das kann wie jedes andere „Hobby“ manchmal zeitaufwändig sein, aber die kleinen und großen Erfolge, die dabei regelmäßig erzielt werden können, machen einen dann doch sehr zufrieden.

Ältere Kolleginnen und Kollegen schwärmen – durchaus reflexartig und nicht ohne Wehmut – von den „goldenen Zeiten“, als die Kampfabstimmung

in der GEW noch an der Tagesordnung war und man sich vor Kandidatinnen und Kandidaten nicht retten konnte. Doch wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass sich die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte seitdem verändert haben: Zeitumfang und Arbeitsintensität haben sich merklich erhöht. Die Belastung durch neue Anforderungen ist größer geworden, daran dürfte es keinen Zweifel geben.

Daher muss für alle ein neuer oberster Grundsatz gelten: Jede Kollegin und jeder Kollege, die oder der sich in einer Fachgruppe oder im Kreisvorstand engagieren will, bestimmt die Zeit, die sie oder er in die Mitarbeit investieren möchte, selbst – ohne dabei ein schlechtes Gewissen zu entwickeln. Und man muss auch nicht gleich als Delegierte oder Delegierter auf die Landesvertreterversammlung fahren und Generalist für alle gewerkschaftlichen Belange werden wollen. Man kann auch „nur“ Spaß oder Interesse daran haben, mit der „Pflege“ einer Homepage, mit der Übernahme organisatorischer Aufgaben innerhalb des Kreisvorstands, mit einem zeitlich begrenzten Projekt oder in der Kampagne einer Fachgruppe einen Beitrag zum Ganzen zu leisten.

Also, Leute, die ihr noch etwas Zeit habt:

- Überlegt euch, welche Projekte oder Themenbereiche für euch interessant sein könnten und für die ihr euch einbringen wollt!
 - Nehmt Kontakt zu eurem Kreisverband auf und schaut mal bei einer Kreisvorstandssitzung vorbei!
 - Lasst euch nicht unter Druck setzen und setzt euch einen individuellen zeitlichen Rahmen!
- Wir alle sind „die“ GEW und auf gegenseitige Solidarität und Unterstützung angewiesen. Und das ist unabhängig vom zeitlichen Rahmen: Wichtig ist euer Engagement!

Klaus Armbruster

(1) Allerdings höre ich die Frage noch viel öfter von den Kolleginnen und Kollegen, die sich diesen Beitrag sparen und auf anderem Weg versuchen, von der Kompetenz und Wirksamkeit der GEW zu profitieren.

Klaus Armbruster ist Geschäftsführer des GEW-Bezirksverbands Südhessen und Vorsitzender des Gesamtpersonalrats der Lehrerinnen und Lehrer im Bereich des Schulamts für die Stadt Darmstadt und den Landkreis Darmstadt-Dieburg.

Die GEW Limburg fragt nach

Hohe Belastungen beeinträchtigen die Berufszufriedenheit

Anna Held, Sybille Herfurth und Manfred Hahne, die Kreisvorsitzenden der GEW in Limburg, wollten genauer wissen, wie es um die Arbeitsbedingungen und die Arbeitszufriedenheit der Lehrerinnen und Lehrer in der Region bestellt ist. Im Februar und März bat sie die Kolleginnen und Kollegen an den Limburger Schulen, einen umfangreichen Fragebogen auszufüllen, der anschließend vom Berliner Institut *wissenschaftsdienste.com* mit wissenschaftlichen Methoden ausgewertet wurde. Ende März informierten sie die Schule und die Öffentlichkeit über die Ergebnisse.

Die HLZ fasst die wichtigsten Ergebnisse der Befragung zusammen.

Obwohl für das Ausfüllen und Rücksenden der Fragebögen nur gut zwei Wochen zur Verfügung standen, waren die Initiatorinnen und Initiato-

ren mit dem Rücklauf sehr zufrieden. 386 Kolleginnen und Kollegen von 24 Schulen beteiligten sich an der anonym durchgeführten Umfrage. Besonders viele Rückmeldungen gab es von den Grund-, Haupt- und Realschulen (168), von den Kooperativen Gesamtschulen (95) und Beruflichen Schulen (70); eher schwach war der Rücklauf von den Gymnasien (26).

„Insgesamt zeigt die Resonanz“, so Anna Held vom GEW-Kreisvorstand, „dass wir mit unserem Anliegen und dem Schwerpunkt des Fragebogens den Nerv der Kolleginnen und Kollegen getroffen haben“.

Um zu erfahren, wie die Berufszufriedenheit mit der Zahl der Berufsjahre korreliert, fragte die GEW auch danach, wie lange man im Beruf arbeitet. Die größte Gruppe, mehr als ein Drittel, gab an, dass sie zwischen zehn und zwanzig

Jahren im Schuldienst ist, jeweils ein Viertel schon länger als 20 Jahre bzw. zwischen fünf und zehn Jahren. 70 Prozent der Befragten sind weiblich. Damit entspricht der Anteil der Frauen bei der Umfrage etwa dem landesweiten Anteil von 67 Prozent.

Faktoren der Berufszufriedenheit

Zuerst wollte die GEW wissen, was für die Berufszufriedenheit besonders wichtig oder weniger wichtig ist. Mit großem Abstand freuen sich die Kolleginnen und Kollegen über „eine gute Ausstattung mit Unterrichtsmaterialien und Medien“, „ein gutes persönliches Verhältnis zu den Schülerinnen und Schülern“ und eine gute Kooperation im Kollegium. Mit einigem Abstand folgen „ein schönes und freundliches Klassenzimmer“ und die Möglichkeit zur „Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse der Schüler in meinem Unterricht“. Auf dem letzten Platz landet übrigens „das öffentliche Ansehen der Schule“.

Bei der Frage nach der „Zufriedenheit mit der eigenen Schule insgesamt“ zeigen sich erhebliche Unterschiede zwischen den Schulformen: Am größten ist die Zufriedenheit bei den Kolleginnen und Kollegen der Förderschulen, gefolgt von denen der Beruflichen Schulen und Grundschulen. Der besonders negative Zufriedenheitswert bei den Gymnasien ist sicher auch der geringen Fallzahl geschuldet. Bedenklich erscheint der GEW vor allem die Tatsache, dass die Zufriedenheit mit der eigenen Schule mit den Berufsjahren sinkt: „Voll und ganz zufrieden“ zeigen sich gerade einmal 15% der Dienstältesten (mehr als 20 Jahre), in der Gruppe der Dienstjüngsten (weniger als 5 Jahre) dagegen 41%. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Frage nach dem Arbeitsklima an der Schule: Rund 73% der befragten Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer gaben für das Arbeitsklima auf einer Schulnotenskala von 1 bis 5 eine „1“ oder „2“, an den Förderschulen sogar rund 88%, während dies bei Gymnasien nur rund 12% waren.

Umfrage in Limburger Schulen: Das belastet mich ganz besonders ...

	Grundschule	Gesamtschule	Gymnasium	Berufliche Schulen	Förderschule	GHR-Schule
Ansprüche der Eltern	2,57	2,77	2,31	1,65	2,81	2,53
außerunterrichtliche Veranstaltungen	2,79	2,84	3,12	2,94	3,04	2,82
Reformdruck	3,64	3,55	4,15	3,15	3,37	3,52
neue Aufgabenstellungen	4,17	3,87	4,58	3,65	3,70	4,10
Formen der Notengebung	2,89	2,78	2,96	2,81	2,35	2,94
Zeitdruck im Unterricht	3,31	3,38	3,58	3,71	2,48	3,48
Verwaltungsaufgaben	3,77	3,96	4,35	3,88	3,48	4,12
fachfremder Einsatz	2,44	2,54	3,46	2,13	2,74	3,16
hierarchische Struktur an der Schule	2,46	2,76	3,54	2,14	2,30	2,44
häufige und langwierige Lehrerkonferenzen	2,80	3,11	4,04	2,71	3,30	2,81
fehlende Anerkennung durch die Schulleitung	2,54	2,80	4,12	2,10	2,33	2,42
hoher Vorbereitungs- und Korrekturbedarf	3,11	3,36	3,69	3,61	2,89	2,89
Berufsideale nicht verwirklicht	2,57	2,77	2,92	2,46	2,11	2,71
mangelnde Einflussmöglichkeiten an der Schule	2,64	3,03	3,08	2,39	2,19	2,52
mangelhafte Krisenberatung	3,01	2,87	3,35	2,46	2,67	2,61

Die einzelnen Belastungsfaktoren sollten auf einer fünfstufigen Bewertungsskala beurteilt werden, die von „trifft genau zu“ bis „trifft nicht zu“ reicht. Die angegebenen Werte sind die errechneten Mittelwerte von 1 bis 5.

Auswertung: *wissenschaftsdienste.com*; Zusammenstellung: HLZ

Kooperation und Kommunikation

Als nächstes wollte die GEW wissen, ob es im Kollegium der Schule in Bezug auf die grundlegenden Unterrichtskonzeptionen, die Leistungserwartungen und die konkreten Erziehungsmaßnahmen „gemeinsame Vorstellungen“ gibt. Die Analyse nach Schulformen zeigt, dass man solche gemeinsamen Vorstellungen am ehesten an den Grundschulen findet (Mittelwert: 2,23), gefolgt von einem Mittelfeld aus Beruflichen Schulen, Förderschulen und verbundenen Grund-, Haupt- und Realschulen (2,47 bis 2,64). Am wenigsten sind solche Vorstellungen an den Gymnasien (2,93) und Kooperativen Gesamtschulen zu finden (2,94).

Auch hier verschlechtern sich die Werte mit dem Dienstalter. So sprechen die Berufsanfängerinnen und Berufsanfänger mit weniger als fünf Dienstjahren eher von einer gemeinsamen Vorstellungswelt (Mittelwert: 2,35) als die Kolleginnen und Kollegen mit mehr als 20 Dienstjahren (2,75).

Bei der Frage, ob es an der Schule „eine enge Zusammenarbeit zwischen den Kolleginnen und Kollegen“ gibt, gibt es wenig Unterschiede zwischen den Schulformen. Lediglich an den Gymnasien und den Kooperativen Gesamtschulen gibt es deutlich niedrigere Zustimmungswerte. Dies korreliert allerdings auch sehr stark mit der Tatsache, dass in diesen Schulen die kollegiale Zusammenarbeit auch bei der Bewertung der allgemeinen Berufszufriedenheit eine deutlich geringere Rolle spielt. Dieser geringeren Wertschätzung entspricht auch die Tatsache, dass „Meinungsverschiedenheiten unter den Kolleginnen und Kollegen“ und die „Furcht vor Einschränkungen der pädagogischen Freiheit“ an den Gymnasien deutlich weniger als „Hemmnisse für die Kooperation im Kollegium“ angesehen werden.

Die Gesamt- und Fachkonferenzen der Lehrkräfte dienen nach Einschätzung der Kolleginnen und Kollegen vor allem dazu, die „notwendigen Absprachen im Kollegium“ zu treffen. Deutlich geringer ist der Stellenwert zur „Diskussion grundsätzlicher pädagogischer Fragen“ und zum „offenen Austausch unterschiedlicher Meinungen“.

Hier besteht für die GEW noch Nachholbedarf, um die Bedeutung der Konferenzen für die Meinungsbildung und für die demokratische Willensbildung zu stärken.

Schüler, Schulleitung, Personalrat

In Bezug auf die Schülerinnen und Schüler wollte die GEW wissen, ob diese „im Allgemeinen die Regeln anerkennen“ und den Lehrkräften „mit Respekt“ begegnen. Hier gab es kaum signifikante Unterschiede zwischen den Schulformen. Die Lehrkräfte der Förderschulen gaben ihren Schülerinnen und Schülern bei der Frage nach dem Respekt vergleichsweise schlechte Noten. Dies scheint aber der Zufriedenheit mit dem Arbeitsklima kaum Abbruch zu tun, denn hier verzeichneten die Förderschulen die besten Werte.

Ernüchternde Werte ergab die Befragung zum Stand der Umsetzung der Inklusion. Sie ist nur in den Grund- und Förderschulen „Thema in der Lehrerkonferenz“ (Mittelwert: 2,35), in den Gymnasien ist dies so gut wie gar nicht der Fall (4,76). Noch schlechter sind die Werte beim Besuch entsprechender Fortbildungen und beim Wissen um Hilfestellungen und Möglichkeiten zur Veränderung des Unterrichts. Hier gibt es überzeugend gute Werte nur an den Förderschulen.

Natürlich wollte die GEW auch wissen, wie die Kolleginnen und Kollegen die Arbeit der Schulleitung und der Personalräte bewerten. Die meiste Zustimmung gab es zu der Aussage, dass die Schulleitung die pädagogische Selbstständigkeit der Lehrkräfte respektiert. Es folgen die Zustimmungsquoten für die „Unterstützung und Motivation der Lehrkräfte“ durch die Schulleitung und deren „pädagogische Anregungen“. Auf die geringste Zustimmung stößt die Feststellung, dass die Schulleitung „klare und transparente Entscheidungen“ trifft. Hier scheint der größte Veränderungsbedarf zu bestehen. Die „Noten“ für die Schulleitungen liegen zwischen den Schulformen nicht weit auseinander, lediglich an den Gymnasien und Kooperativen Gesamtschulen und bei den dienstälteren Kolleginnen und Kollegen ist eine deutlich schlechtere Bewertung festzustellen. Dies schlägt sich auch in den Antworten auf die Frage nieder, ob an der Schule von einer „vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Schulleitung und Personalrat“ ausgegangen werden kann. Die bessere Bewertung der Arbeitsatmosphäre an Grund- und Förderschulen wirkt sich auch auf die Beurteilung der Arbeit der Schulpersonalräte aus: Hier sind die Kolleginnen und Kollegen ganz besonders überzeugt, dass sich der Personal-



rat wirkungsvoll für die Interessen der Beschäftigten einsetzt.

Ganz besondere Aufmerksamkeit widmet die GEW der Frage der Belastung (siehe Tabelle). Über alle Schultypen hinweg kritisieren die Kolleginnen und Kollegen, „dass uns Lehrern ständig neue Aufgaben übertragen werden“, dass zu viel Zeit und Kraft für „Organisations- und Verwaltungsaufgaben“ aufgebracht werden muss und „die vielen Veränderungen und Reformen an der Schule“ schwer zu verkraften sind. An Gymnasien werden auch der fachfremde Unterrichtseinsatz und die fehlende Anerkennung durch die Schulleitung als „besonders belastend“ angesehen. An den Grundschulen fühlen sich die Kolleginnen und Kollegen zusätzlich auch durch den „Zeitdruck im Unterricht“ belastet. Die Ergebnisse der Befragung zeigen übrigens auch eine sehr hohe Übereinstimmung mit der Befragung des GEW-Kreisverbands Hanau, über die die HLZ unter der Überschrift „Das Pensum ist nicht zu schaffen“ in Heft 3/2016 berichtete.

Ständig neue Aufgaben ...

Der GEW-Kreisvorstand Limburg sieht sich durch die Umfrage in der Einschätzung der Belastung der Lehrkräfte bestärkt und kündigt in seinem Schreiben an die Schulen in der Region eine konsequente Fortsetzung seines Engagements für Arbeitsentlastung, Arbeitszeitverkürzung und strukturelle Veränderungen in den Schulen an. Dabei geht es für Anna Held auch darum, „dass die Stimmen der Kolleginnen und Kollegen aus der täglichen Unterrichtspraxis wieder stärker gehört werden“.

Lobbyismus: Eine Nachlese

HKM beantwortet Fragen zu Lobbyismus an hessischen Schulen

Mit dem „Lobbyismus an Schulen“ befassten sich mehrere Beiträge der HLZ 3/2016. *Christoph Degen*, bildungspolitischer Sprecher der SPD im hessischen Landtag, forderte in einem Gastkommentar: „Mehr Transparenz, Herr Minister!“ und kündigte zugleich „einen Brief mit weiteren Fragen“ an Kultusminister *Alexander Lorz* (CDU) an. Schließlich hatte der Bericht des Hessischen Kultusministeriums (HKM) an den Kulturpolitischen Ausschuss (KPA) des Landtags zahlreiche Fragen offen gelassen (1).

HLZ-Autor *René Scheppler* (GEW Wiesbaden) hatte schon in der HLZ 1-2/2016 auf den höchst irritierenden Sachverhalt hingewiesen, dass der vom HKM zitierte „Sponsoringbericht“ der Landesregierung zwar der „Herstellung größtmöglicher Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit“ dienen soll, gleichzeitig dieser aber konsequent vorenthalten wird. Kultusminister Lorz scheint das nicht zu irritieren und teilt in dem

aktuellen Antwortschreiben an *Christoph Degen* lapidar mit:

„Der Sponsoringbericht wird dem Landtag alle zwei Jahre durch die Landesregierung vorgelegt. Grundlage für diesen Sponsoringbericht ist ein Beschluss des Hessischen Landtages vom 19. Mai 2010, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, einen solchen Bericht vorzulegen. Daher entscheidet der Hessische Landtag über die Veröffentlichung.“

Deep Lobbying

Unzufrieden war Degen auch mit der Tatsache, dass der Wert verschiedener im Sponsoringbericht aufgeführter Sachleistungen „nicht bezifferbar“ ist. Als Beispiel nannte Degen die Verteilung von 60.800 Warn- und Sicherheitswesten und Brustbeuteln zum Schulanfang durch den ADAC. Auch hier hat das HKM eine lapidare Antwort: Der ADAC habe eben keine Auskunft gegeben, „wie viel ihn die Materialien gekostet haben“. Es ist nur zu hoffen, dass ein solche Logik nicht auch an anderen Stellen die Transparenzberichte beherrscht.

Felix Kamella vom Verein LobbyControl erläuterte im HLZ-Gespräch die Strategie des „Deep Lobbying“, die mehr und mehr die klassische Werbung, die Schleichwerbung und das offene Sponsoring ersetzt. Sie zielt auf die „Steuerung von Stimmungen und Diskursen in der Bevölkerung, um so indirekt politische Entscheidungen zu beeinflussen“ (HLZ 3/2016, S.10). Das HKM kann den Begriff zwar dem Verein LobbyControl zuordnen, doch sei er „bisher“ weder vom HKM noch von den Staatlichen Schulämtern verwendet worden. Deshalb gab es bisher auch „seitens der Schulen keine Anzeigen oder Nachfragen“. Sollten damit aber zum Beispiel die vielfältigen regionalen Kooperationen mit Unternehmen, Banken, Sparkassen oder Zeitungsverlagen gemeint sein, so seien diese „im Rahmen der Berufs- und Studienorientierung“ oder im Rahmen der „Öffnung von Schule“ sogar „ausdrücklich gewünscht“. Hier sehr viel genauer hinzusehen, war allerdings die Intention des

HLZ-Schwerpunkts. Nicht jede Kooperation ist Teufelswerk, aber man sollte bei den beteiligten außerschulischen Kooperationspartnern auch nicht per se von ausschließlich selbstlosen Motiven ausgehen.

Werbung, Spenden, Sponsoring

Das HKM weist allerdings noch einmal darauf hin, dass Sponsoringverträge nur vom Staatlichen Schulamt, nicht aber von den Einzelschulen abgeschlossen werden dürfen. Werbung in Schulen sei „nur in Form des Sponsoring zulässig“. Werbung zum Beispiel „in Form des Verkaufs von Werbeflächen“ ist unzulässig. Im Schuljahr 2014/15 – so eine Abfrage des HKM bei den Schulämtern – gab es im Bereich Werbung insgesamt 23 Nachfragen durch Schulen bei den Staatlichen Schulämtern:

„In elf Fällen wurde den Schulen empfohlen, die geplante Veranstaltung nicht durchzuführen oder die geplante Werbemaßnahme nicht vorzunehmen.“

Die Annahme von Spenden bedarf dagegen „keines Vertrages und ist für Schulen grundsätzlich zulässig.“ Eine Prüfung durch die Schulämter erfolge nur „auf Anfrage“. Im Schuljahr 2014/2015 habe es deshalb auch nur acht Anfragen gegeben: „In drei Fällen wurde empfohlen, die Spende abzulehnen.“

Genauer wollte Degen auch über das Engagement des von den Arbeitgeberverbänden getragenen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) für das „JUNIOR-Schülerfirmenprogramm“ wissen. Obwohl BDI und BdA keinen Mangel leiden, wird das Projekt sowohl aus Steuermitteln des Landes als auch aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) kofinanziert. Bei den damit verbundenen Lehrerfortbildungen des IW verweist das HKM auf die Akkreditierung durch die Lehrkräfteakademie (LA). Hierzu muss man jedoch wissen, dass die LA zwar jede Veranstaltung „auf rassistische, diskriminierende, verfassungsfeindliche Inhalte und Zielsetzungen“ überprüft, mögliche lobbyistische Intentionen aber bei



der Prüfung keine Rolle spielen – so die Antwort der LA auf eine Anfrage von René Scheppler.

Ausführlich hakte Degen auch noch einmal bei der Frage der Zulassung von Publikationen und Veröffentlichungen außerschulischer Träger für die Verwendung im Unterricht nach. Professor *Tim Engartner* hatte in der HLZ erneut eindringlich auf die „lobbyistische motivierte Einflussnahme mittels Unterrichtsmaterialien“ hingewiesen, mit denen die Schulen regelrecht überflutet werden (HLZ 3/2016, S.8). Die Antworten des HKM sind wenig erhellend. Die formale Abgrenzung der Begrifflichkeiten (Schulbuch, ergänzendes Druckwerk, sonstige Schriften) wird der Schulrealität kaum gerecht. Letztlich wird der Schwarze Peter doch wieder der einzelnen Lehrkraft zugeschoben: Sie darf sich im Unterricht „der Unterstützung von Unternehmen und Organisationen bedienen“, wenn zugleich die Grundsätze der „Neutralität und Integrität“ beachtet und „jeder Anschein der Einflussnahme auf die Wahrnehmung der öffentlichen Aufgaben vermieden wird“.

Zum Schluss rafft sich das HKM aber doch zu einer klaren Aussage auf.

René Scheppler hat sich in der HLZ das Unterrichtswerk „Von der Idee zum Ziel“ des „Network for Teaching Entrepreneurship“ vorgenommen, das den „Unternehmergeist in öffentliche und private Schulen“ bringen und die „im Vergleich zu den USA viel skeptischere und kritischere Einstellung der Deutschen zum Unternehmertum“ beeinflussen möchte (HLZ 3/2016, S.14).

Bei der Prüfung der ersten Fassung des Schülerbuchs habe sich die Kritik des HKM auf die Tatsache beschränkt, dass „das Thema ‚Schülerfirmen‘ nur theoretisch behandelt“ wurde und das Buch „viel zu textlastig“ gewesen sei:

„Inzwischen hat sich das Fachreferat eine aktuelle Version beschafft. Diese Version ist in der Tat vollständig von offener und versteckter Werbung durchzogen. Insofern widerspricht der Einsatz dieses Buches den rechtlichen Vorgaben des Werbeverbotes in Schulen und hätte daher keine Zulassung durch die Schulleitungen erhalten dürfen. Das Hessische Kultusministerium wird Maßnahmen ergreifen, den Gebrauch im Unterricht zu untersagen.“

Dass sich diese Einsicht erst knapp zwei Jahre nach der ersten Kritik durch die GEW einstellte, zeigt sowohl die mangelnde Sensibilität des HKM für dieses



Thema als auch erneut die Notwendigkeit einer unabhängigen Prüfstelle für Unterrichtsmaterialien, die die Lehrerinnen und Lehrer zeitnah beraten kann.

Harald Freiling, HLZ-Redakteur

(1) Den Berichts Antrag der SPD-Fraktion 19/2029 und die entsprechende Ausschussvorlage zum Thema „Werbung, Sponsoring und Lobbyismus an hessischen Schulen“ sowie weitere Materialien zum Thema findet man auch auf der Homepage der GEW Hessen (www.gew-hessen.de > Aktuell > Themen > Lobbyismus).

Arbeit in Intensivklassen

Kurz vor den Osterferien nahmen in Gießen, Darmstadt und Kassel über 200 Kolleginnen und Kollegen an Fachtagungen der GEW Hessen zur Arbeit mit Geflüchteten teil. In Vorträgen und Diskussionen konnten neue Problemfelder eruiert werden, um die Forderungen der GEW Hessen zu konkretisieren.

Die Beschulung und Integration von Geflüchteten läuft in Hessen alles andere als optimal: Es fehlt an Personal in den Bildungseinrichtungen, an Dolmetschern, an psychologischer Betreuung und an einem klaren Konzept. Die Bewältigung dieser großen Aufgaben bleibt „die integrationspolitische Herausforderung unserer Gesellschaft“, sagte *Enis Gülegen*, Vorsitzender des Hessischen Ausländerbeirats, der in Gießen und Darmstadt referierte.

Die GEW bekräftigte ihre Forderung nach einer maximalen Gruppengröße von zwölf Kindern und Jugendlichen, um Kinder mit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen individuell fördern zu

können. Außerdem müssen die Stundenkürzungen für Intensivklassen zurückgenommen werden. Gerade für die Alphabetisierung junger Erwachsener fehlt ausreichend qualifiziertes Personal. Die Kollegen und Kolleginnen, die diese Kurse übernehmen, stoßen schnell an ihre Grenzen. Hier müssen qualifizierte Fort- und Weiterbildungsangebote entwickelt und umgesetzt werden.

Auf den Fachtagungen wurde auch die Notwendigkeit deutlich, mehr Stellen für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter und für Psychologinnen und Psychologen zu schaffen, die den schulischen Alltag von Flüchtlingskindern begleiten, ihre Familien unterstützen und Lehrkräfte bei der pädagogischen Arbeit mit traumatisierten Kindern und Jugendlichen unterstützen.

Leider konnten nicht alle Kolleginnen und Kollegen an den Fortbildungen teilnehmen, weil die Plätze schnell belegt waren. Daher bietet die GEW weitere Fortbildungen an:

- am 23. Mai 2016 in Frankfurt mit dem Schwerpunkt Alphabetisierung und Umgang mit traumatisierten Jugendlichen
 - am 30. Mai 2016 in Frankfurt für Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen zur Arbeit in InteA-Klassen
- Infos und Anmeldung: www.gew-hessen.de; info@gew-hessen.de*

Sie berichteten aus der Praxis an Kasseler Schulen (von links): Maike Schulz (Schule am Wall), Vaid Suloski (Willy-Brandt-Schule) und Iris Mooshage (Carl-Schomburg-Schule)





Störfall oder Glücksfall?

Die Mehrsprachigkeit in unseren Schulen

Als Grundschullehrer in Hessen habe ich 41 Jahre in mehrsprachigen Klassenzimmern gearbeitet, ohne dies in seiner großen Bedeutung zu erfassen. Erst in den letzten Jahren, im Zuge der Debatte um die Inklusion, die heute oft auf eine Diskussion über Ressourcen reduziert wird, begann ich mich stärker für die Mehrsprachigkeit meiner Schülerinnen und Schüler zu interessieren. Ich war an einer Grundschule, in deren Klassen zehn, 15, ja sogar 20 verschiedene Sprachen gesprochen wurden; einige sprachen – sicher nicht alle gleich gut – drei oder sogar vier Sprachen. Aber warum interessierte das niemanden? Im Musikunterricht sprach die Kinder das Lied „In Paule Puhmanns Paddelboot“ aus den 80er Jahren besonders an, weil dort wenigstens Begrüßungen in verschiedenen Sprachen gesungen wurden. Die damit verbundenen Ausspracheschwierigkeiten des Lehrers wurden von den Kindern lachend korrigiert.

Alle sind willkommen!

Die Begrüßung der neuen Erstklässlerinnen und Erstklässler bei der Einschulungsfeier in vielen Sprachen in den letzten Jahren wurde von den neuen Mitgliedern unserer Schulgemeinde staunend, aber auch freudig entgegengenommen: Alle sind willkommen. Das waren positive Signale.

Das Buch „Das mehrsprachige Klassenzimmer“ brachte mich dazu, Kinder zu befragen: Welche Sprachen sprichst du? Mit wem sprichst du sie? Welche Sprachen sprichst du noch? Welche verstehst du? Dabei kam Erstaunliches zu Tage: Litauische Schülerinnen und Schüler sprachen Russisch und Li-

tauisch, konnten sich aber auch mit polnisch, serbisch oder kroatisch sprechenden Kindern verständigen. Kinder erklärten mir die Schrift ihrer Sprache, die einige beherrschten, weil sie diese mit ihrer Mutter lernten. Andere trauten sich nicht, laut einen Beispielsatz in ihrer Sprache zu sprechen, damit wir die Sprachmelodie hören könnten. Wenn ich auf die Frage an mich, welche Sprachen ich sprechen würde, kleinlaut erklären musste, richtig gut spräche ich nur Deutsch, erntete ich ungläubiges Lachen.

Ich merkte: Mehrsprachigkeit ist heutzutage immer noch kein Unterrichtsgegenstand in unseren Schulen. Und ich merkte auch: Sich für die Sprachen unserer Schülerinnen und Schüler zu interessieren, bestärkte sie in ihrem Selbstwertgefühl.

Es war dieses Buch, das mich bedauern ließ, dass ich nach 41 Jahren in Pension gegangen bin, ohne diese Mehrsprachigkeit zum Unterrichtsgegenstand werden zu lassen. Gar ein eigenes Fach „Sprachen der Welt“ oder eine Umkämpfung unseres Deutschunterrichts, das hätte ich gerne als Lehrer erlebt und daran mitgewirkt!

Ein Buch öffnet Türen

Mehrsprachigkeit ist keine Ausnahme, sondern ein Normalzustand, und das nicht nur in Deutschland. Heute sind in unseren Großstädten oft hunderte verschiedene Sprachen zu Hause.

Bei 4.000 bis 7.000 Sprachen auf der Welt in 200 Ländern ist es kein Wunder, dass Menschen mit unterschiedlichen Erstsprachen aufeinander treffen. Die EU wünscht sich für ihre Bewohnerinnen und Bewohner Dreisprachigkeit als Normalzustand. Sind unsere Schulen auf solche Anforderungen vorbereitet?

Lehrkräfte sollten sich mit der Art des Spracherwerbs auseinandersetzen bzw. Kenntnis darüber haben, denn die Kinder kommen ja bereits mit erlernter Sprache an die Schule, welche Sprache auch immer das ist. In dem Buch „Das mehrsprachige Klassenzimmer“ erfährt man einiges über monolingualen oder bilingualen Spracherwerb (bei Vater

und Mutter mit verschiedenen Muttersprachen), über Spracherwerbsstörungen, über den Transfer von der einen in eine andere Sprache bei vorhandener Mehrsprachigkeit:

„Das Positive an dem Zusammentreffen diverser sprachlicher Ressourcen im Klassenzimmer besteht darin, dass man sprachliche Kompetenzen bereits da hat, wo man sie haben möchte: in einer Arena, in der man sie zusammen mit ihren SprecherInnen näher beleuchten kann, wo man sich gemeinsam über die mannigfaltigen Unterschiede zwischen Sprachen amüsieren kann, ohne dass man sich damit über die SprecherInnen selbst lustig macht, denn schließlich geht es um die Eigenschaften natürlicher Sprachen schlechthin. Ein wichtiges Lernziel bestünde darin zu verdeutlichen, dass alle Sprachen ungeachtet oberflächlicher struktureller Differenzen und ungeachtet unterschiedlicher kommunikativer Praktiken höchst komplexe Systeme und alle miteinander Ausprägungen der gleichen menschlichen Sprachfähigkeit und unseres gemeinsamen Erbguts sind.“ (S.29)

Mehrsprachigkeit ist kein Störfall. Störfall ist sie nur dann, wenn eine Schule auf die Einsprachigkeit fixiert ist. Damit Mehrsprachigkeit als eine „besonders positive Herausforderung für das Gehirn“ (S. 31) zum Gewinn für Schulen wird, muss sie zum Gegenstand des Unterrichts werden, muss eine Lernumgebung geschaffen werden, in der Mehrsprachigkeit thematisiert wird. Es ist schon lange überfällig, dass das in unseren Schulen genutzt wird.

In diesem Buch erhalten wir in der Art eines Handbuchs linguistisch fundierte Informationen über 29 Sprachen, ihre Schriften, Laute, Wörter und ihre Grammatik. Die Auswahl der Sprachen wurde nach den in unseren Klassenzimmern am häufigsten gesprochenen Sprachen getroffen.

Dass sich das Buch an Praktikerinnen und Praktiker wendet, zeigt sich etwa in den immer wieder eingestreuten Abschnitten, die überschrieben sind mit „Schwierigkeiten für Deutschlerner“. Dort geht es dann um Aussprache, Rechtschreibung, Wortbildung, Flexion und Wortstellung der Muttersprachen, die zu spezifischen Fehlerquellen

Manfred Krifka, Joanna Blaszczak, Annette Lessmoellmann, André Meinunger, Barbara Stiebels, Rosemarie Tracy, Hubert Truckenbrodt: *Das mehrsprachige Klassenzimmer. Über die Muttersprachen unserer Schüler.* Springer VS Berlin, Heidelberg 2014. 29,95 Euro



im Deutschen werden können. Zahlreiche Randbemerkungen erläutern an Beispielen oder auch an Zungenbrechern in der jeweiligen Sprache spezifische Aspekte. Einzelne kleine Aufgaben oder Rätsel werden am Ende eines Kapitels gelöst. Zu Beginn der Kapitel sind in den Randbemerkungen als Anknüpfungspunkte berühmte Persönlichkeiten aus den verschiedenen Ländern benannt. Viele weitere Anregungen und Ideen verbergen sich in den Randbemerkungen, die im Unterricht Verwendung finden können.

Auch die Lehrerinnen und Lehrer des herkunftsprachlichen Unterrichts erhalten in dem Kapitel ihrer eigenen Muttersprache Anregungen für ihren Unterricht in unseren Schulen. Wir können vieles über vertrautere Sprachen entdecken, aber auch die Kapitel über das Chinesische oder Koreanische verdeutlichen die Vielfalt der menschlichen Sprachen und Schriften und stärken das Bewusstsein, dass das vermeintlich Selbstverständliche in der eigenen Sprache in anderen Sprachen oft nicht selbstverständlich oder allgemeingültig ist

So werden auch unsere Kenntnisse über die deutsche Sprache neu eingeordnet. Deutsch wird mit anderen Sprachen verglichen, um einige spezifische deutsche Eigenarten zu verstehen.

Hervorgehoben wird die Bedeutung der Lautschrift, denn sie kann in der Schule eine wichtige Hilfe sein. Systematisch wird in allen Kapiteln informiert, wie verschiedene Sprachen Laute, Wörter und Sätze bilden und verwenden. Der jeweilige Wortschatz wird betrachtet in Bezug auf den Einfluss durch andere Sprachen.

Sprachen der Welt

Expertinnen und Experten für die wichtigsten Sprachen im „mehrsprachigen Klassenzimmer“ stellen die folgenden Sprachen und ihre Besonderheiten der jeweiligen Schrift, Aussprache, Grammatik und Wortstellung vor: Deutsch, Polnisch und Tschechisch, Englisch, Türkisch, Arabisch und Hebräisch, Persisch und Kurdisch, Bosnisch, Kroatisch, Serbisch und Bulgarisch, Russisch und Ukrainisch, Vietnamesisch und Chinesisch, Japanisch und Koreanisch, Hindi und Urdu, Romani, Französisch, Italienisch und Rumänisch, Spanisch und Portugiesisch, Albanisch sowie Griechisch (in der Reihenfolge des Inhaltsverzeichnisses)



Inklusion und Sprache

Sich mit diesem Buch zu beschäftigen, bedeutet, sich für Inklusion einzusetzen. Ausgegrenzt und ausgeschlossen wird im deutschen Schulsystem nicht alleine auf Grund körperlicher oder geistiger Beeinträchtigungen. Unterschiedliche Voraussetzungen sind bei den Schülerinnen und Schülern in vielerlei Hinsicht vorhanden, so durch die soziale Herkunft oder eben auch durch unterschiedliche Erstsprachen. Gerade die Sprache wird zum Kriterium einer vermeintlich erfolgreichen Schullaufbahn gemacht, und zwar einseitig als Beherrschung der deutschen Sprache.

Schulen sollten verstärkt von ihren Möglichkeiten Gebrauch machen, Diskriminierungen ihrer Schützlinge zu mindern, wenn sie Deutsch nicht als Muttersprache sprechen. Das können sie, wenn sie den Deutschunterricht zu einem Sprachunterricht umgestalten, der Sprachen ganz allgemein die nötige Aufmerksamkeit verschafft. Dann wird dabei auch die Rolle der Lehrenden verschoben, da sie nicht als Expertinnen und Experten für Albanisch, Hindi, Spanisch oder Türkisch agieren können, sondern hier ihre Schülerinnen und Schüler diese Aufgabe – sicher mit Stolz und natürlich mit Unterstützung – übernehmen würden. Das gemeinsame Lernen aller Beteiligten rückt in den Mittelpunkt. Die Lehrerinnen oder Lehrer haben die Aufgabe, derartige Lernprozesse zu initiieren und zu ermöglichen. Vor einem derartig offenen

Hintergrund kann der Deutschunterricht nur gewinnen.

Was hat das mit Inklusion zu tun? Sehr viel, denn die Andersartigkeit oder auch Einzigartigkeit wird von einem Problem zu einem positiven Unterrichtsgegenstand. Klar ist, dass bei einem derartigen Sprachunterricht nicht alle das Gleiche lernen werden, denn die Voraussetzungen sind unterschiedlich. Geht es zum Beispiel um Spanisch, ist das für einen portugiesischsprachigen Schüler von anderer Bedeutung als für eine türkischsprachige Schülerin. Dass dabei die allgegenwärtige Diskriminierung in der Gesellschaft auf Grund der Sprache ebenfalls thematisiert wird, ist naheliegend. Dass es gerade hier in Deutschland viel zu lernen gibt, wird deutlich, wenn wir uns vor Augen führen, wie wenig bekannt es ist, dass in Deutschland anerkannte Minderheiten wie Sorben, Friesen, Dänen oder Sinti und Roma jeweils auch ihre eigenen Sprachen sprechen.

Das Buch stimmt mich optimistisch, dass in den nächsten Jahren und Jahrzehnten überall in Deutschland mehrsprachige Klassenzimmer neue Akzente und Normen für unseren Schulalltag schaffen werden, und ich bin gespannt auf die Erfolge, die dabei erzielt werden.

Christoph Ortmeier

Chris Ortmeier unterrichtete über 40 Jahre an Grundschulen in Frankfurt und ist seit 2015 pensioniert.

Vor 75 Jahren: Ermordet in Hadamar

1941 wurden in Hadamar über 10.000 behinderte Menschen getötet

Vor 75 Jahren, am 18. März 1941, wurde Kurt Bauer aus Kelsterbach bei Frankfurt in der Landesheilanstalt Hadamar ermordet. Am 21. März 2016, 75 Jahre nach dem Tod des behinderten jungen Mannes wurde vor seinem Elternhaus in Kelsterbach ein Stolperstein verlegt.

Kurt Bauer war einer von über zehntausend Menschen die in nur acht Monaten zwischen dem 13. Januar und dem 1. September 1941 in der Gaskammer der Landesheilanstalt Hadamar getötet wurden. Mit der Erprobung der Ermordung durch Gas und dem Einsatz gewissenloser Ärzte und medizinischer Hilfskräfte, deren Namen man später in den Personalverzeichnissen der Vernichtungslager im Osten wieder findet, war die „Aktion T4“ der Vorlauf für den industriell organisierten Massenmord an den europäischen Juden. Auf Befehl Hitlers wurden zwischen Januar 1940 und August 1941 rund 70.000 behinderte, kranke und alte Menschen ermordet, weil sie als „lebensunwert“ oder „minderwertig“ galten. Die Organisationszentrale des Massenmords befand sich in Berlin in der Tiergartenstraße 4. Von dieser Adresse leitete sich der Tarnname „Aktion T4“ ab, der auch heute in wissenschaftlichen Publikationen verwendet wird.

Wie die Feindschaft gegen Juden fiel auch die Ausgrenzung und Tötung von behinderten Menschen durch die

Der Stolperstein für Kurt Bauer wurde am 21. März 2016 vor seinem Elternhaus in Kelsterbach verlegt.



Nazis nicht vom Himmel. Schon 1920 forderten die Professoren *Karl Binding* und *Alfred Hoche* wie andere Ärzte, Psychologen, Juristen und Theologen in ihrem Buch „die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens“.

Schon kurz nach der Machtübernahme durch die NSDAP wurde am 14. Juli 1933 das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ erlassen. Das Gesetz ermöglicht eine zwangsweise Sterilisation von Menschen mit vermeintlich erblichen Krankheiten. Insgesamt wurden in den nächsten Jahren bis zu 400.000 Männer und Frauen zwangsweise sterilisiert, wobei über 6.000 Menschen zu Tode kamen. Dazu gehörten auch junge Menschen, die eine „Hilfsschule“ besuchten, Menschen, die als „asozial“ galten oder sonst nicht in das Menschenbild der Nationalsozialisten passten.

Fast gleichzeitig traten am 15. September 1935 und am 18. Oktober 1935 zwei Gesetze in Kraft, die zeigen, wie eng die Ermordung von Behinderten und die Judenverfolgung im nationalsozialistischen Deutschland verknüpft sind:

- Nach dem „Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ vom 15. September 1935 waren Eheschließungen und außerehelicher Verkehr „zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen Blutes“ verboten und strafbar.
- Nach dem Gesetz „zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes“ vom 18. Oktober 1935 war die Eheschließung von Menschen mit einer Erbkrankheit oder geistigen Behinderung mit gesunden und nichtbehinderten Menschen verboten.

Berlin, Tiergartenstraße 4

Der Massenmord an Behinderten, Kranken und Alten, „Hilfsschülern“ und „Asozialen“ wurde bürokratisch organisiert. Überall in Deutschland wurden Krankenhäuser und Pflegeanstalten angewiesen, die Kranken auf speziellen Meldebögen zu erfassen. Nur wenige Krankenhausleitungen weigerten sich, die Unterlagen bereitzustellen. Von der

T4-Zentrale beauftragte Ärzte bearbeiteten hunderte von Krankenakten pro Tag und entschieden im Schnellverfahren, wer zur Tötung bestimmt war.

Sechs große Landeskrankenhäuser, die alle Teile des Deutschen Reichs abdeckten, wurden als Tötungsanstalten ausgewählt. Andere Krankenhäuser und Pflegeanstalten wurden zu Zwischenanstalten, um die Verlegung der Kranken in die Tötungsanstalten besser geheim halten zu können und die Angehörigen, die ihre Verwandten besuchen wollten, in die Irre zu führen. Graue Busse mit verhängten Scheiben brachten die Kranken von den Zwischenanstalten in die Tötungsanstalten. In Hessen wurden in der Landesheilanstalt in Hadamar in einer für diesen Zweck errichteten Gaskammer zwischen Januar und August 1941 über 10.000 Menschen ermordet. Zu den Zwischenanstalten in der näheren Umgebung gehörten auch die Heime in Scheuern, in denen Kurt Bauer aus Kelsterbach seit 1937 lebte.

Die Sterbeurkunden der Sonderstandesämter waren standardisiert, die Namen der Standesbeamten waren erfunden, die Ermordeten wurden unmittelbar nach der Tötung verbrannt. Insgesamt wurden in den Tötungsanstalten Grafeneck, Brandenburg, Bernburg, Hadamar, Hartheim und Sonnenstein von Januar 1940 bis August 1941 über 70.000 Menschen ermordet.

Doch die Geheimhaltung war nicht möglich. Angehörige fragten nach dem Schicksal ihrer Verwandten, schrieben Briefe, weil ein Verwandter, den sie noch wenige Tage vorher bei guter Gesundheit angetroffen hatten, wenige Tage später an Lungentuberkulose gestorben war. Auch den Einwohnern aus Hadamar fielen die grauen Busse und der Rauch über der Heilanstalt auf.

Am 13. August 1941 schrieb der Limburger Bischof *Antonius Hilfrich* in einem Brief an den Reichsjustizminister:

„Öfter in der Woche kommen Autobusse mit einer größeren Anzahl solcher Opfer in Hadamar an. Schulkinder der Umgebung kennen diese Wagen und reden: ‚Da kommt wieder die Mordkiste.‘ Nach der Ankunft solcher Wagen beobachten dann

die Hadamarer Bürger den aus dem Schlot aufsteigenden Rauch.“

Auch nach dem Stopp der „Aktion T4“ ging die Tötung „Lebensunwerten Lebens“ weiter, durch Giftspritzen, durch Verhungern oder durch fehlende Hilfeleistungen. Die Gesamtzahl der Ermordeten wird auf 200.000 geschätzt.

Ein Schicksal aus Hessen

Karl Bauer wurde als Werksleiter der Glanzstofffabrik 1935 nach Kelsterbach versetzt. Dort starb er nach nur 14-monatiger Tätigkeit Anfang 1937 im Alter von 48 Jahren. Seine Frau Marie Bauer stand allein mit vier Kindern: Kurt war 17 Jahre alt, Heinz 14, Walter 6 und Horst 3 Jahre alt. Kurt, der älteste Sohn, wurde mit einer Kiefergaumenspalte geboren. Er wurde insgesamt dreimal operiert, immer von den besten Fachärzten dieser Zeit: im Alter von 18 Monaten durch Professor Beck im Städtischen Krankenhaus Karlsruhe, im Alter von 30 Monaten in Düsseldorf durch Dr. Lindemann und noch einmal 1934 im Alter von 15 Jahren durch Professor Wolfgang Rosenthal in Leipzig. Rosenthal wurde für seine Leistungen als Spezialchirurg für Lippen-Kiefer-Gaumen-Fehlbildungen vielfach ausgezeichnet und ist heute Namensgeber der Wolfgang-Rosenthal-Gesellschaft, einer Selbsthilfevereinigung für Lippen-Gaumen-Fehlbildungen. In der NS-Zeit wurde Rosenthal, der zunächst selbst der NSDAP und der SS angehörte, wegen seiner vermeintlichen jüdischen Herkunft mit einem Berufsverbot belegt.

Marie Bauer wollte, dass ihr Sohn Kurt eine Gärtnerlehre macht, doch der Gärtner, bei dem sie ihn vorstellte, war, so erinnert sich sein jüngster Bruder Horst heute, ein „hundertprozentiger Hakenkreuzler“, der den behinderten

jungen Mann ablehnte. Kurz nach dem Tod ihres Mannes entschied sich Marie Bauer, ihren ältesten Sohn in die Obhut der Erziehungs- und Pflegeanstalt Scheuern in der Nähe von Limburg zu geben. In dem Heim der Inneren Mission gab es auch ein landwirtschaftliches Lehrlingsheim. Ob Kurt dort eingesetzt wurde, ist unbekannt.

Als erstes Heim der Inneren Mission wurde die Anstalt in Scheuern der Verwaltung durch die NS-Behörden unterstellt und dem „Führerprinzip“ unterworfen. Aber bereits seit 1934 wurden auch in Scheuern mindestens 110 Bewohner zwangsweise sterilisiert. Von Mitte 1940 an wurden auch an die Anstalt Scheuern Meldebögen versandt, auf denen die Bewohnerinnen und Bewohner der Heime erfasst wurden.

Im Mai 1941 erhielt Marie Bauer die Mitteilung der „Landes-Heil- und Pflegeanstalt Sonnenstein“ bei Pirna an der Elbe, dass ihr Sohn Karl Kurt Bauer „am 8. Mai 1941 unerwartet an einer durch eine Lungentuberkulose hervorgerufenen Lungenblutung verstorben ist“. Nach dem am selben Tag ausgefertigten Schreiben der Anstaltsleitung sei er „vor kurzem auf ministerielle Anordnung gemäß Weisung des Reichsverteidigungskommissars“ in die Anstalt verlegt worden. Der Leichnam sei „aufgrund von behördlichen Anordnungen, die mit Kriegsmassnahmen in Verbindung stehen“, umgehend eingäschert worden. Die „Einverständniserklärung der Angehörigen“ sei nicht erforderlich gewesen. Die Urne könne auf Wunsch kostenlos überführt werden, ansonsten werde sie die Anstalt „anderweitig beisetzen lassen“.

Ort, Datum und Ursache des Todes von Kurt Bauer waren wie in allen anderen Fällen gefälscht, um die Angehörigen zu täuschen. Die Gedenkstätte



Kurt Bauer (links) mit seinem 1942 im Alter von 20 Jahren gefallenen Bruder Heinz.

Hadamar konnte aus ihren Akten das tatsächliche Schicksal von Kurt Bauer rekonstruieren:

„Mit dem ersten Transport von Scheuern nach Hadamar wurde auch Kurt Bauer am 18. März 1941 mit 36 weiteren Patienten aus Scheuern sowie 98 Patienten aus Weilmünster nach Hadamar gebracht. Die Patienten eines solchen Transports wurden in der Regel am Tag der Ankunft in die im Keller der Anstalt befindliche Gaskammer geschickt und ermordet. Der 18. März 1941 ist deshalb als der Todestag von Kurt Bauer anzusehen.“

Bis zum 23. Juli 1941 folgten neun weitere Transporte aus Scheuern nach Hadamar. Dabei wurden insgesamt 658 Menschen, die schon länger in Scheuern wohnten oder vorübergehend dort untergebracht waren, nach Hadamar gebracht und dort ermordet.

Harald Freiling

Gedenkstätte Hadamar: Angebote für Schulklassen

Die Gedenkstätte Hadamar ist von Dienstag bis Donnerstag von 9 bis 16 Uhr und freitags von 9 bis 13 Uhr geöffnet und an jedem ersten und dritten Sonntag im Monat von 14 bis 17 Uhr. Um 14.30 Uhr findet dann eine öffentliche Führung statt.

Während der regulären Öffnungszeiten können die Ausstellungen, die Kellerräume mit der ehemaligen Gaskammer, die frühere „T4“-Busgarage und der Friedhof besucht werden. Für

Gruppen werden Führungen und Studientage angeboten. Es wird gebeten, Gruppenbesuche frühzeitig anzumelden.

• Informationen über Führungen und Studientage und theaterpädagogische Angebote für Schulklassen findet man unter www.gedenkstaette-hadamar.de > Besucherinfos. Kontakt und Anfragen zu museumspädagogischen Angeboten: gedenkstaette-hadamar@lwv-hessen.de

Zum Weiterlesen:

Götz Aly: Die Belasteten. „Euthanasie“ 1933–1945. Eine Gesellschaftsgeschichte. Fischer Taschenbuch. Frankfurt 2012
Ernst Klee: „Euthanasie“ im NS-Staat. Die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“. Fischer Taschenbuch. Frankfurt 1983
„Verlegt nach Hadamar“ – Die Geschichte einer NS-„Euthanasie“-Anstalt. Begleitband zu einer Ausstellung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen. Kassel 4. Auflage 2009



Kommen und Gehen

Land-Art-Objekte auf dem Urwaldsteig am Edersee

Glasziegel. Glasziegel, eingelassen in den Erdboden. Auf etwa drei Quadratmetern eine Fülle von Glasziegeln, angeordnet nach einem bestimmten System. Können Sie sich das vorstellen?

Man sieht durch diese Ziegel hindurch, also in die Erde hinein, 10 bis 15 Zentimeter tief, und entdeckt eine Flora, die sich normalerweise unterhalb der Oberfläche des Waldbodens befindet und deshalb nicht zu sehen ist.

Ich stoße auf diese Einblicke in das Innere des Erdbodens auf dem *Urwaldsteig*, der in etwa 70 Kilometern rund um den Edersee führt. Diese Glaszie-

gel sind Bestandteil der Kunstinstallation „Kommen und Gehen“ des japanischen Künstlers *Yusuke Sasaki*, der in Berlin und Tokio lebt. „Kommen und Gehen“ ist die letzte Station der zehn „Land-Art-Objekte“, die als Ensemble ein Gesamtkunstwerk darstellen, das nach Auskunft des Kurators *Gerhard Hesse* eine Verbindung zwischen Kunst und Natur im Nationalpark Kellerwald-Edersee herstellen soll. Die Installation „Kommen und Gehen“ befindet sich keine 200 Meter abseits vom Urwaldsteig in der Nähe des Parkplatzes Kirchweg.

es Leben hervorbringt“ (*Yasuke Sasaki*), erfahrbar machen. Ich habe diesen Ort zufällig entdeckt, denn man ist ja nicht immer in der Stimmung, den Wanderweg zu verlassen, um einem Hinweisschild zu folgen. Nur 200 Meter bis zum *Christians Eck*? Das mag den Ausschlag gegeben haben.

Ich habe an diesem Aussichtspunkt eine ganze Weile verbracht, abwechselnd den Rundblick genießend, dann wieder das unvertraute Pflanzenwerk unter den Ziegeln bestaunend. An dieser Kunstinstallation wird exemplarisch erfahrbar, was die am *Warzenbeiber Kunstweg* beteiligten Künstlerinnen und Künstler intendieren. Sie wollen auf diesen zehn Stationen des Weges den Naturraum in einen Kunstraum verwandeln, wie es der Kurator *Gerhard Hesse*, der selbst mit zwei Kunstobjekten („Der Anfang“ und „Edertal-Wellen: Die Gedanken sind frei“) vertreten ist, formuliert. Durch die Kombination von Kunst- und Naturraum werden Menschen in unterschiedlicher Weise angesprochen, „denn wer sich bewegt, kann sich bewegen lassen“. Die Kunstobjekte greifen Themen aus dem Spektrum der Natur auf. *Franz Mathias Kronibus* aus Kassel will mit seinen „Wandersteinen“ den Widerstreit zwischen Mensch und Natur zeigen. Den Wind thematisiert *Reta Reinl* aus Lichtenfels-Sachsenberg mit einem „Windturm“ und das Phänomen Licht *Kordula Klose* aus Calden-Fürstenwald mit ihrem „Lichthaus“. Weitere Beispiele sind ein „Naturbusen“ zu den Themen Nahrung und Speisung von *Reinhard Mikel* aus Kukmirn (Burgenland), „Gebärtunnel“ zum Thema Wachsen von *Walter Leo Händler* aus Walbersdorf (Burgenland) und „Urbanes Leben“ zum Thema Stadt von *Klaus Ludwig Kerstinger* aus Wien. Als Ermutigung wie behutsame Ermahnung können *Gerhard Hesses* „Edertal-Wellen“ stehen, deren Thema die Gedankenfreiheit ist. *Hesse* und die anderen Künstler erhoffen sich, dass Wanderer, die wie ich zufällig vorbeikommen, oder ausdrückliche Besucher des Kunstweges einen anderen, einen für sie vielleicht neuen Zugang zur Natur finden und zur Auseinanderset-

Panoramablick im Kellerwald

Vom Urwaldsteig führt ein schmaler Pfad zum sogenannten *Christians Eck*, einem besonders eindrucksvollen Aussichtspunkt im Kellerwald. Am *Christians Eck* – es fehlt eine Informationstafel, die dem Wanderer die Bedeutung der Bezeichnung erklärt – bietet sich wie beim Blick durch ein Riesenbrennglas das typische Panorama der Landschaft im Nationalpark Kellerwald.

Das Ineinanderfließen von Bergkuppen, Bergrücken, bewaldeten Hängen, sanften Mulden, schroffen Abbrüchen, Schluchten, Steilhängen und Felsnasen, eine vielfältige Bilderbuchnatur, die sich in unterschiedlichen Facetten auf dem Urwaldsteig um den Edersee präsentiert, wenn man nur immer mal wieder innehält, das Auge ruhen, achtsam wandern lässt.

Die Kunstinstallation von *Yusuke Sasaki* erweitert diese imponierenden Eindrücke auf verblüffende und erstaunliche Weise. Mit den „Glasziegeln“ bietet der Künstler eine Art Herbarium mitten in der Natur, welches das Augenmerk des Betrachters auf das Innenleben der Erde richtet. Die in den Waldboden eingelassenen Glasziegel ermöglichen es, die sichtbare Natur und die unter der Oberfläche befindliche Natur, die dem Auge ansonsten verborgen ist, gleichzeitig erlebbar zu machen. Der Künstler will so „den Kreislauf der Natur, in dem alle natürlichen Materialien wieder zur Erde werden und die Erde selbst wieder neu-



zung mit der Natur durch diese Art von Kunst bewegt werden. Hesse verweist auf die Gefahr, dass Natur durch zivilisatorische Eingriffe des Menschen immer mehr aus der Balance gerät und zerstört wird. Mithilfe der Kunst, so wie er sie versteht, will er diese Bedrohung sichtbar machen.

Natur Natur sein lassen

Im Nationalpark Kellerwald-Edersee soll unter dem Motto „Natur Natur sein lassen“ Wildnis von morgen entstehen. Zu dieser Zielsetzung passt der *Warzenbeißer Kunstweg* in hervorragender Weise. Der Warzenbeißer, eine für den Laien irritierende Bezeichnung, ist übrigens eine Langfühlerschrecke, die zu den Kostbarkeiten des Nationalparks gehört, weil sie sehr selten vorkommt. Der Warzenbeißer hat lange Fühler und könnte sich, das ist wohl die Idee hinter der Namensgebung, dank seiner Sprungfüße und Flügel mühelos von einem Objekt zum anderen bewegen und so, wenn er nur wollte, den Besucher entlang der Stationen der „Land-Art-Objekte“ geleiten.

Ich traf auf diesen Kunstweg am dritten Tag meiner Wanderung auf dem Urwaldsteig, und er animierte mich zu einer bewussteren Wahrnehmung der Phänomene in der Natur. Der Urwaldsteig ist in drei Tagen locker zu bewältigen. In meinem Hotel in Waldeck („Waldhotel Wiesemann“), von dem aus ich startete, wird der Service angeboten, dass man nachmittags von da abgeholt wird, bis wohin man es auf der Tagestour geschafft hat, und am nächsten Morgen wird man mit dem Auto an genau diesem Punkt wieder abgesetzt und kann von dort aus die Wanderung fortsetzen. Auf der Hin- und der Rückfahrt bekam ich vom Fahrer, der gleichzeitig Koch und Chef des Hotels ist, eine Fülle von Informationen zum Edersee. Dass der Ort Bringhausen samt Kirche vor dem Bau der Edertalsperre um das Jahr 1906 abgebaut und weiter oben wieder aufgebaut wurde, wie hoch der Wasserstand des Edersees in etwa zu verschiedenen Jahreszeiten ist, in welchen Abschnitten des Edersees man Rotaugen, Zander, Barsch, Hecht, Karpfen oder Aal angeln kann.

Ein kleines Abenteuer möchte ich zum Abschluss des Berichts erzählen. Es war oberhalb vom Nationalparkzentrum Kellerwald, auf dem Teilstück zum Parkplatz Hagenstein und

anschließend zur Himmelsbreite, wo Wegweiser die Fortsetzung des Urwaldsteigs Richtung Asel-Süd anzeigen. Keine Ahnung, ob ich kurzzeitig vom Urwaldsteig abgekommen war. Manchmal gibt es größere Abstände zwischen den einzelnen Markierungen, sodass man schon mal vom eigentlichen Weg abkommen kann. Auf alle Fälle sollte mein Weg, auf dem ich mich befand, zum Hagenstein (374 m) führen, und über diesen führt auch der Urwaldsteig, so dass ich nicht beunruhigt war.

Auf dem Weg zur Himmelsbreite

Zu Beginn des Weges wies eine Informationstafel darauf hin, auf diesem Teilstück seien Forstarbeiten tabu, hier solle die Natur sich ohne jeglichen Eingriff des Menschen entwickeln können. Demnach kann auf Dauer etwas entstehen, was einem „Urwald“ ähnelt. Ansonsten ist der Begriff *Urwaldsteig*, wiewohl attraktiv durch all die Konnotationen, die er auslöst, ziemlich hochgegriffen, denn die Wege sind gepflegt, der Wegverlauf ist gut kenntlich und in einem Urwald sähe es in dieser Hinsicht ein wenig anders aus. Doch auf dem Teilstück, auf dem ich mich befand, soll Urwald ansatzweise erlebbar sein. Totholz wird nicht beseitigt. Umgestürzte Bäume bleiben liegen, Äste, die herabfallen, gleichfalls. Auf dem Schild wurde darauf aufmerksam gemacht, dass es auf diesem Weg beschwerlich und gefährlich werden könne. Bei starkem Wind, gar Sturm solle man keinesfalls diesen Weg begehen. Ich fing gerade an, mich in der Fantasie mit der Frage zu beschäftigen, was der Wanderer bei einem unerwarteten Auftreten eines Sturms unternehmen könne, da wurde es für mich durch kreuz und quer über den Weg liegende Bäume, Äste, Gestrüpp derartig mühsam, dass von Wandern keine Rede mehr sein konnte. Es begann eine abenteuerliche Kletterei, die mir zunehmend ungemütlich vorkam. Also schaue ich nach Möglichkeiten, all diesen im Weg liegenden Hindernissen auszuweichen. Dadurch muss ich vom Weg abgekommen sein, was mich zunächst nicht weiter störte, weil es kurzzeitig nicht mehr ganz so anstrengend war, das Gehen, und ich die Hoffnung hatte, über kurz oder lang irgendwie auf den Weg zurückzufinden. Pustekuchen! Der Wanderweg blieb unauffindbar. Plötzlich ohrenbetäubendes Krachen. Ach du liebe Güte!



Ein Baum war zusammengekracht. Es war doch aber gar kein starker Wind! Oder? Ängstlich guckte ich nach oben, musterte die Bäume, die Baumwipfel. Bogen die sich? Ist es denn möglich, dass diese Riesenbäume bei solchen Verhältnissen plötzlich zusammenbrechen? Dies schreibend puste ich einiges an Luft aus der Lunge. Angst? Ein Gefühl wachsender Unsicherheit auf alle Fälle. Eine heikle Situation. Wie auf den Weg, einen einigermaßen sicheren Weg zurückfinden?

Na ja, es war dann doch alles halb so schlimm. Plötzlich tauchte ein Waldarbeiter auf. Der hatte einen Baum gefällt. Kurzes Gespräch. Er zeigte mir den Weg zur „Himmelsbreite“. Konnte ich in dem Moment gebrauchen, diese Breite des Himmels.

Die intensiven Gefühle sind es, die dem menschlichen Gedächtnis nachhelfen.

Thomas Adamczak

Arbeitsplatz Schule

Im Blickpunkt: Teilzeitbeschäftigung für Lehrkräfte

In diesen Tagen wird die GEW Hessen ihre aktualisierte Standardbroschüre „Arbeitsplatz Schule“ an die GEW-Kreisverbände ausliefern. Rüdiger Bröhling, Kathrin Kummer und Annette Loycke, die in der Landesgeschäftsstelle der GEW kompetent und engagiert die Bereiche Arbeits- und Sozialrecht, Tarif und Besoldung sowie Schul- und Dienstrecht „beackern“, haben in bewährter Form alle wesentlichen Informationen zum „Arbeitsplatz Schule“ aktualisiert und überarbeitet. Dabei orientieren sie sich an den Anfragen von GEW-Mitgliedern und Personal-

räten, die täglich in der Landesgeschäftsstelle eingehen. Außerdem können sie auf die vielen Sonderinfos der Landesrechtsstelle zurückgreifen, die für GEW-Mitglieder im Mitgliederbereich der GEW-Homepage in den Abteilungen „Recht“ und „Tarif und Besoldung“ verfügbar sind. Die Themen reichen von der Verbeamtung auf Lebenszeit über die Regelungen zu Elternzeit und Elterngeld bis zu den Rechten der Gesamt- und Schulkonferenzen. Im Folgenden drucken wir das Kapitel zur „Teilzeitbeschäftigung von Lehrkräften“ ab.

Teilzeitbeschäftigung ist nach den beamtenrechtlichen Regelungen aufgrund zweier verschiedener Regelungen möglich: aufgrund familienpolitisch orientierter Zielsetzungen oder wegen individueller, voraussetzungsloser Wünsche. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besteht nach dem Tarifvertrag ebenfalls die Möglichkeit der Teilzeit auf Antrag. Die Regelungen der Teilzeitbeschäftigung gelten auch für Be-

amtinnen und Beamte auf Probe sowie für Funktionsstelleninhaberinnen und Funktionsstelleninhaber. Im zweiten Fall muss dann auch der Arbeitszeitanteil für die Funktionsstelle reduziert werden.

Anträge und Fristen

Anträge auf Teilzeitbeschäftigung sind auf dem Dienstweg mit dem durch das

Schulamt zur Verfügung gestellten Formular einzureichen. Aus dienstlichen Gründen wird Teilzeitbeschäftigung nur zu Beginn des Schuljahres oder Schulhalbjahres genehmigt. Etwas anderes gilt nach Beendigung einer Elternzeit.

Im Interesse einer mittelfristigen Personalplanung wird grundsätzlich verlangt, den Antrag mindestens sechs Monate vor dem gewünschten Beginn der Teilzeitbeschäftigung zu stellen, es sei denn, es liegen dringende persönliche Gründe vor. Daher ergeben sich der 31. Januar und der 31. Juli als Stichtage, um zum nächsten Schulhalbjahr, d.h. ab dem 1. August oder 1. Februar, die Teilzeit anzutreten.

Die voraussetzungslose Teilzeit kann versagt werden, wenn dienstliche Gründe entgegenstehen, eine Teilzeit aus familiären Gründen, d.h. zur Betreuung von Kindern unter 18 Jahren oder pflegebedürftigen Angehörigen, nur, wenn dagegen dringende dienstliche Gründe bestehen.

Beamtenrechtliche Regelungen

Bei Beamtinnen und Beamten muss die voraussetzungslose Teilzeit mindestens eine halbe Stelle umfassen. Die Untergrenze der Teilzeit aus familiären Gründen beträgt 15 Zeitstunden. Bei Lehrkräften unter 50 bedeutet dies einen Teilzeitumfang von 35,71% einer vollen Stelle.

Während es für die voraussetzungslose Teilzeit keine Höchstdauer gibt, kann die Teilzeit aus familiären Gründen nur für eine begrenzte Zeit in Anspruch genommen werden. Die genauen Regelungen können der Tabelle „Teilzeit und Beurlaubung nach dem hessischen Beamtenrecht“ entnommen werden.

Möglichkeiten der Teilzeitbeschäftigung für Beamtinnen und Beamte

Tatbestand	Voraussetzungen	Höchstdauer	Kumulation
Teilzeit mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit (§ 62 Abs.1 HBG) (1)	keine	unbegrenzt	
Teilzeit aus familiären Gründen mit mindestens der Hälfte der regulären Arbeitszeit (§ 63 Abs.1 HBG) (2)		unbegrenzt	
Teilzeit aus familiären Gründen mit weniger als der Hälfte, mindestens 15 Zeitstunden (bei Beamten unter 50 Jahren = 35,71%) (§ 63 Abs.3 HBG) (2)	Betreuung oder Pflege eines Kindes unter 18 oder eines pflegebedürftigen Angehörigen	17 Jahre	mit Beurlaubungen und unterhältiger Teilzeit nicht mehr als 17 Jahre; eine unterhältige Teilzeitarbeit während der Elternzeit bleibt unberücksichtigt
Teilzeit im Vorbereitungsdienst (§ 63 Abs.2 HBG) (2)		im 1. und 2. Hauptsemester (3)	

(1) soweit dienstliche Belange nicht entgegenstehen

(2) wenn zwingende dienstliche Belange nicht entgegenstehen

(3) Für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst ist eine Reduzierung um ein Drittel oder um die Hälfte mit einer entsprechenden Verlängerung des Vorbereitungsdienstes möglich (Erlass des HKM vom 25.1.2015).

Nebentätigkeiten sind teilzeitbeschäftigten Beamtinnen und Beamten nur in dem Umfang wie Vollzeitbeschäftigten erlaubt.

Umfang der Dienstpflichten

Bei teilzeitbeschäftigten Lehrkräften wird die Unterrichtsverpflichtung entsprechend dem Umfang der Teilzeitbeschäftigung reduziert. Ein zentrales Problem bei der Arbeitszeit von teilzeitbeschäftigten Lehrkräften liegt im Bereich der „nicht messbaren“ Arbeitszeit, auch „außerunterrichtliche Verpflichtungen“ genannt. Teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte haben hier einen Anspruch, bei bestimmten Aufgaben nur proportional belastet zu werden. Ziel muss sein, dass teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte insgesamt nur auf dem Teilzeitebene arbeiten, für das sie bezahlt werden. Das ist bislang durch die Überbelastung bei den außerunterrichtlichen Aufgaben nicht der Fall.

Unterschieden wird zwischen Dienstpflichten, die nur anteilig übernommen werden müssen, und Dienstpflichten, die trotz Teilzeitbeschäftigung zunächst in vollem Umfang übernommen werden müssen. Entlastungsmöglichkeiten sollten in beiden Fallgruppen verhandelt werden.

- **Unteilbare Dienstpflichten:** Es gibt bestimmte Arbeitsbereiche, die sich schwer nur anteilig wahrnehmen lassen. Eine Teilnahme an Konferenzen kann nicht sinnvoll auf die Hälfte beschnitten werden. Ebenso müssen Prüfungsaufgaben vollumfänglich wahrgenommen werden. Auch die Teilnahme an Dienstgesprächen kann nicht anteilig reduziert werden. Grundsätzlich wird in der Rechtsprechung bei dem Thema Arbeitszeit von Lehrkräften immer mehr die gesamte Arbeitszeit in den Blick genommen, so dass Ausgleichsmöglichkeiten in anderen Arbeitsbereichen immer verhandelt werden sollten. Möglich wäre die Befreiung der teilzeitbeschäftigten Lehrkraft, Protokoll bei den Konferenzen zu schreiben.

- **Teilbare Dienstpflichten:** Zu den Dienstpflichten, die nur anteilig übernommen werden müssen, zählen unter anderem Pausenaufsichten, Mehrarbeit, Betreuung von Betriebspraktika, Projekttag und Projektwochen, Elternsprechtag und Klassenfahrten.

Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts soll der Zeitausgleich bei Klassenfahrten in der Regel in der Form stattfinden, dass teilzeitbeschäftigte verbeamtete Lehrkräfte proportional zum Umfang ihrer Teilzeitbeschäftigung geringer zu Klassenfahrten herangezogen werden sol-

len, als dies nach Maßgabe der schulischen Regelungen zu Art und Umfang der Klassenfahrten für vollzeitbeschäftigte Lehrkräfte der Fall ist. Auch bei den Dienstpflichten, die formal nur anteilig übernommen werden müssen (Elternsprechtag, Projektwochen), gibt es in der Praxis aber erhebliche Probleme. Die Herausforderung besteht darin, per Verhandlung mit der Schulleitung hier oder auch in anderen Arbeitsbereichen Entlastung zu erzielen. Fest steht, dass die einzelnen Aufgaben nur anteilig übernommen werden müssen, so dass es hier eine gute „Verhandlungsgrundlage“ gibt. Dafür gibt es auch gelungene Beispiele aus der Praxis:

- Die Anwesenheitspflicht bei Elternsprechtagen kann entsprechend der Stundenreduzierung ebenso reduziert werden: Teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte haben weniger Kurse und Klassen, dadurch weniger Schülerinnen und Schüler und auch weniger zu beratende Eltern.
- Zwei Lehrkräfte in Teilzeitbeschäftigung mit jeweils einer halben Stelle können gemeinsam ein Projekt anbieten oder eine teilzeitbeschäftigte Lehrkraft kann bei betreuungsintensiven Projekten zeitweise mitarbeiten.
- Die Betreuung von Schülerinnen und Schülern im Betriebspraktikum lässt sich gut auf zwei oder mehr Lehrkräfte aufteilen. Ist die teilzeitbeschäftigte Lehrkraft im entsprechenden Unterricht in Arbeitslehre, im Wahlpflichtbereich oder im Fach Politik und Wirtschaft eingesetzt, wird sie allerdings alle Praktikumsberichte bearbeiten und bewerten müssen.

Mehrarbeit

Lehrkräfte sind nach dem Hessischen Beamtengesetz zur Mehrarbeit verpflichtet, soweit „zwingende dienstliche Gründe dies erfordern“ (§ 61 HBG). Für Lehrkräfte wird der zeitliche Umfang von maximal fünf Zeitstunden in drei Unterrichtsstunden umgerechnet. Wird diese Stundenzahl überschritten, ist für die gesamte Mehrarbeit „entsprechende Dienstbefreiung zu gewähren“. Da ein solcher Ausgleich für Lehrkräfte nicht möglich ist, ist in diesem Fall die gesamte Mehrarbeit zu vergüten.

Für teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte gelten die folgenden Regeln:

- Bei teilzeitbeschäftigten Beamtinnen und Beamten ist die Mehrarbeit „anteilig entsprechend der bewilligten Arbeitszeit zu kürzen“ (§ 61 Satz 3



ARBEITSPLATZ SCHULE
RATGEBER FÜR DIE TÄGLICHE PRAXIS

Die Broschüre „Arbeitsplatz Schule“ geht in diesen Tagen allen Schulvertrauensleuten der GEW zu und kann bei den GEW-Kreisverbänden angefordert werden.

HBG). Wird der entsprechende Umfang überschritten, ist die gesamte Mehrarbeit bis zum Erreichen der vollen Stundenzahl gehaltsanteilig zu vergüten.

- Teilzeitbeschäftigte im Arbeitsverhältnis (Angestellte) sind nicht zur unentgeltlichen Mehrarbeit verpflichtet. Ab der ersten Überstunde ist für die gesamte Mehrarbeit der anteilige Stundenlohn zu bezahlen.

Gestaltung der Stundenpläne

Bei der Gestaltung der Stundenpläne ist auf die Belange der Teilzeitbeschäftigten Rücksicht zu nehmen, insbesondere auch, um dem Grundsatz des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes der Vereinbarkeit von Familie und Beruf Rechnung zu tragen. In einzelnen Schulamtsbereichen gelten besondere Richtlinien oder Dienstvereinbarungen. Auch die regionalen Frauenförderpläne einzelner Schulämter enthalten solche Empfehlungen.

Wir gratulieren im Mai ...

... zur 40-jährigen Mitgliedschaft:

Fritz Achberger, Nieste
 Christian Altmann, Eschborn
 Hans-Joachim Barth, Wiesbaden
 Beate Bauer, Rodgau
 Klaus Bauer, Rodgau
 Harriet Beier, Bad Camberg
 Barbara Bernzen, Marburg
 Ursula Brand, Heppenheim
 Rainer Burger, Weiterstadt
 Rolf-Ernst Dobischat, St. Toenis
 Wilma Flume, Kassel
 Uwe Franke, Darmstadt
 Folkhart Funk, Frankfurt
 Michael Gonszar, Frankfurt am Main
 Ute Greif-Mewes, Butzbach
 Michael Gros, Gelnhausen
 Inge Güntsche, Hanau
 Willi Hartung, Limburg
 Reiner Hofmann, Gründau
 Hannelore Hölscher, Kirchbrak
 Irmgard Jaedicke, Groß-Bieberau
 Monika Kress, Hofheim
 Barbara Kursch-Metz, Wabern
 Gisela Kurzawa, Kassel
 Ulrike Leichner, Nidderau
 Karla Lichtenberg-Schümer, Marburg
 Bettina Lorenz, Wartenberg
 Walter Ludwig, Gemünden
 Dr. Reinhold Lütgemeier-Davin, Kassel
 Ute Meissner-Ohl, Darmstadt
 Prof. Dr. Klaus Moegling,
 Immenhausen
 Dieter Morkel, Ober-Mörlen
 Konrad Müller, Korbach
 Marion Münch-Dressler, Neu-Isenburg
 Joachim Paech, Nidderau
 Dietmar Probsthain, Kassel
 Bettina Probsthain-Roos, Kassel
 Thomas Protz, Frankfurt
 Horst Reuschenbach, Frankfurt

Gudrun Riedel, Feldkrücken
 Reinhard Rother, Büttelborn
 Anneliese Schellstede, Frankfurt
 Dagmar Schimmelpfeng, Nidderau
 Ulrike Schneider, Bad Nauheim
 Dr. Hermann Schnorbach,
 Heppenheim
 Jürgen Schnücke, Friedrichsdorf
 Birgit Scholl, Darmstadt
 Nadja Stanko-Albrecht, Offenbach
 Ingrid Stegmann-Götz, Eschborn
 Barbara Stoklas, Lautertal
 Hiltrud Tempka-Kubbig, Wiesbaden
 Gerhard Volk, Bad Homburg
 Friderun von Dechend, Waldems
 Dieter Wagner, Allendorf
 Hans-Peter Wahrig, Wiesbaden
 Herbert Weny, Korbach
 Walter Wilhelm, Staufenberg
 Günter Wohland, Dieburg

... zur 50-jährigen Mitgliedschaft:

Karl-Michael Beltz, Gießen
 Georg Fülberth, Marburg
 Manfred Kling, Alsfeld
 Ferdinand Kosch, Lautertal

... zur 55-jährigen Mitgliedschaft:

Gabriel Auras, Bad Homburg
 Wolfgang Jost, Bad Homburg
 Judith Klein, Darmstadt
 Helga Manneck, Darmstadt
 Hartmut Schrewe, Marburg
 Erika Steinberg, Bebra

... zur 60-jährigen Mitgliedschaft:

Joachim Bierbaum, Buseck

... zur 65-jährigen Mitgliedschaft:

Matthias Koelmer, Calden

... zum 75. Geburtstag:

David Debney, Rauschenberg
 Dr. Egbert Jahn, Kelkheim
 Gerhard Jöckel, Dieburg
 Gerhard Jungermann, Buseck
 Orhan Kaya, Gießen
 Klaus Koch, Frankfurt
 Horst Kränzle, Riedstadt
 Joachim Pabst, Leipzig
 Ursula Rückert, Körle
 Elke Säuberlich, Lich
 Hans Steinbach, Wetzlar
 Peter Stoldt, Wanfried
 Peter Thornau, Laubach

... zum 80. Geburtstag:

Adelheid Appenheimer, Buseck
 Hilde-Julia Fletcher, Frankfurt
 Bettina Hechtenberg, Bad Orb
 Käte Klenk, Ahnatal
 Dr. Ursula Scheffer, Wiesbaden
 Friedrich Schüte, Bebra
 Dietlind Weiland, Marburg

... zum 90. Geburtstag:

Gerhard Thurn, Riedstadt

... zum 91. Geburtstag:

Kurt Engelmann, Merenberg
 Hans-Ludwig Groth,
 Butzbach-Hoch Weisel
 Karl-Heinz Hanitsch, Lauterbach
 Prof. Walter Sons, Kassel

... zum 93. Geburtstag:

Erika Steinberg, Bebra

... zum 95. Geburtstag:

Gertrud Tikwinski, Marburg

Vortrag über Geschlechterbilder

Der Frankfurter Arbeitskreis für Psychoanalytische Pädagogik (FAPP) startet eine Vortragsreihe über die empirische Forschung und psychoanalytische Betrachtung von Geschlechterbildern am Freitag, dem 27. Mai 2016, um 19 Uhr mit einem Vortrag von *Prof. Dr. Karin Flaake* über „Veränderte Geschlechterbeziehungen in Familien und neue Entwürfe von Weiblichkeit und Männlichkeit bei Töchtern und Söhnen“. Veranstaltungsort ist das Sigmund-Freud-Institut in Frankfurt (Myliusstraße 20).

Institut für Menschenrechte

Das Deutsche Institut für Menschenrechte veröffentlichte jetzt neue Materialien für die Menschenrechtsbildung von Jugendlichen und Erwachsenen. Die Bildungsmaterialien vermitteln Grundwissen über Menschenrechte, erklären das Menschenrechtssystem der Vereinten Nationen und zeigen auf, welche Rolle Menschenrechte im Alltag spielen. In sechs Modulen werden Themen wie Schutz vor Diskriminierung, Zugang zum Recht, Behinderung, Kinderrechte so-

wie Flucht und Asyl behandelt. Ein Glossar am Ende erläutert wichtige menschenrechtliche Fachbegriffe. Neben einführenden Texten und weiterführenden Informationen enthält jedes Modul Übungen und Arbeitsblätter. Die Bildungsmaterialien können in der Schule und in der außerschulischen Bildung in der Arbeit mit Jugendlichen ab 15 Jahren eingesetzt werden.

- Die Publikation zum Download findet man unter www.institut-fuer-menschenrecht.de.

Professor Dr. Hans Rauschenberger gestorben

Hans Rauschenberger, der überzeugte Streiter für ein längeres gemeinsames Lernen und eine Schule der Chancengleichheit, ist am 17. März in Frankfurt gestorben.

Rauschenberger wurde 1928 geboren und stammte aus der Gegend von Lörrach. Er studierte Philosophie und wandte sich nach Abschluss dieses Studiums der Pädagogik zu. Seine Schwiegermutter hatte ihm, dem promovierten Philosophen, empfohlen, die seinerzeit zweijährige Volksschullehrerausbildung an der Pädagogischen Hochschule Jugenheim zu machen und einen Broterwerb zu ergreifen, der Frau und Kinder ernähren könne. Seine berufliche Tätigkeit führte ihn zunächst als Lehrer an die einklassige Schule in Lützelbach im Odenwald, er wechselte danach an die Universität Frankfurt, wo er als Dozent und später als Professor tätig war. Ein Arbeitsschwerpunkt war hier die Untersuchung des Projektlernens bei Kindern gewesen. Dabei gewann er viele schulpraktische Erfahrungen, die später auch in sein Konzept für die Reformschule in Kassel einfließen.

Zu Beginn der siebziger Jahre ging Rauschenberger an die Klagenfurter Universität für Bildungswissenschaften und arbeitete schwerpunktmäßig im Bereich der Lehrplanforschung. Seit 1975 war Rauschenberger an der noch jungen Gesamthochschule in Kassel tätig. Hier ging er mit Studentinnen

und Studenten der Frage nach, wie eine Schule aussehen müsste, in die sie gerne gegangen wären. Daraus entstand 1979 ein erster Rahmenplan für eine Reformschule. Es sollte weitere neun Jahre dauern, bis dieser Plan mit der Gründung der Reformschule Kassel als Versuchsschule des Landes Hessen – interessanterweise durch einen CDU-Kultusminister in einer schwarz-gelben Regierungskoalition – umgesetzt wurde, in reformwidriger Zeit, wie Rauschenberger bei der Eröffnung der Schule betonte. Aufbau und räumlicher Ausbau der Schule von Klasse 0 bis Klasse 10 verlangten von allen Beteiligten ein außergewöhnliches Engagement. Hans Rauschenberger war immer mit dabei: in Gesprächen mit den Gremien der Schule, bei Verhandlungen mit dem Schulträger, der Stadt Kassel, oder in Planungsgesprächen mit dem Kultusministerium und der Schulaufsicht. Es versteht sich von selbst, dass er auch die wissenschaftliche Begleitung der Schule übernahm und diese nach seiner Emeritierung fortsetzte.

Gewerkschaftsmitglied war Hans Rauschenberger seit Mai 1957, in die GEW Hessen wechselte er im Jahr 1977.

Im Vordergrund seiner Überlegungen standen immer die Kinder und Jugendlichen. Als er mir von seiner schweren Erkrankung erzählte, fügte er, der fünf Kinder, vierzehn Enkelkinder und zwei Urenkel hatte, weise hinzu: „Na ja, wer soll denn die Krankheiten kriegen, wenn nicht wir Alten?“ Und

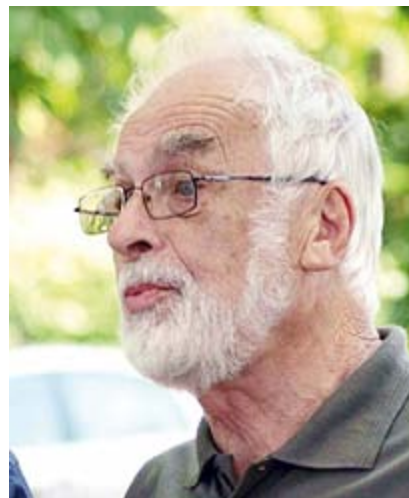


Foto: R.Lengler

er drückte seine Hoffnung aus, vielleicht gäbe es ja noch ein Leben nach dem Krebs. Es sollten nur noch wenige Jahre sein. Aber er hat sich bis zum Ende seines Lebens um die Zukunft der Reformschule Kassel gesorgt und sich immer wieder in die bildungspolitische Diskussion eingeschaltet, zuletzt noch vor einigen Monaten mit einem Artikel in der Frankfurter Rundschau.

Viele, die mit ihm zu tun hatten, werden sich dankbar an sein Engagement und seine hohe Fachkompetenz, aber auch an seine liebenswürdige und zugewandte Art erinnern.

Andreas Skorka

GEW-Bezirksverband Nordhessen

Fair Childhood: Sponsorenlauf für Bildung statt Kinderarbeit

Im Sommer und gerade zum Abschluss des Schuljahres führen viele Schulen sportliche Veranstaltungen durch, die nicht selten mit einem sozialen Engagement verbunden sind. Schülerinnen und Schüler oder Schulkonferenzen beschließen, sich zum Beispiel ihr Lauffest sponsern zu lassen und den Erlös für einen guten Zweck zu verwenden. Dabei erklären sich Eltern und Bekannte der Schülerinnen und Schüler oder auch lokale Unternehmen bereit, für jeden gelaufenen Kilometer einen geringen Geldbetrag zu spenden.

Die GEW wirbt in den Schulen für die Möglichkeit, einen solchen Spen-

denlauf zugunsten der GEW-Stiftung *Fair Childhood* durchzuführen. Die GEW tritt für Bildung statt Kinderarbeit ein. 2011 gründete sie deshalb die Stiftung *Fair Childhood*. Mit Spendengeldern unterstützen wir Projekte von Partnergewerkschaften und Partnerorganisationen in anderen Ländern, die darauf abzielen, Kindern die Wahrnehmung ihres Grundrechts auf Bildung zu ermöglichen. Ganz praktisch werden Kinder aus der Kinderarbeit herausgeholt. Derzeit fördert *Fair Childhood* Projekte in Albanien, Burkina Faso und Indien und begleitet ihre Fortschritte.

Mit einem Spendenlauf können Schulen oder Schulklassen die Unterstützungsarbeit der Stiftung insgesamt oder auch ein einzelnes Projekt fördern und mitfinanzieren.

Materialien zur Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung sowie Briefvorlagen mit Informationen über die Arbeit von *Fair Childhood* an die Sponsoren, an Lehrkräfte, Eltern und Schülerinnen und Schüler für jede Altersstufe kann man bei der GEW per E-Mail anfordern: susanne.hemmerling@gew.de

• Weitere Infos: www.fair-childhood.de

Junges Literaturland Hessen

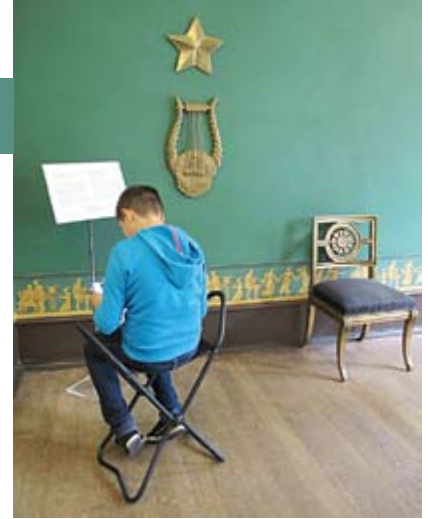
Das Projekt „Junges Literaturland Hessen“ gibt drei Schulklassen die Gelegenheit, ein halbes Jahr lang gemeinsam mit prominenten Schriftstellerinnen und Schriftstellern zu arbeiten. Ort der Inspiration sind Museen wie das Frankfurter Goethehaus, in denen Literatur

Die Slam-Poetin Dominique Macri mit einem Schüler der Intensivklasse der Anne-Frank-Schule Raunheim (Foto: Katja Freitag)



und Sprache eine Rolle spielen (Foto rechts: *Doris Schuhmacher*). Aus den Texten, die in Schreibworkshops vor Ort in einem Museum entstehen, werden Hörstücke für das Radio und das Internet. So entdecken die Schülerinnen und Schüler mit eigenen Texten und Sounds das Literaturland Hessen. Lerngruppen der 5. bis 10. Jahrgangsstufe aller Schulformen können sich für ein Projekt des „Jungen Literaturlands Hessen“ bewerben. Aus den Bewerbungen werden drei Gruppen ausgewählt.

In der letzten Runde ging es darum, mit der Dichterin *Safiye Can* Gedichte zu Anne Frank zu schreiben, mit der Schriftstellerin *Silke Scheuermann* Gruselmärchen zu erfinden und mit der Slam-Poetin *Dominique Macri* im Goethehaus die Kraft der Sprache zu entdecken. Mit zwei Hörfunkjournalistinnen lernten die Schülerinnen und Schüler, ihre Texte selbst aufzunehmen und zu bearbeiten. Auf der Webseite www.junges-literaturland.hr.de präsentierten sie ihre Ergebnis-



se in eigenen Texten, Soundcollagen, Interviews und Fotos.

Kooperationspartner des „Jungen Literaturlands Hessen“ sind die Sparkassen-Kulturstiftung Hessen-Thüringen, das Netzwerk Rundfunk und Schule und das Projektbüro Kulturelle Bildung des Kultusministeriums.

Bewerbungen bis zum 15. Juni

- Bewerbungen per E-Mail an literaturland@hr.de, Betreff: Bewerbung Junges Literaturland Hessen, Staffel 5
- Nähere Informationen unter www.junges-literaturland.hr.de



Klassisch auf Papier

Alle im Schulalltag wichtigen

Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und Erlasse
über 1400 Seiten gegliedert nach Fachgebieten!

Kompakt, schnell, immer aktuell

... oder digital auf CD

Mensch & Leben Verlagsges.mbH, Postfach 1944, 61389 Bad Homburg
Tel.: 06172-95830, Fax: 06172-958321, E-mail: mlverlag@wsth.de

www.dienstundschulrecht.de



Beamten Darlehen 10.000 € - 120.000 €
 Glückszins Kredite für Sparfüchse
 Umschuldung: Raten bis 50% senken
 Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
 Wer vergleicht, kommt zu uns,
 Seit über 35 Jahren.



Deutschlands günstiger Autokredit
2,77% effektiver Jahreszins
 5.000 € bis 50.000 €
 Laufzeit 48 bis 120 Monate
 Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €

AK FINANZ
 Kapitalvermittlungs-GmbH
 E3, 11 Planken
 68159 Mannheim
 Tel.: 06221 178180-0
 Info@AK-Finanz.de
 www.AK-Finanz.de

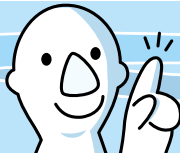
Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker
 Günstiges Darlehen rep. Bsp. 40.000 €, Sollzins (fest gebunden) 2,95%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 528,00 €, eff. Jahreszins 2,99%, Bruttobetrag 44.317,65 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate
 Sonderkündigung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldsversicherung.

www.Autokredit.center

www.AK-Finanz.de



Sonderdarlehen für Lehrer zu 1a-Konditionen!
www.1a-BeamtenDarlehen.de
 Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD



0800-040 40 41
 Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren
NÜRNBERGER
 Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
 Andreas Wendholt · Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken

Ihre Jubiläumsbroschüren, Jahresrückblicke etc.:
 Mit uns kostengünstig realisieren!
 Verlag Mensch und Leben
 Postfach 1944
 61289 Bad Homburg,
 Email: mlverlag@wsth.de,
 Tel. 06172-95830 (Herr Vollrath)

Private Akutklinik für Psychologische Medizin **Mit Fachabteilung für Essstörungen**

SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING

Geben Sie dem Leben eine neue Richtung!

Wir bieten in erstklassigem Ambiente einen individuellen und erfolgreichen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!
Indikationen: Depressionen, Erschöpfungssyndrom (Burn-Out), Angst und Panik, Schlafstörungen, **Essstörungen**, Schmerzsyndrome, Belastungsreaktionen

Info-Telefon 02861/8000-0

Pröbstinger Allee 14 • **46325 Borken (Münsterland)**
 Fax 02861/8000-89 • www.schlossklinik.de • info@schlossklinik.de

Ihre Anzeige in der

Die nächste Hessische Lehrerzeitung erscheint am 8. Juni 2016.
 Bitte beachten Sie den Anzeigenschluss am 20. Mai 2016.

schulfahrt.de Klasse Reisen.

Klasse Reisen. Weltweit.

z. B. Krakau 6 Tage inkl. Prog. Stadtführung inkl. ab 152,- €	z. B. Prag 5 Tage inkl. Prog. Stadtrundfahrt inkl. ab 144,- €	z. B. Dublin 5 Tage inkl. Prog. Stadtrundgang inkl. ab 199,- €
---	---	--

Schulfahrt Touristik SFT GmbH Herrengasse 2 01744 Dippoldiswalde Ihr Reiseveranstalter Tel.: 0 35 04/64 33-0 www.schulfahrt.de

Service-Center Frankfurt 069/96 75 84 17

Diese s/w-Anzeige kostet nur

135,- EUR

zzgl. Mwst.

Klinik am Leisberg
 BADEN-BADEN

Von hier an geht es aufwärts!
HOTLINE: 07221/39 39 30

In einer Stadt mit besonderem Flair und in erstklassigem Ambiente bieten wir einen bewährten und individuellen psychotherapeutischen Ansatz zur erfolgreichen Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!
Indikationen: Depressionen, Ängste und Panik, Erschöpfungssyndrom („Burn-out“), Essstörungen (Magersucht, Bulimie, Binge-Eating, Übergewicht), Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, Zwänge, Schmerzsyndrom
Kostenübernahme: Alle Privatversicherungen, Beihilfe, Postbeamtenkrankenkasse

Gunzenbachstr. 8, **76530 Baden - Baden**
 Fax: 07221/39 39 3-50 • www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

Privatklinik für psychologische Medizin
 Mit Fachabteilung für Essstörungen



gemeinnützige
bildungsgesellschaft mbH
der GEW Hessen

lea bildet...

Mit der richtigen Streitstrategie Konflikte konstruktiv bewältigen | 11-05-2016, Gießen |

Der Islam – Schrecken des Abendlands | 12-5-2016, Kassel |

Rechenschwäche – Ursachen, Diagnose, Förderung | 12-05-2016, Wiesbaden |

Spaß mit Bilderbüchern | 19-05-2016, Frankfurt |

Cajón-Klassenmusizieren – First sound, then sign | 20-05-2016, Friedberg |

Entspannung im Lebensraum Schule | 23-05-2016, Frankfurt |

Binnendifferenzierung in den Fächern der politischen Bildung | 31-05-2016, Marburg |

Wenn die Schule auf den Hund kommt | 31-05-2016, Riedstadt |

Zur Rolle migrantischer Väter in der Erziehung | 01-06-2016, Frankfurt |

Der Beginn des Antisemitismus | 01-06-2016, Frankfurt |

Leistung und Erschöpfung – Wenn der Akku leer ist | 02-06-2016, Frankfurt |

Marktradikale Seilschaften, elitäre Zirkel, neoliberale Denkfabriken | 02-06-2016, Kassel |

Smartphone Basics | 06-06 u. 13-06-2016, Wiesbaden |

Auf dem Weg zur Partizipation – Politisches Lernen in der Grundschule | 07-06-2016, Kassel |

Warm-Ups and Cool-Downs | 14-06-2016, Wiesbaden |

Systemische Pädagogik im Unterrichtsalltag | 15-06 u. 22-06-2016, Darmstadt |

Zeichnerische Visualisierung – Impulse für Unterricht und Präsentation | 15-06-2016, Frankfurt |

Im Ausland unterrichten? | 28-06-2016, Marburg |

Das vollständige Programm unter www.lea-bildung.de

www.lea-bildung.de

fon 069 | 97 12 93 27 / 28

fax 069 | 97 12 93 97

Zimmerweg 12
60325 Frankfurt/Main